

Die Geschichte der Juden in Gelnhausen 1933-1938

Daniel Hanke

Wer die Stadt Gelnhausen besucht, sieht schon von weitem die Turmhelme der Marienkirche. Dieser Sakralbau und die Ruine der staufischen Kaiserpfalz künden vom Glanz Gelnhausens im Hochmittelalter. Die Stadtgeschichte weist jedoch auch dunkle Kapitel auf: Plünderungen während des Dreißigjährigen Krieges, Hexenprozesse und Judenverfolgungen. Eines dieser dunklen Kapitel ist die Geschichte der Gelnhäuser Juden zwischen 1933 und 1938, die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung erörtert werden soll. Die folgende Darstellung stützt sich auf eine Vielzahl neuer Quellen, die im Vorfeld der Arbeit ermittelt und analysiert werden mußten. Neben der Auswertung von Archivmaterial wurden Gespräche mit Zeitzeugen geführt und Gesprächsprotokolle erstellt. Darüber hinaus konnten einige Briefkontakte mit ehemaligen Gelnhäuser Juden oder deren Anverwandten hergestellt werden.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung kann nur ein kurzer Blick auf die allgemeine Situation der Juden im Dritten Reich von 1933 bis 1938 geworfen werden. Dabei sollen skizzenhaft die wesentlichen Entwicklungslinien nachgezeichnet werden, sofern sie für das Verständnis der Geschehnisse in Gelnhausen förderlich erscheinen. Einige knappe Anmerkungen zur Geschichte der Juden in Gelnhausen in Mittelalter und Neuzeit leiten zum Hauptteil der Darstellung über, der sich mit dem Zeitraum zwischen 1933 und 1938 befaßt. Am Beispiel der hessischen Kleinstadt Gelnhausen soll die krisenhafte Situation der jüdischen Bevölkerung vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs untersucht werden. Neben der Rolle der Propaganda und den Auswirkungen des sogenannten Radau-Antisemitismus soll auch die Frage nach den Verantwortlichen für die judenfeindlichen Aktionen in Gelnhausen erörtert werden. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen dabei die sogenannte „Gelnhäuser Kristallnacht“ sowie die Verhaftung des katholischen Pfarrers Wilhelm Engels, der als „Judenknecht“ angeprangert worden war.

Im Jahr 1938 verlassen die letzten jüdischen Mitbürger die Stadt Gelnhausen, die sich stolz als „judenfrei“ bezeichnet. Die Geschichte der Gelnhäuser Juden ist damit jedoch nicht beendet. Viele von ihnen werden in den Vernichtungslagern der Nazis ermordet. Diese grausamen Geschehnisse während des Zweiten Weltkriegs sowie die Ereignisse nach 1945 können im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nur am Rande betrachtet werden.

Am Schluß der Darstellung sollen einige zusammenfassende Überlegungen die wichtigsten Ergebnisse rekapitulieren und mit der allgemeinen Geschichte der Juden im Dritten Reich in Beziehung setzen. Insgesamt soll gezeigt werden, daß Gelnhausen als Beispiel für die Radikalisierung in der Judenfrage an der Basis des nationalsozialistischen Staates betrachtet werden kann.

Die vorliegende Arbeit möchte erinnern, sie will jedoch nicht anklagen oder verurteilen. Sie ist bestrebt, dasjenige zu leisten, was laut Leopold von Ranke die Aufgabe des Historikers ist: herausfinden und darstellen, „wie es eigentlich gewesen“.

1. Forschungsstand und Quellenlage

Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Gelnhausen existiert keine umfassende Gesamtdarstellung. Lediglich einige Aufsätze thematisieren einzelne Aspekte. Die mittelalterliche Geschichte der jüdischen Gemeinde wird im zweiten und dritten Band von „Germania Judaica“ skizziert. Wichtig sind diesbezüglich auch die Beobachtungen von K. SCHMERBACH.¹ Einen knappen Überblick über die Geschichte der Juden in Gelnhausen vom Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert gibt P. ARNSBERG in seinem Buch über die jüdischen Gemeinden in Hessen.² ARNSBERG behandelt erstmals auch den Zeitraum von 1933 bis 1938. Die Arbeit von ARNSBERG ist in erster Linie als Materialsammlung interessant, für die Zeit des Dritten Reiches werden nur wenige Hinweise gegeben. Der antijüdische Terror in Gelnhausen bleibt unerwähnt. Ein weiterer Aufsatz zur Geschichte der Juden in Gelnhausen von F. COY und C. RAEDLER problematisiert erstmals den Radau-Antisemitismus in der Stadt und den langen Leidensweg der jüdischen Bevölkerung, der in vielen Fällen von Beleidigungen über die Abwanderung zur Vernichtung geführt hat.³ Leider enthält der Aufsatz keinen Anmerkungsapparat.

Die Arbeit von G. BLUMENRÖDER faßt die Geschichte der Juden in Gelnhausen erneut in knapper Form zusammen, enthält aber keine neuen Ergebnisse.⁴ Die Zeit des Dritten Reiches wird nur gestreift. Eine kurze Arbeit von Daniel C. GLÖCKNER erwähnt einige Beispiele für den antijüdischen Terror der Nationalsozialisten in der Stadt.⁵

Die Gelnhäuser Historische Gesellschaft (GHG) hat 1996 eine komprimierte Untersuchung zur Geschichte der Juden in Gelnhausen während der nationalsozialistischen Verfolgung vorgelegt.⁶ Diese Arbeit faßt den bisherigen Forschungsstand zusammen. Als Quellen werden einschlägige Zeitungsartikel der Gelnhäuser Presse und einige wenige Spruchkammerakten ausgewertet. Leider sind die Ergebnisse im einzelnen nur schwer nachprüfbar, da der Darstellung kein Anmerkungsapparat beigelegt ist. Über die Geschichte der Juden in Gelnhausen nach 1945 informiert ein kurzer Abschnitt der Arbeit von T. ALTARAS über Synagogen in Hessen.⁷

1 Germania Judaica, Bd. II: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts, Tübingen 1968, S. 273 ff.; Germania Judaica, Bd. III: 1350-1519, Tübingen 1987, S. 427-433; Karl SCHMERBACH: Wie man in der freien Reichsstadt Gelnhausen Bürger wurde, in: Gbl. für Stadt und Kreis Gelnhausen (1967), S. 3-22.

2 Paul ARNSBERG: Die jüdischen Gemeinden in Hessen, Bd. I, Frankfurt/Main 1971, S. 240-246.

3 Franz COY und Christine RAEDLER: Von der Synagoge zum Kulturzentrum oder wie Gelnhausen judenfrei wurde, in: Gelnhausen: „... das horribelste Nest dieser Erde in einer herrlichen Gegend“, Gelnhausen 1988, S. 86-91.

4 Gerhard BLUMENRÖDER: Juden in Gelnhausen, in: Bei der Burg Gelnhausen eine neue Stadt. Von der Reichsstadt zur „neuen“ Stadt, Gelnhausen 1995, S. 46-56.

5 Daniel C. GLÖCKNER: Der Nationalsozialismus in Gelnhausen, in: Gelnhausen. Das Magazin, hg. von V. Vogel, Gelnhausen o. J., S. 81-84.

6 GELNHÄUSER HISTORISCHE GESELLSCHAFT (GHG) e. V. (Hg.): Zur Geschichte der Juden in Gelnhausen während der nationalsozialistischen Verfolgung. Ein Stadtrundgang, Gelnhausen 1996.

7 Thea ALTARAS: Synagogen in Hessen – Was geschah nach 1945?, Königstein/Taunus 1988.

Eine an den überlieferten Quellen orientierte Darstellung der Geschichte der Juden in Gelnhausen zwischen 1933 und 1938 fehlt bisher. Die Quellenlage für die Geschichte der Stadt Gelnhausen im Dritten Reich ist problematisch. Relevante Akten aus den Jahren 1933 bis 1945 (Stadtverordnetenprotokolle, Magistratsprotokolle, etc.) sind bis auf geringe Ausnahmen nicht erhalten. Wahrscheinlich hat man die Akten aus der Zeit des Nationalsozialismus nach dem Krieg bewußt vernichtet. Dennoch liegt bezüglich der jüdischen Gemeinde verschiedenartiges Quellenmaterial vor. Als gedruckte Quellen sind die von T. KLEIN publizierten Berichte der Landräte im Regierungsbezirk Kassel sowie die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau aus den Jahren 1933 bis 1936 zu nennen.⁸

Wichtiges Quellenmaterial liegt in Form von Spruchkammerakten vor, die sich im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden befinden.⁹ Daneben liegt in den hessischen Staatsarchiven von Wiesbaden und Marburg weiteres Aktenmaterial von geringerem Informationsgehalt vor. Relevante Einzelschriftstücke konnten darüber hinaus im Gelnhäuser Stadtarchiv, im Pfarrarchiv der katholischen Kirchengemeinde sowie im Schularchiv der Grimmelhshausen-Schule ermittelt werden. Bei Zitaten aus unveröffentlichtem Quellenmaterial wurden Fehler bezüglich Orthographie und Interpunktion gemäß dem heutigen Sprachgebrauch korrigiert.

Als aussagekräftige Quellen konnten Zeitungen herangezogen werden, die zwischen 1933 und 1938 erschienen. Neben dem überregionalen Hetzblatt „Der Stürmer“ sind besonders die Ausgaben der Gelnhäuser Lokalpresse zu nennen, die sich im Stadtarchiv befinden. Eine jüdische Zeitung, die „Gelnhäuser Nachrichten“, erschien bis Mai 1933, das „Gelnhäuser Tageblatt“ bis zum 30. November 1935.¹⁰ Der nationalsozialistische „Gelnhäuser Anzeiger“ wurde im Oktober 1935 in „Kinzig-Wacht“ umbenannt. Die genannten Zeitungsbestände sind für die Jahre 1933 bis 1938 erschöpfend ausgewertet worden.¹¹

Als äußerst informative Quellen existieren zwei bereits veröffentlichte Zeitzeugenberichte der ehemaligen Gelnhäuser Juden Richard SCHEUER und Manfred MEYER.¹² Darüber hinaus konnten für die vorliegende Untersuchung vom Verfasser einige Briefkontakte mit noch lebenden jüdischen Zeitzeugen oder deren Anverwandten hergestellt

8 Thomas KLEIN (Hg.): Der Regierungsbezirk Kassel 1933-1936. Die Berichte des Regierungspräsidenten und der Landräte (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Bd. 64) Darmstadt/Marburg 1985; Thomas KLEIN (Hg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936 (Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 22) Köln/Wien 1986.

9 HStA WI, Abt. 520. Die betreffenden Akten werden unten im einzelnen zitiert.

10 Vgl. Manfred HAHN: Das Zeitungswesen, in: Bei der Burg Gelnhausen eine neue Stadt. Von der Reichsstadt zur „neuen“ Stadt, Gelnhausen 1995, S. 221-232, hier S. 225.

11 „Gelnhäuser Tageblatt“ (GT), „Gelnhäuser Anzeiger“ (GA) und „Kinzig-Wacht“ (KW) können im Stadtarchiv Gelnhausen eingesehen werden, die „Gelnhäuser Nachrichten“ (GNN) in der UB Marburg.

12 Richard SCHEUER: Das Ende der israelitischen Kultusgemeinde in der ehemals freien Reichsstadt Gelnhausen, in: Festschrift ehemalige Synagoge Gelnhausen, hg. vom Magistrat der Barbarossa-stadt Gelnhausen, Gelnhausen 1986, S. 75-82; Manfred MEYER: Jüdisches Leben in Gelnhausen, in: Gelnhäuser Heimat-Jahrbuch, Bd. 40 (1988), S. 62-68.

werden. Als Ergänzung dazu wurden Gespräche mit in Gelnhausen lebenden Zeitzeugen geführt und Gesprächsprotokolle erstellt.¹³ So konnten durch die Briefe und die Befragung von Zeitzeugen weitere Informationen ermittelt werden.

Die Quellenlage für die Geschichte der Juden in Gelnhausen zwischen 1933 und 1938 kann insgesamt als befriedigend bezeichnet werden. Es liegt vielfältiges Quellenmaterial vor, das jedoch sehr lückenhaft überliefert ist. Daher kann keine kontinuierliche chronologische Darstellung der Ereignisse erstellt werden. Vielmehr soll eine schwerpunktmäßige Erörterung einzelner Fragestellungen erfolgen.

2. Judenverfolgung im Dritten Reich

Die Verfolgung der Juden im Dritten Reich ist untrennbar mit dem Namen Auschwitz verbunden. Die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung hat jedoch bereits in den Friedensjahren vor dem Zweiten Weltkrieg ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Dies soll unten am Beispiel der hessischen Kleinstadt Gelnhausen gezeigt werden. Zur allgemeinen Situation der Juden in Deutschland zwischen 1933 und 1938 sollen hier nur wenige Anmerkungen erfolgen, soweit sie das Verständnis der Geschehnisse in Gelnhausen erleichtern.¹⁴

In Hitlers Weltanschauung spielte die Rassenfrage eine bedeutsame Rolle. Die Juden betrachtete er nicht als Religionsgemeinschaft, sondern als fremdartige, nicht-deutsche Rasse, die scharf von den sogenannten Ariern abzugrenzen sei.¹⁵ Aus Hitlers Schriften, insbesondere aus seiner Autobiographie „Mein Kampf“, gehen sein radikaler Judentumshass sowie klare Ansätze zu politischen Maßnahmen hervor.¹⁶ Bereits im Parteiprogramm der NSDAP vom 24. 2. 1920 sind Hitlers Ziele klar enthalten. Den Juden werden die staatsbürgerlichen Rechte abgesprochen, da sie nicht „deutschen Blutes“ sind (Punkt 4). Sie sollen unter Fremdensetzgebung gestellt werden und nur als Gäste in Deutschland leben dürfen (Punkt 5).¹⁷

13 Briefe und Gesprächsprotokolle befinden sich im Privatarchiv des Verfassers und werden unten im einzelnen zitiert.

14 Zur allgemeinen Situation der Juden in Deutschland zwischen 1933 und 1938 vgl. im einzelnen Uwe Dietrich ADAM: Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972; Hermann GRAML: Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München³1998 (1988) sowie Saul FRIEDLÄNDER: Das Dritte Reich und die Juden. Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, München 1998; vgl. ferner die ältere Arbeit von Helmut KRAUSNICK: Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, Freiburg/Breisgau 1965, S. 281-448 sowie den knappen Überblick bei Wolfgang SCHEFFLER: Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin 1964.

15 Zu Hitlers Weltanschauung und seinen Auffassungen zur Rassenfrage vgl. im einzelnen Eberhard JÄCKEL: Hitlers Weltanschauung, Stuttgart 1981, S. 55-65 sowie Lucy S. DAWIDOWICZ: Der Krieg gegen die Juden 1933-1945, Wiesbaden 1979, S. 15-34.

16 In „Mein Kampf“ bezeichnete Hitler die Rassenfrage als den „Schlüssel zur Weltgeschichte“, vgl. Adolf HITLER: Mein Kampf, München^{190/194}1936, S. 372.

17 Joseph WALK (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, Heidelberg²1996, S. 3, Nr. I, 1.

Noch 1933, im Jahr der Machtübernahme, begann sich die Situation der deutschen Juden wesentlich zu verschlechtern.¹⁸ Der reichsweite Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte vom 1. April 1933 war die erste öffentliche antijüdische Aktion der neuen Regierung. Der Boykott hatte die Funktion, die Bevölkerung auf die geplanten antijüdischen Gesetze psychologisch vorzubereiten und diese als Vollstreckung des Volkswillens erscheinen zu lassen.¹⁹

Durch das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ wurde einerseits die gesetzliche Grundlage geschaffen, politisch unzuverlässige Beamte zu entlassen, und andererseits, Beamte, die nicht arischer Abstammung waren, in den Ruhestand zu versetzen.²⁰ In der 1. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes wurde festgelegt, daß derjenige als nicht arisch gelte, der „von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt.“ Nichtarische Abstammung liege dann vor, wenn ein Elternteil oder Großelternanteil der jüdischen Religion angehört habe.²¹ Die rassische Bestimmung eines Juden wurde folglich in paradoxer Weise mit Hilfe der Religionszugehörigkeit vorgenommen.

In der Folgezeit wurde eine Vielzahl von Gesetzen erlassen, welche die jüdische Bevölkerung diskriminierten und wirtschaftlich schädigten.²² Antisemitische Propaganda verunglimpft die Juden in perfider Art und Weise. Als übler Propagandist hat sich besonders Julius Streicher als Herausgeber des Hetzblatts „Der Stürmer“ betätigt. Durch Propaganda und antijüdische Gesetze kam es zu einer Entfremdung zwischen Nichtjuden und Juden. Die jüdische Bevölkerung geriet zunehmend in Isolation.

Am 15. September 1935 verkündete Hitler auf dem Reichsparteitag in Nürnberg zwei neue antijüdische Gesetze, deren endgültige Fassung erst kurz zuvor eilig erstellt worden war.²³ Das „Reichsbürgergesetz“ unterscheidet „Reichsbürger“ und „Staatsangehörige“. Träger politischer Rechte sind nur Reichsbürger als „Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Bluts“. Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ („Blutschutzgesetz“) verbietet die Eheschließung zwischen Juden und Nichtjuden. Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Ariern wird untersagt. Die 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 enthält

18 Vgl. hierzu im einzelnen H. KRAUSNICK: Judenverfolgung (wie Anm. 14), S. 310-322 sowie H. GRAML: Reichskristallnacht (wie Anm. 14), S. 108-132.

19 Vgl. H. GRAML: Reichskristallnacht (wie Anm. 14), S. 119. Vgl. auch die differenzierte Beurteilung des Boykotts bei Helmut GENSCHEL: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 38) Göttingen 1966, S. 54-59.

20 J. WALK: Sonderrecht (wie Anm. 17), S. 12, Nr. I, 46.

21 Ebd., S. 13, Nr. I, 54.

22 Hinsichtlich der Fülle von antijüdischen Verordnungen vgl. für den gesamten Zeitraum zwischen 1933 und 1938 J. WALK: Sonderrecht (wie Anm. 17).

23 Über die Entstehung der Nürnberger Gesetze informiert ein Bericht des Rassereferenten B. LÖSENER, vgl. Bernhard LÖSENER: Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, in: VfZ 9 (1961), S. 264-313, hier S. 272-279. Zweifel an der Darstellung LÖSENERs hat R. RÜRUP erhoben, vgl. Reinhard RÜRUP: Das Ende der Emanzipation: Die antijüdische Politik in Deutschland von der „Machtergreifung“ bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland, hg. von A. Paucker, Tübingen 1986, S. 97-114, hier S. 111.

eine genaue Definition, wer als Jude zu betrachten ist. Dabei wird, ähnlich wie 1933 beim „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, die Konfession zum Nachweis der Rassenzugehörigkeit herangezogen (vgl. Anhang 1).²⁴ Es wird verfügt, daß Juden aus dem Staatsdienst entfernt und aus allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden.

Nach der Verkündung der Nürnberger Gesetze flaute die antisemitische Propaganda etwas ab. So wurde die Voraussetzung für den reibungslosen Ablauf der Olympischen Winter- und Sommerspiele geschaffen, die 1936 in Deutschland stattfinden und dem Reich internationalen Prestigegewinn einbringen sollten.²⁵ Nach den Spielen flammte jedoch die antisemitische Propaganda wieder auf. Nachdem die jüdische Bevölkerung bis 1937 politisch entrechtet, durch das Blutschutzgesetz isoliert sowie durch eine Vielzahl von Verordnungen aus dem öffentlichen Dienst und den freien Berufen eliminiert worden war, sollte nun die gänzliche Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft erfolgen. Die sogenannte Arierisierung begann jedoch nicht erst 1937, sondern erfolgte als kontinuierlicher Prozeß seit Beginn des Dritten Reiches. Vor allem in Dörfern und Kleinstädten, wo die Juden der Boykotthetze viel stärker ausgesetzt waren als in der Großstadt, wurden viele Geschäfte liquidiert oder in „arische“ Hände übergeben.²⁶ Daß die Juden dabei in vielen Fällen übervorteilt wurden, verdeutlicht die Aussage eines Parteigenossen in München, der sich über die Ungerechtigkeit gegenüber den Juden beklagt. Viele Arier seien wie Aasgeier, die sich mit tiefenden Augen und heraushängenden Zungen gierig auf den jüdischen Kadaver stürzten.²⁷

Das Jahr 1938 stellt einen traurigen Höhepunkt der Judenverfolgung vor Beginn des Zweiten Weltkriegs dar. Neben der geplanten Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben sollte Auswanderungsdruck erzeugt werden, um die jüdische Bevölkerung zur Emigration zu veranlassen. In der ersten Jahreshälfte kam es erneut zu einer Fülle von antijüdischen Verordnungen. Jüdischen Ärzten und Anwälten wurde Berufsverbot erteilt, und am 17. August wurde bestimmt, daß Juden nur diejenigen Vornamen annehmen durften, die in einer Zusammenstellung des Reichsinnenministeriums enthalten waren. Anderenfalls mußten die jüdischen Vornamen „Sara“ bzw. „Israel“ hinzugefügt werden.²⁸

24 J. WALK: Sonderrecht (wie Anm. 17), S. 127, Nr. I, 636 f. sowie S. 139, Nr. II, 46.

25 Vgl. hierzu im einzelnen die detaillierte Darstellung von H. GRAML: Reichskristallnacht (wie Anm. 14), S. 158-161.

26 Vgl. Avraham BARKAI: Vom Boykott zur „Entjudung“. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt/Main 1988, S. 80 f. BARKAI revidiert die ältere Forschungsmeinung, daß für die deutschen Juden von 1934 bis 1937 in wirtschaftlicher Hinsicht noch eine „Schonzeit“ bestanden habe, vgl. H. GENSCHEL: Wirtschaft (wie Anm. 19), S. 139 f.

27 Peter HANKE: Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945, München 1967, S. 154 f.

28 J. WALK: Sonderrecht (wie Anm. 17), S. 234, Nr. II, 510 bzw. S. 242, Nr. II, 547 sowie S. 237, Nr. II, 524.

Ende Oktober versuchte die nationalsozialistische Regierung, ca. 17000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit an die polnische Grenze abzuschieben.²⁹ An der Grenze mußten die Deportierten einige Tage im Niemandsland herumirren, da ihnen Polen zunächst die Einreise verweigerte. Unter diesen Juden befanden sich auch Angehörige von Herschel Grynszpan, der am 7. November ein Attentat auf den deutschen Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath in Paris verübte. Grynszpan wollte das Schicksal seiner Angehörigen an einem Vertreter des nationalsozialistischen Staates rächen. Dieses Attentat wurde von den Nationalsozialisten propagandistisch aufgegriffen und zum Anlaß für die sogenannte Reichskristallnacht vom 9. auf den 10. November genommen.³⁰

Im gesamten Reichsgebiet wurden jüdische Geschäfte und Wohnungen demoliert, Synagogen in Brand gesteckt und wehrlose jüdische Bürger mißhandelt.³¹ Daß die in der Propaganda verkündete „Empörung der Bevölkerung“ nur eine Legende war, zeigt auch eine interne Stellungnahme des Obersten Parteigerichts: „Wenn in einer Nacht sämtliche Synagogen abbrennen, so muß das irgendwie organisiert sein und kann nur organisiert sein von der Partei.“³²

Während der reichsweiten Pogrome wurden ca. 30000 Juden verhaftet und in Konzentrationslager eingeliefert. Für die Beseitigung sämtlicher Schäden mußten die Juden selbst aufkommen. Darüber hinaus wurde ihnen zur Sühne für das Attentat von Paris eine Kollektivstrafe in Form einer Kontribution von einer Milliarde Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt. Am 12. November wurde eine „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft“ beschlossen, die Juden jegliche selbständige unternehmerische Tätigkeit untersagte; weitere Einzelbestimmungen folgten: Juden war fortan der Besuch von Kinos, Konzerten und Ausstellungen verboten.³³ Göring kommentierte die Bestimmungen, indem er verlauten ließ, daß er kein Jude in Deutschland sein wolle. Das Pariser Attentat eines einzelnen Juden bot den Nationalsozialisten den Anlaß für den reichsweiten Novemberpogrom und die damit verbundenen legislativen Bestimmungen. Es handelte sich somit um eine „bewußte, klug inszenierte und gewissenlos betriebene Ausnutzung einer Situation“.³⁴

29 Zur Vorgeschichte der sogenannten Reichskristallnacht sowie zum Verlauf der Ereignisse vgl. insbesondere H. GRAML: Reichskristallnacht (wie Anm. 14), S. 9-37.

30 Der Begriff „Reichskristallnacht“ hat sich in der Literatur eingebürgert und soll im folgenden beibehalten werden. Zur Problematik des Begriffs vgl. Hans-Ulrich THAMER: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933-1945, Berlin 1998, S. 397 sowie H. GRAML: Reichskristallnacht (wie Anm. 14), S. 35.

31 Neben den materiellen und physischen Schäden darf man nicht das psychische Leid der jüdischen Bevölkerung aus dem Blick verlieren. Vgl. beispielsweise die Geschichte einer Nürnberger Arztfamilie bei Wolfgang BENZ: Der Novemberpogrom 1938, in: Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, hg. von W. Benz, München 1989 (1988), S. 499-544, hier S. 522 f.

32 Zit. nach H. GRAML: Reichskristallnacht (wie Anm. 14), S. 35.

33 Hinsichtlich der antijüdischen Einzelbestimmungen vgl. H. GRAML: Reichskristallnacht (wie Anm. 14), S. 178-181. Vgl. ebenfalls J. WALK: Sonderrecht (wie Anm. 17), S. 254 f.

34 Uwe Dietrich ADAM: Wie spontan war der Pogrom?, in: Der Judenpogrom 1938, hg. von W. H. Pehle, Frankfurt/Main 1988, S. 74-93, hier S. 93.

Nach der Reichskristallnacht kam das öffentliche Leben der Juden gänzlich zum Erliegen. Damit im Zusammenhang steht der Höhepunkt der jüdischen Emigration im Jahr 1939. Bis zum Sommer des Jahres 1938 hatten bereits ungefähr 140000 Juden ihre deutsche Heimat verlassen.³⁵ Neben der Emigration vieler Juden kam es auch zu Migrationsbewegungen innerhalb des Deutschen Reiches. Zahlreiche Juden aus ländlichen Gebieten und aus Kleinstädten verließen ihre Wohnorte, da sie sich in den Großstädten bessere Existenzbedingungen erhofften. Die Abwanderung vieler Juden in die Großstadt brachte jedoch nur eine kurze Verbesserung ihrer Lage, die sich auch in den großen Städten spätestens mit dem Novemberpogrom 1938 rapide verschlechterte.

Die Geschichte der Juden in Deutschland zwischen 1933 und 1938 ist eine Geschichte von Verfolgung, Isolation und Gewalt. Reinhard RÜRUP hat zu Recht vor einer „Verharmlosungstendenz“ gewarnt, wenn man die Verfolgungsgeschichte der Juden bis zum Beginn des Weltkriegs lediglich als eine „Vorgeschichte“ des späteren Völkermords betrachtet.³⁶ Welche Not die deutschen Juden zwischen Machtergreifung und Reichskristallnacht erleiden mußten, soll im folgenden am Beispiel der hessischen Kleinstadt Gelnhausen untersucht werden.

3. Die jüdische Gemeinde in Gelnhausen in Mittelalter und Neuzeit

Gelnhausen wurde im Jahre 1170 von Kaiser Friedrich I. Barbarossa als freie Reichsstadt gegründet. Es ist anzunehmen, daß sich bald nach der Stadtgründung jüdische Bewohner in Gelnhausen niederließen. Eine genaue Datierung für den Ursprung der jüdischen Gemeinde läßt sich jedoch nicht angeben.³⁷ Im Jahr 1265 schlossen Erzbischof Werner von Mainz, die Herren von Eppstein und Falkenstein, Graf Eberhard von Katzenelnbogen und die Städte Frankfurt, Friedberg, Wetzlar und Gelnhausen einen Landfrieden auf drei Jahre, der unter anderem die Verpflichtung enthielt, jeden als Friedensbrecher zu bestrafen, der Unruhen gegen die Juden anstiftete oder ihnen ein Leid zufügte.³⁸ Da auch die Stadt Gelnhausen zu den Unterzeichnern des Landfriedens gehörte, liegt es nahe, daß sich auch innerhalb ihrer Mauern Juden aufhielten. Ein in Gelnhausen ansässiger Jude wird jedoch erst 1280 ausdrücklich in einem Schreiben des Erzbischofs Werner von Mainz an König Rudolf erwähnt. Die Juden in Gelnhausen unterstanden zunächst als „Kammerknechte“ dem Kaiser, dem sie besondere Steuern zu entrichten hatten.³⁹ Der Kaiser konnte sie gleich anderen Reichseinkünften verkau-

35 Zur jüdischen Emigration vgl. Werner ROSENSTOCK: Exodus 1933-1939, in: Deutsches Judentum. Aufstieg und Krise, hg. von R. Weltsch, Stuttgart 1963, S. 380-405.

36 R. RÜRUP: Ende der Emanzipation (wie Anm. 23), S. 98 f.

37 Vgl. K. SCHMERBACH: Reichsstadt Gelnhausen (wie Anm. 1), S. 8.

38 Vgl. Germania Judaica, Bd. II, S. 239 und S. 274. Zu den folgenden Ausführungen vgl. insbesondere Germania Judaica, Bd. II, S. 273 ff. Dort finden sich Hinweise auf die wichtigsten mittelalterlichen Quellen und weiterführende Literatur.

39 Der Begriff „Kammerknecht“ erschien erstmals 1236 in einer Urkunde Friedrichs II., vgl. K. SCHMERBACH: Reichsstadt Gelnhausen (wie Anm. 1), S. 11.

fen oder verpfänden, was in Gelnhausen bereits im ausgehenden 13. Jahrhundert geschah.⁴⁰ Seit dem 4. Laterankonzil von 1215 waren die Juden verpflichtet, besondere Kleidungsstücke als Kennzeichen zu tragen.⁴¹ Der Lettner in der Gelnhäuser Marienkirche, der um 1250 datiert wird, zeigt im „Zug der Verdammten zur Hölle“ einen Juden, der als solcher durch seinen spitzen Judenhut erkennbar ist. Diese Szene des Gelnhäuser Lettners ist ein weiterer Hinweis darauf, daß es schon in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts Juden in Gelnhausen gegeben hat und daß sie, wie auch in anderen mittelalterlichen Städten, von Anfang an als Außenseiter galten.

Im Juni des Jahres 1349 wurde die jüdische Gemeinde in Gelnhausen vernichtet. Alle Juden wurden zusammengetrieben und im Beisein des Bürgermeisters verbrannt. Wahrscheinlich hatte man sie auch in Gelnhausen als Brunnenvergifter angeklagt und für die Opfer der Pest verantwortlich gemacht.⁴² Am 27. Juni erließ Karl IV. den Gelnhäuser Bürgern alle Judenschulden. Nachdem Gelnhausen 1349 zum ersten Mal in seiner Geschichte „judenfrei“ geworden war, ließen sich schon bald darauf erneut Juden in der Stadt nieder.

Für das Jahr 1352 ist in Gelnhausen eine „Judenschule“ bezeugt. Hierbei könnte es sich um eine mittelalterliche Synagoge handeln.⁴³ Eine „Judengasse“ läßt sich in Gelnhausen erstmals für das Jahr 1356 nachweisen. Die Judengasse, die den Untermarkt mit der Kuhgasse verband, stellte in Gelnhausen kein hermetisch abgeriegeltes Getto dar, da einige Juden auch in anderen Vierteln der Stadt lebten.⁴⁴

Die Gelnhäuser Juden wurden im Laufe des Mittelalters an verschiedene Herren verpfändet, denen sie bestimmte Abgaben schuldeten. Des weiteren mußten sie als Kollektiv mehrfach außerordentliche Steuern entrichten. Beispielsweise erhob Kaiser Sigismund im Jahr 1434 von den Gelnhäuser Juden 100 fl. als Krönungssteuer. Unter Maximilian I. mußten mehrmals Sondersteuern für die Feldzüge des Kaisers entrichtet werden. Zwischen 1362 und 1423 konnten viele Juden, die bereits in Gelnhausen lebten oder dort ansässig werden wollten, das Bürgerrecht in der Stadt erwerben.⁴⁵ Im Jahr 1576 wurden auf Befehl der Pfandherren alle Juden aus der Stadt vertrieben. Gelnhausen wurde zum zweitenmal „judenfrei“. Auch diesmal dauerte es jedoch nicht lange,

40 Vgl. F. W. JUNGHANS: Versuch einer Geschichte der freien Reichsstadt Gelnhausen, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde, Bd. 22 (1886), S. 103-464, hier S. 331.

41 Vgl. Peter HERDE: Gestaltung und Krisis. Juden und Nichtjuden in Deutschland vom Mittelalter bis zur Neuzeit, in: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, Bd. 6) Wiesbaden 1983, S. 1-40, hier S. 7 f.

42 Vgl. hierzu ein Zitat aus dem Gelnhäuser „Landscheide- und Bürgerbuch“ und dessen Interpretation bei K. SCHMERBACH: Reichsstadt Gelnhausen (wie Anm. 1), S. 19.

43 Die Synagoge diente im Mittelalter nicht nur dem jüdischen Gottesdienst, sondern auch als Unterrichts- und Versammlungsraum sowie als Herberge für durchreisende Glaubensbrüder, vgl. Helmut ESCHWEGE: Die Synagoge in der deutschen Geschichte, Wiesbaden 1980, S. 20 f. Noch Luther benutzte für „Synagoge“ den Begriff „Judenschule“, vgl. hierzu Hans-Jochen GAMM: Das Judentum. Eine Einführung, Frankfurt/Main 1979, S. 49.

44 Vgl. Germania Judaica, Bd. III, S. 427.

45 Zwischen 1362 und 1423 erhielten mindestens 61 Juden das Bürgerrecht in Gelnhausen. Vgl. eine Liste der betreffenden Juden bei K. SCHMERBACH: Reichsstadt Gelnhausen (wie Anm. 1), S. 8 ff.

bis wieder einige Juden in die Stadt zurückkehrten. Dies war spätestens 1599 der Fall.⁴⁶ Daß um 1600 wieder jüdisches Leben in der Stadt existierte, bezeugt der älteste Grabstein auf dem jüdischen Friedhof mit der Jahreszahl 1616. Der Friedhof befindet sich außerhalb der Stadtmauern am Fluß „Kinzig“.

Die Schrecken des Dreißigjährigen Krieges betrafen in Gelnhausen Juden und Christen. Nach dem Krieg lebten insgesamt nur noch ca. 200 Menschen in der Stadt. Die 1601 errichtete Synagoge der jüdischen Gemeinde mußte 1650 erneuert werden. Der heutige Zustand des Gebäudes entspricht im wesentlichen der Synagoge nach einem Umbau von 1736.⁴⁷ Im Jahr 1711 wurden die beiden Beerdigungsvereine „Gemiluth-Chassodim“ und „Kabronim“ gegründet, deren Mitglieder bei der Bestattung von Verstorbenen bestimmte Dienste verrichten durften. Die Mitgliedschaft in diesen Vereinen galt als große Ehre.⁴⁸

Im 19. Jahrhundert gelang es den Gelnhäuser Juden mehr und mehr, in das städtische Leben integriert zu werden. Eine wichtige Voraussetzung dafür war die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung mit den Christen, welche den Juden in Kurhessen im Oktober 1833 gewährt wurde. Somit erhielten die Juden das Wahlrecht sowie das Recht zur freien Berufswahl.⁴⁹ Letztlich blieb nur die Religion, welche die Juden von ihren christlichen Mitbürgern unterschied. Nach mehreren Jahrhunderten, in denen die Gelnhäuser Juden als Außenseiter leben mußten oder gar verfolgt wurden, identifizierten sie sich schließlich mit ihrer deutschen Heimat. Wie tief diese Verbundenheit mit Deutschland in den Köpfen und Herzen der Gelnhäuser Juden verwurzelt war, bezeugt die Ansprache des jüdischen Lehrers Meyer Strauß anlässlich einer Gedenkveranstaltung zur 25. Wiederkehr des Tages von Sedan (2. September 1870), die am 31. August 1895 in der Synagoge von Gelnhausen stattfand. Meyer Strauß betont, daß man den Sedanstag zu Recht als Nationalfest begehe, da dieses Jubelfest an „die ewig ruhmreiche Bekämpfung des Erbfeindes“, an die Wiedergewinnung deutscher Lande sowie an die Erstehung des deutschen Kaiserthrons erinnere. „Im Kampfe ums geliebte Vaterland“ habe man Unterschiede der Geburt und des Bekenntnisses nicht gekannt. Meyer Strauß ruft seinen Zuhörern den gemeinsamen Kampf von Christen und Juden gegen den Erbfeind Frankreich in Erinnerung. Auch die Vaterstadt seiner Zuhörer, Gelnhausen, habe zusammen mit den christlichen Kämpfern drei jüdische Glaubensgenossen ins Feld geschickt. Meyer Strauß schließt seine Rede mit der Hoffnung, daß man erneut „ein einzig Volk von Brüdern“ sein werde, falls wieder einmal ein Feind die Grenzen des Reiches überschreite.⁵⁰

46 Vgl. Erich KEYSER (Hg.): Hessisches Städtebuch (Deutsches Städtebuch, Bd. 4) Stuttgart 1957, S. 186.

47 Im Juni 1736 erteilte der Rat der Stadt die Genehmigung zur Erneuerung und Erweiterung der Synagoge, vgl. Jürgen ACKERMANN: Von Rabbinern, Lehrern, Vorbetern in der jüdischen Kultusgemeinde Gelnhausen 1648-1938, in: Geschichtsblätter für Stadt und Altkreis Gelnhausen (1985/86/87), S. 17-48, hier S. 20.

48 Vgl. J. ACKERMANN: Von Rabbinern (wie Anm. 47), S. 19 f.

49 Vgl. F. COY und C. RAEDLER: Von der Synagoge zum Kulturzentrum (wie Anm. 3), S. 88.

50 Die genannten Zitate nach Jürgen ACKERMANN: Festfeier in der Synagoge anlässlich des Sedantages 1895, in: Festschrift ehemalige Synagoge Gelnhausen, hg. vom Magistrat der Barbarossastadt Gelnhausen, Gelnhausen 1986, S. 63-66, hier S. 64 f.

Die Rede des Lehrers Meyer Strauß verdeutlicht, daß sich die Gelnhäuser Juden als Deutsche fühlten und Gelnhausen als ihre Vaterstadt betrachteten. Im Kriegsfall waren sie bereit, zusammen mit den christlichen Soldaten für das gemeinsame Vaterland zu kämpfen. Auch im zivilen Leben erwiesen sich die Gelnhäuser Juden als mündige Staatsbürger, die von ihren politischen Rechten Gebrauch machten. Im Jahr 1906 bewirkte die jüdische Gemeinde die Umbenennung der „Judengasse“ in „Brentanostraße“. Im Dezember 1913 richteten mehrere Gelnhäuser Juden eine Petition an den Reichstag in Berlin, in der sie eine Änderung der kurhessischen Judengesetzgebung befürworteten. In dem Schreiben wird betont, daß es den Juden nicht um religiöse, sondern um verfassungsmäßige Belange gehe.⁵¹ Mehrere Gelnhäuser Juden nahmen auch am Ersten Weltkrieg teil, sieben von ihnen ließen im Kampf für Kaiser und Vaterland ihr Leben.⁵² Nach dem Krieg gab es einige Juden, die sich in der Kommunalpolitik betätigten.⁵³ Um 1930/31 lebten etwa 70 jüdische Familien in Gelnhausen. Die jüdische Gemeinde war in der Stadt durchaus von einiger Bedeutung.⁵⁴ Wenige Monate später änderte sich die Situation der jüdischen Mitbürger jedoch grundlegend. Das gute Zusammenleben zwischen Christen und Juden schien der Vergangenheit anzugehören. Schließlich sollte Gelnhausen am 1. November 1938 zum dritten und letzten Mal in seiner Geschichte „judenfrei“ sein.

4. Die Geschichte der Juden in Gelnhausen 1933-1938

4.1. Beginn des Terrors: Herbst 1932 bis April 1933

Ein genauer Zeitpunkt, an dem der antijüdische Terror in Gelnhausen begann, läßt sich nicht feststellen. Sicher ist jedoch, daß sich die Situation der Gelnhäuser Juden bereits vor der sogenannten Machtübernahme im Januar 1933 wesentlich verschlechtert hat. Die feindselige Haltung, die den jüdischen Mitbürgern in der hessischen Kleinstadt entgegengebracht wurde, scheint im Laufe des Jahres 1932 allmählich aufgekeimt zu sein. In diesem Jahr kam es zu „erste(n) Pöbeleien von Mitgliedern der stark gewordenen Nazipartei.“⁵⁵

51 Vgl. StA MR, Bestand 180 Gelnhausen, Nr. 4118. Die Petition, der bereits zwei weitere vorausgingen, stammt vom 13. 12. 1913 und wurde von über 40 Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Gelnhausen unterzeichnet.

52 REICHSBUND JÜDISCHER FRONTSOLDATEN (Hg.): Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen 1914-1918. Ein Gedenkbuch, Berlin 1932, S. 223. [Ein Name fehlt.]

53 Beispielsweise war der jüdische Mitbürger Josef Blumenbach Stadtverordneter, vgl. Heidrun REHNER: Jetzt zieht auch ihr von dannen... Lebensgeschichten Gelnhäuser Juden, in: „Die Straße“. Geschichte und Gegenwart eines Handelsweges, hg. von W. Stubenvoll, Frankfurt/Main 1990, S. 219-230, hier S. 227.

54 Die jüdischen Mitbürger in Gelnhausen gehörten zur städtischen Gemeinschaft, teilweise gab es gute Freundschaften zwischen Christen und Juden; vgl. Gesprächsprotokoll mit einer Zeitzeugin aus Gelnhausen vom 20. 8. 2001, Privataarchiv des Verfassers. Es gab einen jüdischen Arzt, einen jüdischen Rechtsanwalt und verschiedene jüdische Geschäftsleute, deren Rolle im Geschäftsleben der Stadt bis 1932/33 nicht unbedeutend war; vgl. P. ARNSBERG: Die jüdischen Gemeinden (wie Anm. 2), S. 243 f.

55 R. SCHEUER: Ende der Kultusgemeinde (wie Anm. 12), S. 77.

Daß die Nationalsozialisten ihren Einfluß in Gelnhausen steigern konnten, hatten sie sicherlich zu einem Großteil ihrer massiven Propaganda zu verdanken. Bereits im Herbst 1932 fanden in Gelnhausen zahlreiche Veranstaltungen der NSDAP statt. Neben gezielten Wahlkundgebungen wurden auch Veranstaltungen angeboten, bei denen die politischen Botschaften der Partei in ein vielfältiges Unterhaltungsangebot eingebettet waren. Beispielsweise organisierte die NSDAP am 11. September im Garten der Restauration „Zur Hoffnung“ ein Gartenfest, das mit der Weihe von drei Sturmflaggen der SA verbunden war. Neben Reden des SA-Oberführers und des Kreisleiters standen ein Militärkonzert, eine reich ausgestattete Tombola sowie ein Preisschießen auf dem Programm.⁵⁶ Im Rahmen eines Treffens von SA- und SS-Männern fand Mitte September ein Platzkonzert auf dem Obermarkt statt. Beim Abschied der Gäste erhoben Hunderte Volksgenossen die Hand zum Gruße.⁵⁷

Durch die Verknüpfung von politischer Propaganda und abwechslungsreichem Unterhaltungsangebot gelang es den Nationalsozialisten, bei ihren Veranstaltungen viele Besucher anzulocken. Neben anderen Themen wurde bei den Kundgebungen der NSDAP in Gelnhausen auch die Rassenfrage aufgegriffen. Am 24. September 1932 spricht der bekannte Gauleiter Frankens, Julius Streicher, in der Turnhalle zu Gelnhausen. Dieses besondere Ereignis wird im „Gelnhäuser Tageblatt“ mehrfach angekündigt.⁵⁸ Die örtlichen Mitglieder der NSDAP werben mit einem großen Plakat an ihrer Geschäftsstelle in der Petersiliengasse (spätere Horst-Wessel-Straße): *Der Schrecken der Kinder Israels, Julius Streicher, Herausgeber des Stürmers, kommt endlich zu uns in die Turnhalle. Niemand bis jetzt konnte diesen Mann noch zum Schweigen bringen!*⁵⁹ Ein überaus zahlreiches Publikum erscheint, um den berühmten Herausgeber des Wochenblatts „Der Stürmer“ zu hören. Streicher befaßt sich in seiner Rede in der Hauptsache mit der Rassenfrage, deren Kenntnis zum Gemeingut aller werden müsse. Die Rede des Gauleiters in der überfüllten Gelnhäuser Turnhalle wird oft *von dem begeisterten und dankbaren Beifall seiner Zuhörer* unterbrochen.⁶⁰

Ende Oktober 1932 gelang es den Nationalsozialisten in Gelnhausen, den bekannten Redner Pfarrer Münchmeyer in ihre Stadt zu rufen, wo dieser sich im großen Saal der Restauration „Zur Hoffnung“ hauptsächlich mit der Regierung Papen auseinandersetzte. Bezüglich seiner eigenen Person erklärte Münchmeyer, daß bisher 120 Prozesse gegen ihn geführt worden seien, die nichts als die völlige Haltlosigkeit aller gegen ihn erhobenen Anschuldigungen ergeben hätten. Der Redner bekundete seine Überzeugung, daß die Zukunft des deutschen Volkes bei Adolf Hitler *in den besten und treuesten Händen liege*.⁶¹ Vergleicht man den Zuversicht ausstrahlenden Artikel des „Gelnhäuser Tageblatts“ mit dem Bericht in den „Gelnhäuser Nachrichten“, so ergibt sich ein

56 Vgl. „Gelnhäuser Tageblatt“ (künftig: GT) vom 9. 9. 1932.

57 GT vom 20. 9. 1932.

58 Vgl. GT vom 22. 9. 1932 und vom 24. 9. 1932.

59 Der Text des Plakats ist auf einem Foto zu sehen, das 1934 im „Stürmer“ abgedruckt wurde. Die Bildunterschrift enthält jedoch Fehler: Streicher sprach nicht am 24. 9. 1930 in Gelnhausen (das nicht am Rhein liegt!), sondern am 24. 9. 1932. Vgl. „Der Stürmer“ 46/1934.

60 GT vom 27. 9. 1932.

61 GT vom 26. 10. 1932.

etwas anderes Bild. In den „Gelnhäuser Nachrichten“, einer von dem jüdischen Verleger M. Linick herausgegebenen Tageszeitung, wird des öfteren Kritik am Nationalsozialismus und an dessen Vertretern geübt. Im Fall Münchmeyer berichten die „Gelnhäuser Nachrichten“ ebenfalls von der Vielzahl der gegen ihn geführten Prozesse und von den zurückgewiesenen Anschuldigungen. In Parenthese wird jedoch hinzugefügt, daß Münchmeyer wohl vergessen habe, vom Schöffengericht Emden wegen Verleumdung vorbestraft zu sein. Des weiteren wird die Ausdrucksweise des Pfarrers kritisiert und lakonisch festgestellt, daß auch *die antisemitischen Hetzereien* in seiner Rede nicht gefehlt hätten.⁶² Aus dieser Nebenbemerkung läßt sich schließen, daß antisemitische Hetzereien in Gelnhausen keineswegs unüblich waren. Die „Gelnhäuser Nachrichten“ versuchten mehr oder minder direkt, antisemitischen Vorurteilen entgegenzusteuern. Am 12. Dezember erschien ein ausführlicher Bericht über einen Aufklärungs-Vortrag in Gelnhausen zum Thema *Deutsche Juden und Deutsches Volk*, der von den Gelnhäuser Ortsgruppen des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veranstaltet worden war. Der Redner appellierte an seine Zuhörer, den Geist der Kameradschaft von 1914 wieder aufleben zu lassen, als beim Anblick des Feindes nicht nach Religion, Stand und Herkunft gefragt worden sei. Der Jugend müsse deutlich gemacht werden, daß der Wert eines Menschen nach seiner Leistung zu beurteilen sei und nicht nach seiner Konfession.⁶³

Der punktuelle Widerspruch der „Gelnhäuser Nachrichten“ vermochte die antijüdische Propaganda der Nationalsozialisten nicht zu bremsen. Bereits vor 1933 wurde bei den Gebrüdern Spielmann in Gelnhausen ein nationalsozialistisches Liederbuch gedruckt, in dem sich eine Annonce mit folgendem Aufruf fand: *Parteigenossen! Parteigenossinnen! Nationalsozialisten! Der deutsche Geschäftsmann, der sich offen zu uns bekennt, wird von unseren Gegnern boykottiert. Aus diesem Grund haben wir ihn mit allen Kräften zu unterstützen. Deshalb: Lauft nicht ins Warenhaus! Meidet die Ramschbazare! Betraut nicht jüdische Ärzte und Rechtsanwälte! Keinen Pfennig unseren Feinden! – Haltet Disziplin und kauft nur in deutschen Geschäften! Denkt daran: Der Jude ist unser Unglück!*⁶⁴ Dieser Aufruf wurde von 48 Geschäftsleuten unterzeichnet.⁶⁵ Über den Bekanntheitsgrad und die Verbreitung des Liederbuches lassen sich keine Aussagen machen. Fakt ist jedoch, daß in Gelnhausen ein Boykott jüdischer Geschäfte bereits im Dezember 1932 Wirklichkeit wurde. Wir sind über diese Boykottaktion durch den Bericht von Richard SCHEUER, einem ehemaligen jüdischen Bürger der Stadt Gelnhausen, unterrichtet. An den drei Sonntagen vor Weihnachten, an denen der Verkauf von Waren gesetzlich gestattet war, standen SA-Männer als Boykottposten vor jüdischen Geschäften. Sie hatten die Aufgabe, „christliche Kunden, die ein jüdisches Geschäft betreten wollten, mit Beschimpfungen und Drohungen davon abzuhalten.“

62 Vgl. „Gelnhäuser Nachrichten“ (künftig: GNN) vom 24. 10. 1932.

63 Vgl. GNN vom 12. 12. 1932.

64 Der Text ist in mehreren Spruchkammer-Akten im Hessischen Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden abgedruckt (Hervorhebungen im Original). Das genaue Erscheinungsdatum des Liederbuches konnte nicht festgestellt werden. In den Akten ist lediglich die Angabe „vor 1933“ enthalten; vgl. HStA WI, Abt. 520 Fu-Z 527.

65 Ob alle 48 Geschäftsleute aus Gelnhausen stammen, konnte nicht festgestellt werden.

Laut SCHEUER war die Polizei machtlos. Es war „der Anfang vom Ende“.⁶⁶ Im „Gelnhäuser Tageblatt“ bleibt der Boykott unerwähnt. In den „Gelnhäuser Nachrichten“ finden sich neutrale Berichte vom „Kupfernen“ und vom „Silbernen Sonntag“. Lediglich die Berichterstattung vom „Goldenen Sonntag“ macht auf das Geschehen aufmerksam.⁶⁷ Erwähnt wird *die Aufstellung einzelner uniformierter Gruppen vor 5-6 Geschäften, die mit wenig Erfolg den armseligen Versuch machten, die Käufer vom Betreten dieser Geschäfte abzuhalten*. Das Publikum ließ sich aber, *dank seiner Vernunft, nicht umstimmen, da zu kaufen, wo es wollte*. Die jüdische Zeitung brandmarkt jedoch den Versuch selbst, *daß Leute, denen z. T. das Wort „Arbeit“ ein fremder Begriff ist, fleißigen Menschen Schaden zufügen wollen*. Somit werde die Bewegung bei allen denkenden Menschen ohne Unterschied der Konfession geschädigt.

Der Boykott im Dezember 1932 nahm den reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte vom April 1933 um vier Monate vorweg. Tonangebend waren dabei uniformierte SA-Männer. Die Frage, ob die uniformierten Gruppierungen wirklich an allen drei Adventssonntagen im Einsatz waren oder vielleicht lediglich am „Goldenen Sonntag“, von dem die Zeitung berichtet, ist letztlich unerheblich. In jedem Fall signalisierte der Boykott allen jüdischen Geschäftsleuten in Gelnhausen den „Anfang vom Ende“.

In der ersten Hälfte des Jahres 1933 wurde die nationalsozialistische Propaganda in Gelnhausen in bewährter Weise fortgesetzt. Die NSDAP organisierte Unterhaltungsabende, Wahlkundgebungen und Propagandamärsche. Am 21. Januar wurde ein „Deutscher Abend“ der SA veranstaltet, an dem das Publikum ein *interessant zusammengestellte(s) Programm* erwartete.⁶⁸ Bestandteile dieses Programms waren schneidige Militärmusik, Theaterstücke, eine Tombola, mitreißende Reden und ein deutscher Tanz. So ist es nicht verwunderlich, daß das „Gelnhäuser Tageblatt“ vom innigen Zusammengehörigkeitsgefühl des Publikums berichtet und feststellt, daß sich alle Besucher dieser Veranstaltung noch lange *dieser wirklich schönen und fröhlichen Stunden* erinnern würden.

Am 1. Februar fand in Gelnhausen zu Ehren des Reichskanzlers Adolf Hitler eine machtvolle Kundgebung statt. Ein Fackelzug von mehreren hundert Mann SA, SS und HJ bewegte sich vom Bahnhof aus hinauf zum Obermarkt. Dort, so geht aus einem Bericht des „Gelnhäuser Tageblatts“ hervor, hielten der Ortsgruppenleiter sowie der Kreisleiter mitreißende Ansprachen. Mit dieser pathetisch-theatralischen Veranstaltung gelang es den Nationalsozialisten einmal mehr, an das Gefühl der Menschen zu appellieren. Über den Abschluß der Kundgebung heißt es im „Gelnhäuser Tageblatt“: *Seit jenen Augusttagen 1914 ist wohl nicht mehr bis zu diesem Abend das Lied der Deutschen mit solcher Andacht und mit solch feierlicher Begeisterung gesungen worden*.⁶⁹

Der Erfolg der Nationalsozialisten zeigte sich bei der Reichstagswahl am 5. März. Die NSDAP erhielt in Gelnhausen 57,1 % der abgegebenen Stimmen (auf Reichsebene

66 R. SCHEUER: Ende der Kultusgemeinde (wie Anm. 12), S. 77.

67 Vgl. GNN vom 6. 12. 1932 und vom 12. 12. 1932; die folgenden Zitate entstammen den GNN vom 19. 12. 1932 („Goldener Sonntag“).

68 Vgl. GT vom 24. 1. 1933.

69 GT vom 3. 2. 1933.

jedoch nur 43,9 %).⁷⁰ Am 8. März bewegte sich erneut ein festlicher Zug von SA, SS und HJ durch die Stadt. Vor dem Landrats-, Finanz- und Bürgermeisteramt verweilte die Prozession, um jeweils die Hakenkreuzfahne zu hissen. Die schwarzrotgoldenen Fahnen wurden verbrannt. Über die Atmosphäre in der Stadt gibt die Schlußbemerkung im Bericht des „Gelnhäuser Tageblatts“ Auskunft: *Darüber kann kein Zweifel sein, Gelnhausen ist deutsch, Gelnhausen ist nationalsozialistisch. Gelnhausen wird für immer sein eine Hochburg Adolf Hitlers.*⁷¹

Dementsprechend beginnt sich das nationalsozialistische Gelnhausen nach der Machtergreifung Hitlers von den Gegnern des neuen Staates zu distanzieren. Dies zeigt sich bereits früh im Vereinsleben der Stadt. Am 23. März beschließt die Freiwillige Feuerwehr Gelnhausen, die Gemeinschaft und Kameradschaft mit Elementen, welche der staatsfeindlichen kommunistischen Partei angehören oder ihr auch nur nahestehen, strikt abzulehnen. Eine Abstimmung über abgeänderte Statuten wird in Aussicht gestellt.⁷² Obwohl in der Zeitung nicht ausdrücklich von Juden die Rede ist, kann dennoch vermutet werden, daß unter die „staatsfeindlichen Elemente“ auch jüdische Mitbürger zu zählen waren. Deutlicher äußerte sich der Schwimmverein zur Judenfrage, dem viele jüdische Mitglieder angehörten.⁷³ Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 29. März wurden ohne jede Debatte und einstimmig zwei Anträge zur Änderung der Satzungen angenommen. Künftig sollte es heißen: *Der Verein steht auf streng nationaler Grundlage und ist religiös neutral.* Des weiteren sollte gelten: *Mitglied des Vereins kann jede unbescholtene Person werden, soweit sie arischer Abstammung ist.*⁷⁴ Diese Bestimmungen verdeutlichen, daß den Juden in Gelnhausen nicht ihre religiöse, sondern ihre rassische Andersartigkeit vorgeworfen wurde. Die diesbezügliche Propaganda hatte ihren Zweck erfüllt. Im Bericht des „Gelnhäuser Tageblatts“ heißt es, daß einige Mitglieder, welche die genannten Bedingungen nicht erfüllten, bereits ihren Austritt aus dem Verein erklärt hätten. Die Abmeldung der übrigen werde in Kürze erwartet.

Ende April beschließt auch der „Turnverein 1861 e. V. Gelnhausen“ die Einführung des Arierparagraphen.⁷⁵ Es ist anzunehmen, daß auch die übrigen Gelnhäuser Vereine (Fußballclub, Tennisclub, Schachclub, etc.) ihre Satzungen dementsprechend abänderten. Der Vorsitzende des Fußballclubs forderte die beiden jüdischen Mitglieder des Vereins während einer Mitgliederversammlung auf, augenblicklich den Saal zu verlassen.⁷⁶ Mit dem Ausschluß der Gelnhäuser Juden aus den städtischen Vereinen begann

70 Vgl. D. C. GLÖCKNER: Nationalsozialismus in Gelnhausen (wie Anm. 5), S. 81 bzw. H.-U. THAMER: Verführung und Gewalt (wie Anm. 30), S. 256.

71 GT vom 9. 3. 1933. Aufschlußreich ist ein Vergleich des ausführlichen und äußerst pathetischen Berichts über die Kundgebung vom 8. März im „Gelnhäuser Tageblatt“ mit dem nüchternen Artikel zum selben Thema in den „Gelnhäuser Nachrichten“, welcher nur wenige Zeilen umfaßt; vgl. GNN vom 9. 3. 1933.

72 Vgl. GT vom 25. 3. 1933.

73 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Ge 747/I.

74 Vgl. GT vom 30. 3. 1933.

75 Vgl. GT vom 28. 4. 1933.

76 Dies hat Herr H. aus Gelnhausen als Mitglied des Clubs im Frühjahr 1933 selbst beobachtet; vgl. Gesprächsprotokoll vom 4. 9. 2001, Privatarchiv des Verfassers.

deren Verdrängung aus dem öffentlichen Leben der Stadt. In wirtschaftlicher Hinsicht wurde der antijüdische Boykott am 1. April 1933 – nun ganz offiziell und von staatlicher Seite – fortgesetzt.

Am 1. April 1933 drucken sowohl das „Gelnhäuser Tageblatt“ als auch die „Gelnhäuser Nachrichten“ eine Bekanntmachung der NSDAP ab, in welcher an den Beginn der Abwehrreaktion *gegen die Greuelpropaganda im Ausland* um 10 Uhr erinnert wird. Die Bevölkerung wird aufgefordert, *im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung* den Besuch *jüdischer Geschäfte, Ärzte, Anwälte und dergleichen* zu unterlassen.⁷⁷ Wenige Tage später informiert das „Gelnhäuser Tageblatt“ über den Erfolg des Boykotts. In eiserner Disziplin und in stolzer Würde habe das deutsche Volk überall den Tag des Boykotts als Abwehr gegen die ungeheuerliche Lügen- und Greuelpropaganda des Auslands durchgeführt. Auch in Gelnhausen habe die von der Reichsleitung der NSDAP angekündigte Aktion pünktlich begonnen. SA- und SS-Männer hätten ihre Posten *unter der Beteiligung einer großen und neugierigen Menge* vor den wenigen offenen Geschäften bezogen. Der größte Teil der in Frage kommenden Firmen hätte jedoch, um Komplikationen zu vermeiden, ihre Häuser und Läden überhaupt nicht geöffnet. Zu erwähnenswerten Zwischenfällen sei es nicht gekommen. Einige Firmenschilder, die von Provokateuren beschmiert worden seien, habe die hiesige Parteileitung wieder reinigen lassen.⁷⁸

Diesen Bemerkungen kann man entnehmen, daß die örtliche Parteileitung auf ihren guten Ruf bedacht war und auf keinen Fall mit Ausschreitungen in Verbindung gebracht werden wollte, die im Zusammenhang mit dem Boykott stattfanden. Wer die flüchtig erwähnten „Provokateure“ waren, wird nicht näher ausgeführt. Über die tatsächliche Beteiligung der Gelnhäuser Bevölkerung am Boykott bzw. über die bewußte Ablehnung der Boykottaktion durch mutige Einzelpersonen geht aus dem Zeitungsartikel nichts hervor. Die folgende Entwicklung sollte jedoch zeigen, daß der Aufruf zum Boykott in Gelnhausen nicht nur dem 1. April galt, sondern auf dauerhafte Gültigkeit ausgerichtet war.

Am 3. April 1933 beschließt die Stadtverordnetenversammlung, den Gelnhäuser Stadtgarten in „Hindenburg-Anlage“ und die „Neue Straße“ in „Adolf-Hitler-Straße“ umzubenennen. Des weiteren wird beschlossen, den *Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und den Herrn Reichskanzler Adolf Hitler zu Ehrenbürgern der alten, freien Reichs- und Kaiserstadt zu ernennen*.⁷⁹ In der Sitzung vom 19. April wird ein Dringlichkeitsantrag der Stadtverordneten der NSDAP, des Kampfbundes Schwarz-Weiß-Rot und der vereinigten Bürgerliste eingebracht, daß *künftighin zu Lieferungen und Leistungen mittelbar und unmittelbar an die Stadt nach Möglichkeit nur Gelnhäuser Geschäftsleute und nur deutsche Geschäfte herangezogen werden*. In dem betreffenden Magistratsprotokoll heißt es, daß der Antrag zur Ausführung zu

77 GT und GNN vom 1. 4. 1933.

78 Vgl. GT vom 3. 4. 1933.

79 Vgl. Stadtarchiv Gelnhausen (künftig: StadtA GN), Abt. XV: Magistratsprotokoll vom 21. 4. 1933 sowie GT vom 4. 4. 1933 bzw. GNN vom 8. 4. 1933.

bringen sei.⁸⁰ Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung verdeutlicht, daß die Stadtverwaltung von Gelnhausen hinsichtlich der Meidung jüdischer Geschäfte beispielgebend voranging. Nur „deutsche Geschäfte“ sollten künftig frequentiert werden. Daß im April 1933 jüdische Geschäftsleute bereits mit wirtschaftlichen Nachteilen konfrontiert waren, legt ein Inserat des Schuhhändlers Ph. Günther im „Gelnhäuser Tageblatt“ nahe. Darin erklärt Günther, daß sein Geschäft entgegen umlaufender Gerüchte ein rein christliches sei und daß er gegen unwahre Behauptungen dieser Art künftig gerichtlich vorgehen werde.⁸¹

In den genannten Quellen werden die Begriffe „deutsch“, „christlich“ und „arisch“ als Synonyme verwendet. Sie dienen zur bewußten Abgrenzung von allem Jüdischen. In den ersten Monaten des Jahres 1933 hat man die Juden in Gelnhausen jedoch nicht nur mit Worten und durch Boykott zu schädigen versucht. Die Nationalsozialisten gingen dazu über, ihre Gegner, insbesondere Kommunisten und Juden, gezielt auszuschalten.⁸² Darunter hatten auch die „Gelnhäuser Nachrichten“ zu leiden. Noch im Februar hatte die Zeitung einen Bericht über den Vortrag eines Berliner Forschers veröffentlicht, in dem der Rassenwahn verurteilt wurde. Die Quintessenz des Artikels lautete: *Das hohe Lied der reinen Rasse ist ein Irrgesang.*⁸³ Noch mutiger war die Wiedergabe eines Kommentars bezüglich einer Rede des Reichskanzlers im Berliner Sportpalast, in dem Hitler als fanatischer Agitator ohne inhaltliches Konzept gebrandmarkt wurde.⁸⁴ Aufgrund ihrer kritischen Berichterstattung geriet die jüdische Zeitung unter Druck. Am 1. April findet sich auf der Titelseite, unter dem Aufruf zum Boykott, eine Mitteilung *An unsere Leser*, in der es heißt: *Den neu geschaffenen Verhältnissen Rechnung tragend, teilen wir heute mit, daß wir im Begriffe stehen, unseren Verlag an eine christliche Firma abzutreten. Damit soll das Unternehmen der Gelnhäuser Nachrichten, deren Redaktion schon von ihrer Gründung an in christlichen Händen lag, auch von der Verlagsseite her in gleichem Sinne geführt werden.*⁸⁵ Am 30. Mai fahren SA-Männer mit einem Lastwagen in der Brentanostraße, wo sich die jüdische Druckerei befindet, vor, erklären die Zeitung für beschlagnahmt und transportieren die druckfrischen Exemplare ab. Dies bedeutete das Ende der „Gelnhäuser Nachrichten“.⁸⁶ In der letzten Ausgabe vom 31. Mai findet sich eine weitere Mitteilung *An unsere Leser*, in der vom Scheitern der Verhandlungen berichtet wird, die Zeitung in christliche Hand zu geben. Daher sehe man sich gezwungen, die Zeitung eingehen lassen zu müssen. Zur Erklärung heißt es: *Es ist uns unmöglich geworden, unter dem immer mehr sich*

80 Vgl. StadtA GN, Abt. XV: Magistratsprotokoll vom 21. 4. 1933. Vgl. ferner: GNN vom 20. 4. 1933.

81 Vgl. GT vom 15. 4. 1933.

82 Vgl. D. C. GLÖCKNER: Nationalsozialismus in Gelnhausen (wie Anm. 5), S. 82.

83 Vgl. GNN vom 9. 2. 1933.

84 Vgl. GNN vom 13. 2. 1933.

85 GNN vom 1. 4. 1933.

86 Diesen Vorgang hat Herr H., der in der Druckerei Linick beschäftigt war, selbst beobachtet, vgl. Gesprächsprotokoll vom 4. 9. 2001, Privatarchiv des Verfassers. Vgl. ferner M. HAHN: Zeitungswesen (wie Anm. 10), S. 226.

*geltend machenden Druck der derzeitigen Verhältnisse den ständig anwachsenden Schwierigkeiten noch länger zu begegnen.*⁸⁷

Die geschilderten Vorkommnisse zeigen, daß in Gelnhausen bereits im Jahr 1932 antijüdische Propaganda und der Boykott jüdischer Geschäfte ihren Anfang nahmen. Diese Entwicklung setzte sich 1933 nach der Machtergreifung Hitlers in verstärktem Maße fort. Die jüdischen Mitbürger sollten wirtschaftlich geschädigt und gesellschaftlich isoliert werden. Der Radau-Antisemitismus in Gelnhausen hatte begonnen.

4.2 Der Gelnhäuser Radau-Antisemitismus

Laut Richard SCHEUER war die Stadt Gelnhausen in den 1930er Jahren eine „Hochburg des Radau-Antisemitismus“.⁸⁸ Unter diesem Schlagwort lassen sich all diejenigen mehr oder minder lautstarken und gewalttätigen Aktionen subsumieren, die in Gelnhausen gegen die jüdische Bevölkerung gerichtet waren und große materielle, körperliche und seelische Schäden anrichteten. Im folgenden soll das Umfeld des Radau-Antisemitismus dargestellt werden, wobei nicht nur die antijüdischen Ausschreitungen selbst von Interesse sind, sondern auch deren Voraussetzungen und deren Folgen. Eine chronologische Darstellung der Ereignisse ist aufgrund der lückenhaften Quellenlage nicht möglich. Daher werden einzelne Aspekte herausgehoben und anhand von belegbaren Beispielen erläutert. Zunächst soll der Blick auf die nationalsozialistische Propagandatätigkeit in Gelnhausen gelenkt werden, die dem Radau-Antisemitismus den Boden bereitete. Anschließend wird die Frage nach der zunehmenden Ausgrenzung der Juden aus dem öffentlichen Leben aufgegriffen. Der Darstellung gewaltsamer antijüdischer Maßnahmen, die den eigentlichen Radau-Antisemitismus in Gelnhausen ausmachten, folgt ein Blick auf die Auswirkungen der Ereignisse: Geschäfte werden arisiert, viele Juden verlassen ihre Heimatstadt. Schließlich soll noch die Rolle von sogenannten „Judenknechten“ untersucht werden, die trotz aller Propaganda ihren Kontakt zu Juden nicht beendet haben.

4.2.1. Antijüdische Propaganda in Gelnhausen

In der Stadt Gelnhausen läßt sich für die 1930er Jahre eine vielfältige nationalsozialistische Propagandatätigkeit nachweisen, durch die unermüdlich alles Jüdische angeprangert wurde. Zunächst muß die allgemeine, überregionale nationalsozialistische Propaganda genannt werden, die natürlich auch in Gelnhausen durch Radioübertragungen und Zeitungsmeldungen zur Kenntnis genommen werden konnte. Im folgenden soll es jedoch nicht um die antijüdischen Hetztiraden von Hitler oder Goebbels gehen, sondern um die Propaganda auf lokaler Ebene, in Vorträgen, Schule und Unterricht sowie in den lokalen Tageszeitungen.

Eine Verkaufsstelle nationalsozialistischer Propagandaschriften war die Geschäftsstelle der NSDAP in der Horst-Wessel-Straße (vgl. Abb. 1). Große Plakate machten mit geeigneten Schlagworten auch auf die Judenfrage aufmerksam. Jeder vorbeigehende

⁸⁷ GNN vom 31. 5. 1933.

⁸⁸ R. SCHEUER: Ende der Kultusgemeinde (wie Anm. 12), S. 77.

Passant konnte beispielsweise ein Plakat mit folgender Aufschrift lesen: *Deutsche kaufen nur bei Deutschen, Christen nur bei Christen. Der Stürmer schreibt: „Geht nicht zum Juden!“*⁸⁹

Das antisemitische Hetzblatt „Der Stürmer“, welches wöchentlich erschien und primitivste Diffamierungen zum Inhalt hatte, wurde im gesamten Reich in sogenannten Stürmerkästen zur öffentlichen Lektüre ausgestellt. Auch Gelnhausen machte diesbezüglich keine Ausnahme.⁹⁰ Zur Aufklärung der Bevölkerung hinsichtlich der Rassenfrage trugen auch verschiedene Vorträge in der Stadt bei. Bereits im Dezember 1932 wird im Geschichtsverein ein Vortrag über Familienforschung gehalten. Den Abschluß bildet der eindringliche Hinweis auf *die hohe Bedeutung der Familienforschung auf medizinischem und sozialpolitischem Gebiet für eine Höherzüchtung unserer Rasse*.⁹¹ Im Oktober 1936 treffen sich Mitglieder des NS-Rechtswahrbundes aus den Kreisen Schlüchtern, Hanau und Gelnhausen in der Stadt an der Kinzig, um einem Vortrag über das Thema *Juden und Recht* beizuwohnen. Der Referent befürwortet, die Juden unter Fremdenrecht zu stellen, und ruft dazu auf, den Kampf gegen das Judentum mit aller Schärfe fortzusetzen.⁹² Bei einer Tagung des NS-Lehrerbundes in Gelnhausen wird im Rahmen eines Vortrags auf die Bedeutung der modernen Biologie für den Erzieher im nationalsozialistischen Staate hingewiesen. Die Biologie zeige die Gesetze, ohne die eine biologische Erneuerung des deutschen Volkes nicht möglich sei, nämlich *das Gesetz der rassischen Reinheit, das Gesetz der Auslese und das Gesetz der Fruchtbarkeit*.⁹³

Kenntnisse im Bereich der Rassenkunde wurden auch den Gelnhäuser Schülern vermittelt. Im Schuljahr 1936/37 fertigte die Untersekunda des städtischen Reformrealprogymnasiums mehrere Anschauungstafeln *aus den Gebieten der Geschichte, Bevölkerungs-, Rassen-, Wirtschafts- und Kulturpolitik* an, die zum Schmuck des Treppenhauses aufgehängt wurden.⁹⁴

Während Vorträge und Unterrichtsstunden immer nur einen begrenzten Kreis von Teilnehmern erreichten, wurde die antijüdische Propaganda in Gelnhausen in der Hauptsache von den lokalen Tageszeitungen verbreitet. Das „Gelnhäuser Tageblatt“, welches bis zum 30. November 1935 erschien, vermied in seinem Lokalteil jede antijüdische Hetze. Im Jahr 1933 erschien die erste Ausgabe des „Gelnhäuser Anzeigers“, der nationalsozialistischen Parteizeitung, die am 19. Oktober 1935 in „Kinzig-Wacht“ umbenannt wurde. Mit dem Verschwinden des „Gelnhäuser Tageblatts“ wurde die „Kinzig-Wacht“ zur alleinigen Tageszeitung für den Kreis Gelnhausen. Sowohl der „Gelnhäuser Anzeiger“ als auch die „Kinzig-Wacht“ veröffentlichten eine Vielzahl antijüdischer Propagandaartikel. Diese Artikel zeichnen sich durch einen ungemein

89 Ein Foto der Geschäftsstelle zeigt das genannte Plakat, vgl. „Gelnhäuser Anzeiger“ (künftig: GA) vom 30. 1. 1935; vgl. auch Anm. 59.

90 Vgl. Brief des ehemaligen Gelnhäuser Juden R. vom 11. 9. 2001, Privataarchiv des Verfassers.

91 GNN vom 6. 12. 1932.

92 Vgl. GA vom 28. 10. 1936.

93 GA vom 13. 12. 1934.

94 Schularchiv des Grimmelshausen-Gymnasiums Gelnhausen: Städtisches Reformrealprogymnasium mit Realschule zu Gelnhausen. Bericht über das Schuljahr 1936/37.

polemischen Stil sowie durch einfachste Schwarz-Weiß-Malerei aus: Der jüdische Mitbürger wird als durch und durch schlecht dargestellt und als Wurzel allen Übels betrachtet. Schier unglaublich ist das verwendete Vokabular. „Der Jude“ wird als *Ab-schaum der Menschheit, Parasit in allen Völkern, Bauernschinder, syrischer Wüsten-sohn, Aasgeier, Nachkomme der Christusmörder* und *Störenfried der Weltwirtschaft* bezeichnet.⁹⁵ Christlichen Mädchen werden jüdische Frauen als schlampige *Juden-schicksen* gegenübergestellt.⁹⁶ Insgesamt gilt der Jude als *Teufel in Menschengestalt* und *Weltfeind Nr. 1*.⁹⁷ Besonders der „Gelnhäuser Anzeiger“ hämmerte seinen Lesern beinahe täglich griffige Parolen ein, welche die jüdischen Mitbürger verunglimpften. Unter den Kleinanzeigen der Zeitung konnte man lesen: *Kauft deutsche Ware!*, *Die Juden sind unser Unglück!* und *Wer vom Juden frißt, der stirbt daran!*⁹⁸

Wenn man die Artikel im Lokalteil von „Gelnhäuser Anzeiger“ und „Kinzig-Wacht“ vergleicht, so lassen sich zwei unterschiedliche Typen von antijüdischer Propaganda feststellen. Die erste Gruppe von Artikeln enthält allgemeine Propaganda, die sich in einer grundsätzlichen Hetze gegen alle Juden und alles Jüdische äußert. „Der Jude“ steht im Mittelpunkt des Interesses. Die zweite Gruppe enthält persönliche Diffamierungen einzelner jüdischer Bürger, die namentlich genannt werden. Einige Beispiele sollen die beiden Typen der Propaganda und den Stil der Artikel vor Augen führen.

Im Dezember 1934 ruft der „Gelnhäuser Anzeiger“ alle Gelnhäuser Bürger auf, beim Weihnachtseinkauf auf das Schild „Deutsches Geschäft“ zu achten. Somit könne der Kunde *sicher sein, seine sauer verdienten Ersparnisse nicht dem Feinde alles Deutschen, dem Juden, gegeben zu haben*.⁹⁹ Ein weiterer Artikel zum Thema *Der ewige Jude* macht den Leser darauf aufmerksam, daß die Judenfrage bereits im Mittelalter bestanden habe. Dies wird durch Auszüge aus der Gelnhäuser Stadtgeschichte belegt. Abschließend wird an den Leser appelliert, aus der Geschichte zu lernen: *Meide jeden Juden wie die Pest!*, denn, so schließt der Verfasser des Artikels, es sei und bleibe ein wahrer Satz: *Wer vom Juden frißt, der stirbt daran!*¹⁰⁰ In der „Kinzig-Wacht“ wird „der Jude“ als geborener Verbrecher und Betrüger bezeichnet. Wie ein Vampir das Blut seines Opfers aussauge, so mache es der Jude seit Jahrtausenden mit den Völkern, die ihm Gastrecht geben. Der Nationalsozialismus habe jedoch dem deutschen Volk die Augen geöffnet. Es müsse verhindert werden, daß sich der Jude mit Schacher, Wucher und Betrug an den deutschen Menschen heranmache.¹⁰¹

95 „Kinzig-Wacht“ (künftig: KW) vom 6. 10. 1936; ebd.; GA vom 2. 2. 1935; ebd.; GA vom 17. 4. 1935; ebd.; KW vom 19. 5. 1938.

96 GA vom 9. 2. 1935.

97 KW vom 12. 11. 1938 und vom 14. 11. 1938.

98 Zum Beispiel GA vom 21. 5. 1934, vom 5. 8. 1935 und vom 17. 5. 1934.

99 GA vom 22. 12. 1934; Hervorhebung vom Verfasser. Vgl. auch den ähnlichen Artikel vom 26. 11. 1934.

100 GA vom 11. 3. 1935; Hervorhebung vom Verfasser.

101 Vgl. KW vom 6. 10. 1936.



Abb. 1: Die Geschäftsstelle der NSDAP in der Horst-Wessel-Straße.
(Foto: Stadtarchiv Gelnhausen.)

Im April 1938 stellt die „Kinzig-Wacht“ fest, daß es in der deutschen Wirtschaft auch ohne die Juden gehe. Als Antwort auf die Frage, warum *jetzt eine ganze Reihe von Juden ihre Läden liquidiert*, schreibt das Blatt: *Rebbach können sie nicht mehr machen, und mit echter Leistung zu konkurrieren, dazu sind sie nicht imstande. Jawohl, nicht imstande.*¹⁰² Gänzlich andere Töne werden einen Monat später angeschlagen. Die augenblickliche Knappheit an Zwiebeln wird auf *die Machenschaften einer internationalen jüdischen Spekulationsklique* zurückgeführt, die einfach die Gesamtzwiebelernte Europas aufgekauft habe, um sie nunmehr mit einem Gewinn von rund 400 Prozent zu verkaufen.¹⁰³

Obwohl den Juden ein Monat zuvor in wirtschaftlicher Hinsicht Unfähigkeit bescheinigt wurde, gelten sie nun als *Störenfriede der Weltwirtschaft*.¹⁰⁴ Einer logischen Argumentation bedarf es, wie die genannten Beispiele verdeutlichen, dabei nicht. Die nationalsozialistischen Propagandisten finden immer ein geeignetes „Verbrechen“, aufgrund dessen sie sämtliche Juden als Kollektiv an den Pranger stellen.

Genauso häufig treten in den Gelnhäuser Zeitungen aber auch Berichte auf, die dem zweiten Typ von Propaganda angehören. Damit jeder Leser weiß, welch schlimme Mitbürger in seiner Stadt leben, werden einzelne Juden namentlich erwähnt. Im Juni 1934 wird über die Methoden des „Viehjuden“ Buxbaum berichtet, welcher die bei Gelnhausen ansässigen Bauern *mit der blumenreichen Sprache semitischer Rabulistik* zu übervorteilen versuche.¹⁰⁵ Ein anderer Artikel verurteilt jüdische Geschäftsleute, die noch nach dem offiziellen Ladenschluß Verkäufe tätigen. Als abschreckende Beispiele werden drei jüdische Geschäfte in Gelnhausen namentlich genannt. Die arischen Kunden werden als Volksverräter bezeichnet und mit allgemeiner Verachtung bedroht.¹⁰⁶

Die Juden S. und R. aus Gelnhausen trifft der Vorwurf versuchter Rassenschande. Deutsche Frauen und Mädchen werden ausdrücklich davor gewarnt, sich mit Juden einzulassen. Der Jude R. (Name und Straße werden genannt) habe sich mit einer Deutschen abgegeben, die sich jedoch entfernt habe, als sie sich beobachtet fühlte. Der Bericht enthält die Drohung, die besagte Frau *ohne jede Rücksicht namentlich an den Pranger* zu stellen, wenn sie sich nicht künftig von dem Juden fernhalte.¹⁰⁷

Vor dem öffentlichen Pranger in der nationalsozialistischen Lokalpresse blieben weder die Juden selbst, noch sogenannte „Judenknechte“ verschont, also Leute, die geschäftliche oder persönliche Beziehungen zu Juden unterhielten. Juden und alle diejenigen, die es noch wagten, diese zu unterstützen, wurden bloßgestellt, beschimpft und beleidigt, wie beispielsweise Herr G. J. aus Höchst bei Gelnhausen *und seine an Körper so gewaltige, an Vernunft aber so kleine Ehefrau*, die mit dem Gelnhäuser Juden N. H. geschäftlichen Kontakt hatten.¹⁰⁸

102 KW vom 25. 4. 1938.

103 KW vom 19. 5. 1938.

104 Ebd.

105 GA vom 22. 6. 1934.

106 Vgl. GA vom 7. 2. 1935.

107 GA vom 8. 5. 1935.

108 KW vom 8. 10. 1938. Die öffentliche Namensnennung macht nicht einmal vor Angehörigen des Adels halt: „Am Pranger“ steht auch die Gräfin Marie zu Ysenburg Philippsch, Meerholz bei Gelnhausen, die ihre Kleider nach wie vor bei einer Jüdin nähen ließ; vgl. GA vom 21. 6. 1935.

Am Pranger des „Gelnhäuser Anzeigers“ steht im Juni 1935 auch der Jude Löwenthal aus Altenhaßlau bei Gelnhausen, den ein besonders harter Vorwurf trifft. Er soll aufgrund seiner Betrügereien einen deutschen Bauern dazu gebracht haben, sich das Leben zu nehmen. Bittere Haßtiraden werden über den Juden Löwenthal und die Judentum im allgemeinen ausgegossen.¹⁰⁹ Der Bericht über den „Bauernschinder“ Löwenthal ist ein Beispiel für die Verschmelzung von beiden Typen der Propaganda. Ein Einzelfall wird aufgegriffen, um die geäußerte Verachtung dann auf die gesamte Judentum zu übertragen. Dies geschieht auch im Fall der ehemaligen Gelnhäuser Jüdin Rosa Strauß, die Werbekarten ihres Frankfurter Geschäftes an ihre ehemalige Gelnhäuser Kundschaft versendet. Frau Strauß wird vom „Gelnhäuser Anzeiger“ aufgerufen, deutsche Bürger mit ihrer Reklame zu verschonen und mit ihren Rassegenossen in die Wüste auszuwandern, wo ein besserer Ort sei, ihren *Ramschluden* aufzubauen.¹¹⁰

Es wäre möglich, viele weitere Beispiele zu nennen, um zu zeigen, daß die nationalsozialistische Lokalpresse in Gelnhausen eine umfangreiche antijüdische Propagandatätigkeit entfaltete. Die jüdischen Mitbürger wurden teils als Kollektiv, teils durch persönliche Anschuldigungen attackiert, diffamiert und beleidigt. Da stets die Möglichkeit gegeben war, als Jude oder „Judenknecht“ in der Presse an den Pranger gestellt zu werden, sollte Druck ausgeübt werden, sich hinsichtlich der Judenfrage der nationalsozialistischen Sicht der Dinge anzuschließen. Trotz dieses Drucks gab es in Gelnhausen sicher viele Bürger, welche nicht bereit waren, die antijüdische Propaganda gutzuheißen. Gegenmeinungen konnten jedoch, wenn überhaupt, nur im Untergrund geäußert werden. Die allgemein akzeptierte bzw. zumindest geduldete Einstellung, die man in den 1930er Jahren in Gelnhausen den jüdischen Mitbürgern entgegenbrachte, geht aus der Propaganda der lokalen Presse hervor. Will man den von der Gelnhäuser Presse geschürten Judenhaß zeitlich etwas genauer fassen, so läßt sich ein erster Höhepunkt antijüdischer Propaganda, besonders im „Gelnhäuser Anzeiger“, in den Jahren 1934 und 1935 feststellen. In den darauffolgenden Jahren flaute die journalistische Hetze ein wenig ab, um im Jahr 1938 einen zweiten Höhepunkt zu erreichen.

4.2.2 Ausgrenzung der Gelnhäuser Juden aus dem öffentlichen Leben

Als sich das nationalsozialistische Regime konsolidiert hatte, kam es auch in Gelnhausen zu einer Reihe von Maßnahmen, um die jüdischen Mitbürger aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben zu verdrängen. In wirtschaftlicher Hinsicht hatte die Ausgrenzung der Juden bereits mit dem Boykott von 1932 eingesetzt. Die in der Presse veröffentlichten Propagandaartikel machen deutlich, daß die Boykottierung jüdischer Geschäfte stets eine Aufgabe jedes deutschen Volksgenossen sein sollte. Daß die Freqüentierung jüdischer Läden tatsächlich abgenommen haben muß, beweist die Tatsache, daß einige jüdische Kaufleute noch nach dem offiziellen Ladenschluß bei einbrechender Dunkelheit ihre Waren verkauften.¹¹¹ Mit Sicherheit entsprang dies nicht blanker Profitgier, sondern einer wirtschaftlichen Notlage. Viele arische Geschäftsleute

109 Vgl. GA vom 27. 6. 1935.

110 Vgl. GA vom 26. 9. 1935.

111 Vgl. GA vom 7. 2. 1935.

machten Gebrauch von der Aufstellung eines Schildes mit der Aufschrift „Deutsches Geschäft“. Im Mai 1938 werden alle jüdischen Geschäfte der Stadt Gelnhausen mit einem deutlich sichtbaren Davidstern gekennzeichnet, so daß es, wie die „Kinzig-Wacht“ triumphierend feststellt, von nun an nicht mehr zu der Ausrede kommen könne, man sei sich nicht darüber im klaren gewesen, in einem jüdischen Geschäft gekauft zu haben.¹¹²

Für die Ausgrenzung der Juden im wirtschaftlichen Bereich war die oben dargestellte Propagandatätigkeit der Nationalsozialisten von entscheidender Bedeutung. Durch die Veröffentlichung zahlreicher Namen von „Judenknechten“ in der Zeitung wurde Druck auf die Bevölkerung ausgeübt, sich von allem Jüdischen fernzuhalten. Selbst der Gelnhäuser Bürgermeister wurde in der Presse darauf hingewiesen, daß es wohl nicht rechtens sei, Juden das Aufschlagen von Zelten beim Lichtmeßmarkt zu gestatten.¹¹³ Druck und Angst erzeugten auch die in zahlreichen Ortschaften aufgestellten Prangertafeln, auf denen die Namen von volksverräterischen Judenknechten zu lesen waren. Beispielsweise konnte der Gelnhäuser Viehhändler Reiß kein Geschäft mit einem Bauern aus dem Dorf Rothenbergen abschließen, weil dieser Angst hatte, *auf die Tafel* zu kommen.¹¹⁴ So ist anzunehmen, daß viele jüdische Geschäfte von „arischen“ Bürgern nicht aus Überzeugung, sondern aus Angst vor persönlicher Diffamierung gemieden worden sind.

Die Gelnhäuser Juden wurden nach und nach auch aus dem gesellschaftlichen Leben der Stadt ausgegrenzt. Von ihrem Ausschluß aus Gelnhäuser Vereinen war bereits die Rede. Die Gelnhäuser Realschule, seit 1931 Reformrealprogymnasium, wurde in den 1920er Jahren von durchschnittlich ungefähr zwanzig jüdischen Schülern besucht. Im Schuljahr 1933/34 gibt es nur noch zwei jüdische Schüler, die im Herbst 1935 die Anstalt verlassen.¹¹⁵ Im August 1933 werden alle ehemaligen Realschüler zu einer Generalversammlung in eine Gelnhäuser Gastwirtschaft geladen. In der Anzeige des „Gelnhäuser Tageblatts“ heißt es wörtlich: *Juden haben keinen Zutritt!*¹¹⁶

Für die Marginalisierung der Juden in der Gesellschaft waren selbstverständlich auch in Gelnhausen die Gesetze und Bestimmungen der nationalsozialistischen Reichsregierung bindend. Die Nürnberger Gesetze besaßen auch in Gelnhausen Gültigkeit. Hierbei ist jedoch vor allem das „Reichsbürgergesetz“ zu nennen. Das „Blutschutzgesetz“ hatte in Gelnhausen keine gewichtigen Auswirkungen, da die jüdischen Bürger ohnehin nur untereinander heirateten.¹¹⁷ Als 1936 das Kriegerdenkmal

112 Vgl. KW vom 25. 5. 1938.

113 Vgl. GA vom 6. 2. 1935.

114 Vgl. GA vom 21. 3. 1935.

115 Vgl. die Jahresberichte bis 1935/36 in der Schulchronik des Grimmelshausen-Gymnasiums Gelnhausen, Schularchiv der Grimmelshausen-Schule. Dort finden sich in den Statistiken Angaben zur Konfession der Schüler. Vgl. ferner: Peter TAUBER: Die Grimmelshausenschule. Die Geschichte des heutigen Grimmelshausen-Gymnasiums Gelnhausen, Wächtersbach 1997, S. 22.

116 GT vom 19. 8. 1933.

117 In den 1920er und frühen 1930er Jahre gab es keine christlich-jüdische Ehe in der Stadt Gelnhausen; vgl. Gesprächsprotokoll mit einer Zeitzeugin aus Gelnhausen vom 20. 8. 2001, Privataarchiv des Verfassers. Durch das „Blutschutzgesetz“ wurde den Juden natürlich de jure die Möglichkeit

zum Gedächtnis der Weltkriegsopfer eingeweiht wurde, blieben die jüdischen Soldaten aus Gelnhausen auf den Gedenktafeln unerwähnt.¹¹⁸ Damit kam man einem Erlaß des Reichsministeriums für Propaganda nach, demzufolge die Namen jüdischer Frontkämpfer auf neuen Denkmälern nicht mehr aufgeführt werden sollten.¹¹⁹ Jüdische Mitbürger wurden nicht nur in der Gegenwart ausgegrenzt, man war auch bestrebt, sie aus der Erinnerung zu löschen.

Für die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Ausgrenzung der Juden scheint die antijüdische Propaganda in der Presse den Boden bereitet zu haben. Wer sich grundsätzlich von seinen jüdischen Mitbürgern distanzierte, brauchte keine polemischen Angriffe auf die eigene Person zu fürchten. Vielleicht kam es auch dem einen oder anderen „arischen“ Geschäftsmann gelegen, daß er von jüdischer Seite immer weniger Konkurrenz zu fürchten hatte. Dies kann aber anhand der erhaltenen Quellen nicht bewiesen werden und muß im Bereich der Spekulation verbleiben. Sicher ist jedoch, daß die Ausgrenzung der Juden in Gelnhausen nur teilweise auf nationalsozialistischer Überzeugung beruhte, weil durch kontinuierliche Propaganda Angst und Druck in der Bevölkerung geschürt wurden, geschäftliche und persönliche Kontakte zu Juden fortzuführen. In der Stadt entstand eine antijüdische Stimmung. „Man“ distanzierte sich von allem Jüdischen – sei es aus Indifferenz, Angst oder Überzeugung –, weil dies der Nationalsozialismus forderte. „Man“ hatte Angst, als deutscher Volksgenosse gegen den Strom zu schwimmen. In diesem antijüdischen Klima entwickelte sich in Gelnhausen aber noch weitaus Schlimmeres: Zerstörung von fremdem Eigentum und Gewalt gegen Menschen.

4.2.3 Radau-Antisemitismus: Anwendung von Gewalt

In der Stadt Gelnhausen hat es während des Dritten Reiches nicht nur verschiedene Arten der Propaganda gegeben, sondern auch zahlreiche gewaltsame Ausschreitungen gegen die jüdischen Mitbürger. Bereits 1933 wurden Juden in Gelnhausen mit Steinen beworfen und angespuckt.¹²⁰ Richard SCHEUER spricht von „täglichen Pöbeleien (...) ohne Ende“. Nazis seien in jüdische Häuser eingedrungen, hätten Einrichtungsgegenstände zertrümmert und die Bewohner geschlagen. Von diesen Vorfällen sei allerdings nichts in den Zeitungen zu lesen gewesen.¹²¹

Durch den sogenannten Radau-Antisemitismus wurden in Gelnhausen immer wieder Sachschäden angerichtet. Im März 1934 kam es zur Störung einer Besprechung jüdischer Repräsentanten im jüdischen Gemeindehaus. Kurz nach Beginn der Sitzung

genommen, eine Ehe mit einem Christen einzugehen. De facto wäre dies in Gelnhausen aufgrund der bestehenden Tradition ohnehin unwahrscheinlich gewesen.

118 Zum Ehrenmal in der Hindenburg-Anlage vgl. die kritischen Anmerkungen der GHG (Hg.): Juden in Gelnhausen (wie Anm. 6), S. 3 ff.

119 Vgl. J. WALK: Sonderrecht (wie Anm. 17), S. 137, Nr. II, 34.

120 Vgl. Astrid HEYMAN: Die Blümelein, sie schlafen ..., in: Festschrift ehemalige Synagoge Gelnhausen, hg. vom Magistrat der Barbarossastadt Gelnhausen, Gelnhausen 1986, S. 101-106, hier S. 104.

121 Vgl. R. SCHEUER: Ende der Kultusgemeinde (wie Anm. 12), S. 80.

wurden große Steine durch die Fensterscheiben in das Sitzungszimmer geworfen.¹²² Die Zerstörung von Fensterscheiben war in Gelnhausen keine Seltenheit. Allein für den Zeitraum zwischen Januar 1934 und Dezember 1935 sind ein Dutzend Fälle durch Tagesberichte der Staatspolizeistelle Kassel belegt.¹²³ Darüber hinaus werden manchmal auch zusätzliche Sachbeschädigungen an jüdischen Häusern erwähnt.¹²⁴ Was genau beschädigt wurde und wer die Täter waren, geht aus den knappen Berichten nicht hervor. Dennoch wird deutlich, daß in Gelnhausen ein verhängnisvolles Gewaltpotential existierte. Die jüdischen Bewohner mußten jedoch schmerzhaft erfahren, daß man neben Sachbeschädigungen auch vor gewaltsamen Übergriffen auf Menschen nicht zurückschreckte.

In den monatlichen Berichten des Landrats ist des öfteren vom „provozierenden Hervortreten“ einzelner Juden in Stadt und Kreis Gelnhausen die Rede. Dadurch komme es bisweilen zu starker Erregung in der Bevölkerung. Bezüglich eingeschlagener Fensterscheiben erklärt der Landrat, daß die Täter wahrscheinlich in Kreisen zu suchen seien, „die entweder von Juden übervorteilt wurden oder die heute noch vom Juden auf Grund früherer Schulden in ihrer Existenz bedroht werden.“ Da die Juden durch ihr Geschäftsgebaren „in einzelnen Gegenden des Kreises provozierend hervortreten, wird da und dort in einzelnen Fällen der Einzelne einmal der Empörung sich Luft machen.“ Derartige Zusammenstöße seien erst dann gänzlich vermeidbar, „wenn der Jude stärker als bisher aus dem Wirtschaftsleben verdrängt ist.“¹²⁵

Wie provozierendes Hervortreten von Juden de facto aussah, verdeutlicht der Fall des jüdischen Schuhhändlers Strauß in Gelnhausen. Im Juli 1934 berichtet der „Gelnhäuser Anzeiger“, daß es vor dem Schuhhaus Strauß zu *erregten Szenen* gekommen sei, *die bedrohlichen Charakter anzunehmen schienen*.¹²⁶ Strauß und dessen Tochter hätten etliche Hitlerjungen durch das Rufen von Schimpfworten *auf das gemeinste beleidigt*. Die Jüdin habe sogar *in ihrem infernalischem Haß* nach den jungen Nationalsozialisten getreten. *Die berechtigte Erbitterung der sich mehr und mehr ansammelnden deutschen Bevölkerung gegen die unverschämten Juden drängte ungestüm danach, den Feinden Deutschlands eine exemplarische Strafe zu verabreichen*. Da die Behörden die für die Juden bedrohliche Lage erkannt hätten, seien diese sofort in Schutzhaft genommen worden. Abschließend warnt der „Gelnhäuser Anzeiger“ vor einer Verdrehung der Tatsachen: Wenn es infolge unflätiger, gegen Nationalsozialisten gerichteter Beleidigungen *zu ein paar kräftigen und verdienten Maulschellen oder zu einer noch fühlbareren Abfuhr* komme, werde zu Unrecht von *Judenhetze* und *Judenverfolgung* gesprochen.

Wenn man den Zeitungsartikel aus heutiger Sicht mit umgekehrten Vorzeichen liest, kann man sich ein Bild von der aufgeheizten Stimmung in Gelnhausen machen.

122 Vgl. den Bericht der Staatspolizeistelle Kassel an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin vom 16. 4. 1934, T. KLEIN (Hg.): Lageberichte (wie Anm. 8), S. 80 und S. 774.

123 Vgl. ebd., S. 774, 798, 807 f., 815 ff., 820 f., 826 f.

124 Vgl. ebd., S. 808 und S. 826.

125 Bericht des Landrats vom 29. 8. 1934, T. KLEIN (Hg.): Regierungsbezirk Kassel (wie Anm. 8), S. 96.

126 Vgl. im folgenden GA vom 18. 7. 1934. Der „Fall Strauß“ wurde als so brisant betrachtet, daß der Bericht des GA im Oktober 1934 auch im „Stürmer“ abgedruckt wurde; vgl. „Der Stürmer“ 40/1934.

Die Vorgeschichte läßt sich nur vermuten. Sicherlich wird der jüdische Kaufmann die HJ-Mitglieder nicht grundlos als *Lumpengesindel* und *Lumpenpack* bezeichnet haben. Vielmehr werden Schimpfworte und Tritte zur Abwehr nationalsozialistischer Provokation gedient haben. Ein tatsächliches Verbrechen kann dem jüdischen Schuhhändler nicht zur Last gelegt werden. Dennoch wird er in Haft genommen, um vor einer *exemplarischen Strafe* geschützt zu werden.

In Schutzhaft wird 1935 auch der 78jährige (!) Jude S. genommen, „weil er sich einer Frauensperson gegenüber in unsittlicher Weise betätigt hatte.“ In seinem Bericht sieht es der Landrat als Wunder an, „daß die Bevölkerung durch solche Handlungen nicht handgreiflich wird.“ Es sei hier erst Besserung zu erwarten, wenn der letzte Jude seinen hiesigen Aufenthalt aufgegeben haben werde.¹²⁷

In besonderer Weise wurde die jüdische Familie Meyer schikaniert. Da die Fensterscheiben ihres Hauses mehrmals eingeworfen worden waren, hatte sich die Familie zur Anbringung von Holzverschlügen entschlossen. Nachdem eines Nachmittags der Gauleiter Sprenger durch die betreffende Straße gefahren war und sich nach der Bedeutung der Bretter vor den Fenstern erkundigt hatte, erschien ein Polizist und „empfahl“ der Familie die Entfernung der Holzverschlüge. Dies wurde aufgrund der Sabbatruhe abgelehnt. Jedoch versprach man, die Bretter gleich nach dem Ende des Sabbats zu beseitigen. Als am Abend jedoch eine Gruppe schreiender Jugendlicher erschien, die damit drohten, ins Haus zu kommen und die Bretter selbst zu entfernen, wenn dies nicht innerhalb einer Stunde geschehen sei, sah sich die jüdische Familie gezwungen, den Befehl der Horde zu erfüllen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß der Oberwachtmeister, der im Parterre des Hauses wohnte, an besagtem Abend nicht erreichbar war.¹²⁸ Als Herr Meyer an einem anderen Abend auf dem Nachhauseweg von der Synagoge mit Salzsäure bespritzt und am Auge verletzt wurde, erkannten zwei Zeugen die Täter. Die Polizei zeigte sich nach außen erfreut, die Täter dingfest machen zu können, de facto wurden die Schuldigen jedoch freigesprochen.¹²⁹

Bei gewaltsamen Übergriffen auf Juden scheint sich Mitleid in Grenzen gehalten zu haben. In einem Bericht des Landrats wird ein jüdischer Arzt erwähnt, der in Gelnhausen auf dem Weg zu einer Entbindung von zwei Personen angehalten und geschlagen wurde. Es sei jedoch kein Schaden entstanden (!), weil der Arzt noch rechtzeitig bei der Patientin eintraf.¹³⁰

Durch Zeugenaussagen im Rahmen eines Spruchkammerverfahrens sind wir über die Verhaftung des Juden Ludwig Scheuer unterrichtet. SA-Männer drangen mit Hilfe einer Leiter gewaltsam in das Haus des Juden ein. Der Grund für die Verhaftung bleibt unklar. Ludwig Scheuer wurde von seinen Peinigern grob mißhandelt, so daß blutende Wunden am Kopf zu sehen waren. Die Befehlsgewalt bei dieser Aktion hatte ein SA-

127 Bericht des Landrats vom 27. 5. 1935, vgl. T. KLEIN (Hg.): Regierungsbezirk Kassel (wie Anm. 8), S. 425.

128 Vgl. den Bericht des ehemaligen Gelnhäuser Juden M. MEYER: Jüdisches Leben (wie Anm. 12), S. 65.

129 Ebd., S. 65.

130 Vgl. den Bericht des Landrats vom 5. 7. 1935, T. KLEIN (Hg.): Regierungsbezirk Kassel (wie Anm. 8), S. 456.

Sturmführer. Eine Zeugin stellte fest, daß dieser SA-Sturmführer die Tötlichkeiten gegen den Juden ohne weiteres hätte einstellen können. Er sei jedoch mit dem Tun seiner Männer voll und ganz einverstanden gewesen. Schließlich wurde Herr Scheuer von seiner Wohnung aus ins Gefängnis abgeführt.¹³¹

Ein ähnlicher Fall betrifft den jüdischen Viehhändler Löwenthal aus Altenhaßlau bei Gelnhausen. Dieser wurde von einem Gendarmerie-Kommissar, der ihn in Schutzhaft nehmen sollte, durch die Stadt Gelnhausen zum Gefängnis geführt. Löwenthal wurde von einer Menschenmenge begleitet, die ihn beschimpfte und mißhandelte. Der Gendarmerie-Kommissar versuchte, den Juden vor allzu schweren Hieben abzuschirmen. Dennoch blutete Löwenthal am Kopf. Es ist wahrscheinlich, daß auch in diesem Fall SA-Männer beteiligt waren, was aber aus den Quellen nicht zweifelsfrei hervorgeht.¹³²

Die genannten Beispiele veranschaulichen, daß Gelnhausen leider zu Recht als Hochburg des Radau-Antisemitismus bezeichnet wurde. Jüdische Mitbürger wurden mit mehr oder minder fadenscheinigen Gründen in Schutzhaft genommen und mußten Beschimpfungen und Mißhandlungen erdulden. Im folgenden soll der Zusammenhang zwischen Propaganda und Gewaltbereitschaft betrachtet werden. Vom enormen Ausmaß der antijüdischen Propaganda in Gelnhausen, die insbesondere von der Presse ausging, war bereits die Rede. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß in der nationalsozialistischen Lokalpresse direkte und indirekte Aufrufe zur Gewaltanwendung enthalten waren. Der angesehene Gelnhäuser Jude Joseph Blumenbach verließ bereits 1933 die Stadt. Zwei Jahre später schreibt der „Gelnhäuser Anzeiger“ über ihn: *Was dieser Talmudjude alles auf dem Kerbholz hatte, das hätte man besser mit einem kräftigen Hanfstrick geahndet (...)*.¹³³ Diese Maßnahme konnte Gottlob nicht mehr ergriffen werden, da Blumenbach der Stadt Gelnhausen längst den Rücken gekehrt hatte. Eine andere Situation lag im Fall des jüdischen Kaufmanns Max Moritz vor. Dieser wurde in einem polemischen Hetzartikel des „Gelnhäuser Anzeigers“ am 9. Februar 1935 scharf attackiert. Ihm wurde vorgeworfen, seine Angestellten nicht ordnungsgemäß zu entlohnen. Am Schluß des Artikels wird die Hoffnung ausgedrückt, *daß es für manche nicht zu spät ist, zu erkennen, wie die Dinge liegen*.¹³⁴ Am Abend desselben Tages versammelten sich mehrere Personen vor dem Haus des Kaufmanns und forderten die ordnungsgemäße Bezahlung der Angestellten. „Um die öffentliche Ruhe und Ordnung wieder herzustellen und zum Schutz der eigenen Person“ wurde Moritz in Sicherungshaft genommen. Wie der Landrat in einem Bericht ausdrücklich feststellt, war die „Erregung der Bevölkerung“ durch eine Veröffentlichung in der Presse entstanden.¹³⁵

Auch der bereits geschilderten Mißhandlung des jüdischen Viehhändlers Löwenthal geht ein Presseartikel voraus. Im „Gelnhäuser Anzeiger“ vom 27. Juni 1935 wird Lö-

131 HStA WI, Abt. 520 Fu-Z 1572.

132 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Fu-Z 1572.

133 GA vom 6. 2. 1935.

134 GA vom 9. 2. 1935.

135 Vgl. Bericht des Landrats vom 19. 2. 1935, T. KLEIN (Hg.): Regierungsbezirk Kassel (wie Anm. 8), S. 321.

wenthal vorgeworfen, einen deutschen Bauern in den Tod getrieben zu haben. Der „Viehjude“ habe aufgrund eines schamlosen Betrugs den Bauern derart zur Verzweiflung gebracht, daß dieser sich das Leben genommen habe. Der Artikel schließt mit folgendem Aufruf: *Wenn ihr, deutsche Bauern, aber des Juden Löwenthal aus Altenhaßlau ansichtig werdet, dann gebt ihm die richtige Antwort auf seine Tat. Duldet keinen Juden in Euren Dörfern!*¹³⁶ Die „richtige Antwort“ bestand darin, den Juden zu verhaften und auf dem Weg zum Gefängnis schwer zu mißhandeln. In den Spruchkammerakten wird der Fall Löwenthal unterschiedlich datiert: 1935, aber auch 1936 und 1938 werden genannt.¹³⁷ Im Bericht des Landrats vom 31. Juli 1935 ist von der Inschutzhaftnahme des Juden Löwenthal wegen „herausfordernden Benehmens“ die Rede.¹³⁸ Daraus ergibt sich, daß die Verhaftung des Viehhändlers im Anschluß an die Veröffentlichung des Zeitungsartikels, also Ende Juni oder Anfang Juli 1935, stattgefunden haben muß.¹³⁹ Der Zusammenhang zwischen Presseartikel und Inschutzhaftnahme wird noch insofern bekräftigt, als die johlende Menge dem Viehhändler bei seiner Verhaftung zurief: *Wir nehmen Rache für einen deutschen Bauern!*¹⁴⁰

Die antijüdische Propaganda kann als Voraussetzung für den Radau-Antisemitismus in Gelnhausen betrachtet werden. Durch kontinuierliche Verleumdungen und Beleidigungen der jüdischen Mitbürger entstand ein Klima der Gewaltbereitschaft. Wichtig ist die Erkenntnis, daß die vielfach zitierte „Empörung der Bevölkerung“ nicht auf tatsächlichen Verbrechen der Juden basierte, sondern von der Presse angestachelt wurde. Die gewaltsamen Ausschreitungen gegen die Juden werden in der lokalen Presse allerdings nicht erwähnt. Die Geschehnisse müssen mit Hilfe der erhaltenen Quellen mühsam rekonstruiert werden. Das Bild, welches sich ergibt, ist trotz seiner Unvollständigkeit erschreckend. Neben den materiellen und körperlichen Schäden, von denen die Quellen berichten, sind die seelischen Nöte der Gelnhäuser Juden nur zu erahnen. Ein ehemaliger Gelnhäuser Jude berichtet, daß er von seinem Lehrer diskriminiert und vor seinen Klassenkameraden geschlagen wurde. Auch von seinen Schulkameraden, die der HJ angehörten, und von einigen Erwachsenen, insbesondere SA-Männern, habe er Schläge erhalten, so daß ihm sogar im Haus seines Vaters kalter Schweiß ausbrach, sobald er Schuhe mit Metallabsätzen auf dem Gelnhäuser Kopfsteinpflaster klirren hörte.¹⁴¹

Als Täter bei den antijüdischen Ausschreitungen werden immer wieder SA-Männer und auch Polizisten genannt, die wichtige Funktionen bei den Übergriffen einnehmen. Wer sich nicht aktiv beteiligte, unterstützte die Geschehnisse zumindest durch billigende Passivität. Der Landrat schien die judenfeindlichen Aktionen zu begrüßen, zumindest fand er die „Erregung der Bevölkerung“ völlig verständlich. Im Jahr 1938 verlie-

136 GA vom 27. 6. 1935.

137 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Fu-Z 1572.

138 T. KLEIN (Hg.): Regierungsbezirk Kassel (wie Anm. 8), S. 475.

139 Die GHG schreibt, daß Löwenthal 1936 verhaftet worden sei. Dies ist aus obigen Gründen nicht zutreffend, der betreffende Zeuge hat sich offenbar geirrt; vgl. GHG (Hg.): Juden in Gelnhausen (wie Anm. 6), S. 23.

140 HStA WI, Abt. 520 Fu-Z 1572.

141 Vgl. Brief des ehemaligen Gelnhäuser Juden R. vom 27. 8. 2001, Privatarchiv des Verfassers.

ren einige Gelnhäuser sogar den Respekt vor den Toten. Während der Beisetzung der am 10. März 1938 verstorbenen jüdischen Witwe Karoline Hecht kommt es zu Ausschreitungen. Die nationalsozialistische Stadtbehörde hatte die Benutzung des Totenwagens untersagt. So mußte der Sarg vom Totenhaus zum jüdischen Friedhof getragen werden. Unterwegs wurde der kleine Trauerzug von Jugendlichen beschimpft. Auf dem Friedhof wurden die Trauernden von allen Seiten mit Steinen beworfen. Dies war die letzte Beerdigung, die auf dem jüdischen Friedhof in Gelnhausen stattfand.¹⁴²

Auf die Frage nach der Täterschaft bei den antijüdischen Ausschreitungen in Gelnhausen wird im Zusammenhang mit der „Gelnhäuser Kristallnacht“ noch zurückzukommen sein. Diese stellt den Höhepunkt des Radau-Antisemitismus dar und soll daher in einem separaten Kapitel untersucht werden.

Der Radau-Antisemitismus in Gelnhausen machte die Lebenssituation für viele Juden unerträglich. Viele verkauften deshalb ihr Hab und Gut und verließen ihre Heimatstadt.

4.2.4 Arisierung und Emigration

Auch in der Stadt Gelnhausen gingen viele jüdische Häuser und Geschäfte in „arischen“ Besitz über. Dieser Vorgang der Arisierung ist eng mit der jüdischen Emigration verknüpft.¹⁴³ Wann und wie die Arisierung in Gelnhausen stattgefunden hat, läßt sich anhand der überlieferten Quellen nur schwer erkennen. In den Zeitungen berichten lediglich vereinzelt Artikel über erfolgte Besitzerwechsel. Eine erste Geschäftsübergabe ist für das Jahr 1934 bezeugt.¹⁴⁴ Die Gründe, warum jüdische Geschäfte in „arische“ Hände übergeben wurden, bleiben in den Zeitungen selbstverständlich unerwähnt.

Im Oktober 1935 berichtet der Landrat über die Juden im Kreis Gelnhausen, daß sie „durch die immer geringer werdende Inanspruchnahme durch Volksgenossen in ihrer Existenz derart bedroht und erschüttert“ seien, „daß sie von selbst die Konsequenz ziehen und abwandern.“ Es hätten bereits zahlreiche Haus- und Geschäftsverkäufe von Juden stattgefunden.¹⁴⁵ Im Dezember 1935 berichtet der Landrat von der anhaltenden Abwanderung von Juden in Großstädte bzw. ins Ausland. Als „vorbereitende Maßnahmen“ würden „Hausverkäufe und dergleichen“ durchgeführt.¹⁴⁶ Aus einem Bericht des Landrats vom 30. November 1937 geht das Ausmaß der Arisierung im Kreis Gelnhausen klar hervor. Der jüdische Einfluß auf das Geschäftsleben, der vor der Machtübernahme nicht unbedeutend gewesen sei, habe seit 1933 merklich abgenommen. Die

142 Vgl. zur Beerdigung der K. Hecht den Bericht von R. SCHEUER: Ende der Kultusgemeinde (wie Anm. 12), S. 81.

143 Der zeitgenössische Begriff „Arisierung“ wurde bereits 1938 vom Reichsrechtsamt der NSDAP kritisiert. Es wurde gefordert, ihn durch den Begriff „Entjudung“ zu ersetzen, da der Kampf der nationalsozialistischen Weltanschauung *die Reinigung des deutschen Gemeinschaftslebens von Fremdkörpern* bezwecke; vgl. KW vom 23. 7. 1938.

144 Vgl. GT vom 18. 9. 1934.

145 Vgl. Bericht des Landrats vom 24. 10. 1935, vgl. T. KLEIN (Hg.): Regierungsbezirk Kassel (wie Anm. 8), S. 547.

146 Vgl. Bericht des Landrats vom 20. 12. 1935, vgl. T. KLEIN (Hg.): Regierungsbezirk Kassel (wie Anm. 8), S. 627 f.

Zahlen seien ein Beleg für den Rückgang der jüdischen Einwohner in einem solchen Umfang, „daß von irgend einer Geschäftstätigkeit dieser Rasse hier kaum noch gesprochen werden kann.“ Die in jüdischem Besitz gewesenen Geschäfte seien durch Kauf fast ausnahmslos in den Besitz arischer Geschäftsleute übergegangen. Der Handel mit Juden habe bis auf geringe Ausnahmen aufgehört. Die meisten der noch verbliebenen Juden würden von der arischen Bevölkerung nicht mehr beachtet, lebten zurückgezogen und seien aufgrund ihrer schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse „auf Unterstützung ihrer Rassegenossen“ angewiesen.¹⁴⁷

Aus den genannten Quellen geht das hohe Ausmaß der Arisierung in Gelnhausen und Umgebung hervor. Über die Rechtmäßigkeit der erfolgten Besitzerwechsel kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit keine erschöpfende Aussage gemacht werden. Auch in Gelnhausen scheint es allerdings Fälle von Verkaufszwang und Übervorteilung gegeben zu haben. Beispielsweise berichtet der ehemalige Gelnhäuser Jude M. MEYER, daß sein Vater 1936 gezwungen worden sei, sein Geschäft in der Seestraße von einer Stunde zur anderen zu verkaufen.¹⁴⁸ Auch aus einigen Spruchkammerakten geht der Verdacht hervor, daß die Notlage der Juden von „arischer“ Seite für eigene finanzielle Vorteile ausgenutzt wurde. Als Beispiel ist der Gelnhäuser Bürger S. zu nennen, der im November 1938 das Haus des jüdischen Viehhändlers Buxbaum kaufte. Die Familie Buxbaum war zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht mehr in Gelnhausen ansässig, so daß S. seinen Schwager beauftragte, seine SS-Uniform anzuziehen und den Juden Buxbaum in der Frankfurter Festhalle aufzusuchen, wo sich dieser zusammen mit anderen Juden aufhalten mußte. Dort erwirkte der SS-Mann von Buxbaum die Unterschrift unter eine Vollmacht zum Kauf des Hauses in Gelnhausen. Obwohl S. vor der Spruchkammer Nötigung vorgeworfen wurde, konnte kein eindeutiger Beweis erbracht werden, da S. im Falle des Hauskaufs beiderseitiges Einvernehmen beteuerte.¹⁴⁹ Daß S. auf Kosten des Juden seinen eigenen Vorteil gesucht hat, ist anzunehmen. Sicher ist hingegen, daß der Jude nicht den vollen Kaufpreis erhielt, da ein Teil der Summe an die Partei abgeführt wurde.¹⁵⁰ Als der jüdische Arzt Dr. med. Schwarzschild sein Haus verkaufte, wurde ebenfalls ein Teil des Kaufpreises von der Partei eingezogen.¹⁵¹ Ob dies generell der Fall war, muß allerdings so lange Vermutung bleiben, bis sich geeignete Quellen als Beleg finden. Um genauere Aussagen über den Bereich der Arisierungen in Gelnhausen treffen zu können, wäre gewiß eine Auswertung der Grundbuchakten für den Zeitraum von 1933 bis 1938 hilfreich.¹⁵²

Die Arisierung ist eng mit der Emigration bzw. Abwanderung der jüdischen Bürger verknüpft. Bereits vor 1933 hatten einige wenige Juden die Stadt Gelnhausen verlas-

147 Vgl. den Bericht des Landrats vom 30. 11. 1937, HStA WI, Abt. 483, Nr. 10008.

148 Vgl. M. MEYER: Jüdisches Leben (wie Anm. 12), S. 62.

149 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Fu-Z, A 553.

150 Vgl. ebd.

151 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Fu-Z, A 2158.

152 Die Grundbuchakten für die Jahre 1933 bis 1938 befinden sich im Gelnhäuser Amtsgericht. Es handelt sich um umfangreiches Aktenmaterial, das für die vorliegende Untersuchung wegen des dafür erforderlichen hohen Zeitaufwandes nicht ausgewertet werden konnte.

sen.¹⁵³ Die erste große Ausreisewelle setzte jedoch erst nach der Machtergreifung 1933 ein. Am ersten November 1938 war Gelnhausen schließlich „judenfrei“. Hinsichtlich der Abwanderung der Gelnhäuser Juden liegen genaue Daten vor. Ein Artikel in der „Kinzig-Wacht“ vom 2. November 1938 enthält statistische Angaben darüber, wieviele Juden die Stadt Gelnhausen in den Jahren zwischen 1933 und 1938 verlassen haben (vgl. Anhang 2).¹⁵⁴ Dieses Zahlenmaterial ist jedoch als Quelle problematisch, da die Statistiken unbekannt sind, auf die sich die in dem Artikel gemachten Angaben beziehen. Glücklicherweise ist eine Liste vom 9. November 1933 erhalten, in der alle *in der Stadt Gelnhausen wohnhaften Personen jüdischer Konfession* verzeichnet sind. Diese sogenannte „Robertliste“ wurde bis zum 1. November 1938, an dem der letzte Jude die Stadt verlassen hat, sorgfältig ergänzt und aktualisiert.¹⁵⁵ Zu jedem Namen ist angegeben, wann sich der betreffende Jude abgemeldet hat und wohin er verzogen ist. Mit Hilfe der „Robertliste“ läßt sich der Verlauf der jüdischen Abwanderung für die Stadt Gelnhausen verläßlich rekonstruieren (vgl. Anhang 2). In dem Zeitungsartikel vom November 1938 heißt es, daß der Höhepunkt der jüdischen Abwanderung zwischen März 1936 und März 1937 stattgefunden habe. Dabei erstaunt, daß zuvor die Zahl der jüdischen Einwohner in Gelnhausen zwischen März 1934 und März 1936 nahezu konstant ungefähr 130 Personen betragen haben soll. Die Analyse der überlieferten Namensliste ergibt ein anderes Bild. Danach hat die Anzahl der Juden in Gelnhausen zwischen 1933 und 1938 stets abgenommen. Ein Höhepunkt der Abwanderung ist bereits zwischen März 1935 und März 1936 festzustellen. Dieses Ergebnis erfährt eine Bestätigung durch die oben genannten Angaben des Landrats von 1935, daß Geschäftverkäufe und Abwanderung der Juden zu bemerken seien. Auch R. SCHEUER spricht von der Abwanderung mancher Juden in den Jahren 1934 und 1935.¹⁵⁶ Des weiteren werden die Angaben der „Robertliste“ von 1933 durch eine weitere erhaltene Liste vom 1. Oktober 1937 gestützt, in der noch 45 Personen verzeichnet sind.¹⁵⁷ Diese Zahl stimmt im wesentlichen mit der „Robertliste“ überein (45 bzw. 47 Personen). Daraus folgt, daß die im Artikel der „Kinzig-Wacht“ gemachten Angaben ungenau sind. Worauf sie sich beziehen, bleibt unklar. Die Abwanderung der Gelnhäuser Juden muß aufgrund der genannten Quellen neu bewertet werden. Ein Höhepunkt der jüdischen Abwanderung in Gelnhausen zwischen 1935 und 1936 ist auch vor dem Hintergrund der bisherigen Ergebnisse erklärbar. Für die Jahre 1934 und 1935 konnte ein Höhepunkt der antijüdischen Propaganda festgestellt werden. Im Zusammenhang mit der Propaganda steht der Anstieg des Radau-Antisemitismus. In den Jahren 1934 und 1935 kam es zu zahlreichen überlieferten Terrorakten. Als krasses Beispiel sei an den jüdischen Viehhändler Löwenthal erinnert. Sicherlich war dieses Klima latenter und direkt ausgeübter Feind-

153 Die ehemalige Gelnhäuser Jüdin H. S. berichtet, daß ihre Familie bereits 1930 nach Frankfurt am Main zog, nachdem ihr Haus in Gelnhausen verkauft worden war; vgl. Brief vom 14. 8. 2001, Privataarchiv des Verfassers.

154 Vgl. KW vom 2. 11. 1938.

155 Vgl. die sog. „Robertliste“, StadtA GN, Abt. XIII, 1A. Die Liste ist nach dem nationalsozialistischen Bürgermeister von Gelnhausen, Friedrich Robert, benannt. Vgl. GHG (Hg.): Juden in Gelnhausen (wie Anm. 6), S. 15.

156 Vgl. R. SCHEUER: Ende der Kultusgemeinde (wie Anm. 12), S. 77.

157 Vgl. HStA WI, Abt. 483, Nr. 10008.

schaft gegenüber Juden dafür verantwortlich, daß sich viele jüdische Bürger dazu entschlossen, ihren Besitz zu veräußern und die Stadt Gelnhausen zu verlassen.

Aus der Liste von 1933 gehen auch die neuen Wohnorte der Gelnhäuser Juden hervor. Ungefähr zwanzig jüdische Bürger emigrierten direkt nach Frankreich oder in die USA. Der größte Teil der Gelnhäuser Juden hoffte auf bessere Lebensbedingungen in deutschen Großstädten. Einige gingen nach Berlin und München, die meisten, etwa 90 Personen, nach Frankfurt am Main.¹⁵⁸

4.2.5 „Judenknechte“ in Gelnhausen

Das antisemitische Hetzblatt „Der Stürmer“ liefert eine Definition des Begriffs „Judenknecht“: Mit diesem häßlichen Titel werden die Leute belegt, deren schwankender Charakter und falsche Erziehung sie zu Philosemiten, zu Judenfreunden, Judenhelfern, verdorben hat.¹⁵⁹ Aus heutiger Sicht könnte man sagen, daß es sich bei den sogenannten Judenknechten um mutige Leute handelte, die soviel Zivilcourage besaßen, daß sie aktiv oder zumindest passiv auf der Seite ihrer jüdischen Mitbürger standen. Solche Menschen gab es auch in Gelnhausen – allen Drohungen und Diffamierungen zum Trotz.

In der nationalsozialistischen Lokalpresse wird immer wieder das Verhalten von Judenknechten verurteilt. Daraus läßt sich schließen, daß es einzelne Personen in Gelnhausen gab, die sich nicht davon abhalten ließen, geschäftliche Beziehungen mit Juden zu unterhalten. Ob dieses Verhalten immer christlicher Nächstenliebe oder eher wirtschaftlichen Interessen entsprang, muß dahingestellt bleiben. Es gab jedoch in Gelnhausen auch einige Privatpersonen, die sich uneigennützig für jüdische Bekannte und Nachbarn einsetzten. Da dies nur heimlich und im Untergrund geschehen konnte, liegen nur vereinzelte Nachrichten darüber vor. Beispielsweise gab es eine christliche Frau, die für ihre jüdischen Nachbarn, welche sich nicht mehr auf die Straße trauten, einkaufte und ihnen die Waren über den Gartenzaun reichte.¹⁶⁰ Ein Gelnhäuser Zahnarzt vermietete Büroräume in seinem Haus an den jüdischen Rechtsanwalt Dr. Sondheimer und behandelte jüdische Patienten, was seine Patientenkartei bis zum Jahr 1937 belegt.¹⁶¹ Als besonderer Judenknecht galt in den Augen der Nationalsozialisten der katholische Geistliche Wilhelm Engels. Auf dessen Geschichte wird noch zurückzukommen sein.

Gelnhausen war in den 1930er Jahren eine Hochburg des Radau-Antisemitismus. Diese Tatsache kann und soll durch die Erwähnung einiger Gegner des Antisemitismus nicht relativiert werden. Dennoch ist es tröstlich zu wissen, daß in Gelnhausen auch zivilcouragierte Menschen lebten, die trotz drohender Diffamierung als Judenknechte ihren jüdischen Mitbürgern in schwerer Not zur Seite standen. Über ihre Anzahl läßt sich keine Aussage treffen. Wichtig ist vor allem, daß es diese Menschen gegeben hat!

158 Vgl. „Robertliste“, StadtA GN, Abt. XIII, 1A; vgl. auch die Statistik in GHG (Hg.): Juden in Gelnhausen (wie Anm. 6), S. 29.

159 „Der Stürmer“ 47/1935.

160 Vgl. Gesprächsprotokoll mit Herrn R. Müller vom 18. 11. 2001, Privatarchiv des Verfassers.

161 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Ge 837/III.

4.3 Die „Gelnhäuser Kristallnacht“ am 4. Juni 1938

Einen traurigen Höhepunkt des Gelnhäuser Radau-Antisemitismus stellen die Vorgänge in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1938 dar, die im folgenden näher analysiert werden sollen. Aus einem geheimen Einschreiben (des Landrats?) vom 18. Juni 1938 an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin geht ein nüchterner Bericht der Ereignisse hervor. Darin heißt es: *In Gelnhausen wurde nachts durch Aufschichten einiger Steine der Zugang zur Synagoge und zu einem jüdischen Geschäft versperrt. Eine Anzeige wurde nicht erstattet; die Steine, die den Zugang zur Synagoge versperrten, wurden von einigen jüdischen Gemeindemitgliedern wieder entfernt. Ferner wurden durch Kinder und Halbwüchsige einige Fensterscheiben der Synagoge zertrümmert. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden. Die Ermittlungen werden fortgesetzt.*¹⁶²



Abb. 2: Die Gelnhäuser Synagoge in der Brentanostraße zu Beginn des 20. Jahrhunderts.
Im Vordergrund jüdisches Gemeindehaus und Immunitätsmauer
(Foto aus: V. Vogel (Hg.): Gelnhausen. Das Magazin, Gelnhausen o. J., S. 45.)

Dieser Bericht erweckt den Anschein, als ob den Gelnhäuser Juden ein relativ harmloser Streich gespielt worden wäre. Der zugemauerte Eingang zur Synagoge wurde wieder freigelegt, von einer Anzeige wurde abgesehen, die Ermittlungen wurden

¹⁶² HStA WI, Abt. 483, Nr. 10009.

eingeleitet. Allerdings bleibt unklar, welche Täter gemeint sind: die Kinder und Halbwüchsigen, welche einige Fensterscheiben zertrümmert haben, oder aber diejenigen, welche für die Vermauerung des Eingangs verantwortlich waren (vgl. Abb. 2).

Ein anderes Bild ergibt sich aus Spruchkammerakten des Jahres 1947, die verschiedene Zeugenaussagen hinsichtlich der Zumauerung der Synagogentüren enthalten.¹⁶³ Aus diesen Akten sowie dem Bericht des jüdischen Zeitzeugen M. MEYER läßt sich der folgende Handlungsverlauf rekonstruieren.

Am Freitag, den 3. Juni 1938 erhält der bei der Stadtverwaltung beschäftigte Arbeiter L. von einem SA-Sturmführer den Auftrag, das städtische Fuhrwerk zum E-Werk zu bringen. Dort wird der Wagen mit Mauersteinen eines alten Kamins beladen. Später fährt L. den beladenen Wagen zum Untermarkt und stellt ihn dort ab. Als Auftraggeber nennt L. den Bürgermeister Robert.¹⁶⁴ Etwas später fordert ihn der besagte SA-Sturmführer auf, zum SA-Dienst zu erscheinen. Dort erfährt L., daß noch am selben Abend die Synagogentüren vermauert werden sollen. Er erhält den Auftrag, den Mauern die Steine anzureichen. Am späten Abend fährt vor den Häusern der städtischen Arbeiter H. und S. je ein PKW mit SA-Männern vor. H. und S. werden aufgefordert, sich anzukleiden und unverzüglich mitzukommen. Die Fahrt endet in der Brentanostraße, wo sich vor der Synagoge bereits mehrere Personen versammelt haben, darunter verschiedene Parteigrößen. Im Laufe des Tages waren mehrere Männer aufgefordert worden, sich an der Aktion zu beteiligen. Schließlich vermauern die beiden städtischen Arbeiter H. und S. unter der Aufsicht zweier SA-Sturmführer gegen 22.00 Uhr den Eingang zur Synagoge. Welche weiteren Maurer und Hilfsarbeiter beteiligt waren, geht aus den Akten nicht eindeutig hervor.¹⁶⁵

Der weitere Verlauf der Ereignisse läßt sich dem Bericht des ehemaligen Gelnhäuser Juden M. MEYER entnehmen. Am Samstag morgen, dem 4. Juni, stellte der Synagogendiener fest, daß man nicht in die Synagoge gelangen könne, da beide Tore zugemauert seien. Daraufhin gelang es mehreren Mitgliedern der jüdischen Gemeinde, die Türen von innen zu öffnen und die Mauern nach außen hin einzureißen, da der Zement noch frisch war. Sogleich versammelte sich eine Vielzahl von schreienden und

163 Die Spruchkammerakten sind als Quelle von hohem Wert. Die Aussagen der einzelnen Zeugen müssen jedoch besonders kritisch hinterfragt werden, da vor der Spruchkammer die tatsächlichen Ereignisse oft unrichtig oder zumindest verzerrt wiedergegeben wurden. Damit war in vielen Fällen sicherlich die Entlastung der eigenen Person beabsichtigt. Zahlreiche Widersprüche erschweren die Interpretation der Zeugenaussagen. Die folgende Rekonstruktion der Geschehnisse stützt sich auf Aussagen, die als gesichert gelten dürfen.

164 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Ge 159/III.

165 Zum Verlauf der Ereignisse vgl. die einzelnen Zeugenaussagen der Akte: HStA WI, Abt. 520 Fu-Z 1572. Die Gelnhäuser Synagoge war von einer hohen Immunitätsmauer umgeben (vgl. Abb. 2). Aus den Akten geht nicht zweifelsfrei hervor, ob der Eingang zum Synagogengebäude oder das Eingangstor in der Immunitätsmauer zugemauert wurde. Höchstwahrscheinlich war letzteres der Fall, vgl. die Aussage des Kreisbaumeisters S., *daß die Tür zur Synagoge von der Straße her zugemauert werden sollte*, HStA WI, Abt. 520 Fu-Z 1572.

randalierenden Menschen auf dem Hof der Synagoge. Sie warfen mit Steinen und zerstörten so die Fenster der Synagoge und des jüdischen Gemeindehauses.¹⁶⁶

Die Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1938 gilt als „Gelnhäuser Kristallnacht“.¹⁶⁷ Obwohl es in Gelnhausen viele „Kristallnächte“ gegeben hat, stellt diese Nacht einen traurigen Höhepunkt des antijüdischen Terrors dar. Aus den Spruchkammerakten geht zweifelsfrei hervor, daß es sich bei der Zumauerung der Synagogentüren nicht um eine spontane Erhebung des Volkes, sondern um eine von langer Hand geplante Terrormaßnahme handelte. Die Verantwortlichen für die geschilderten Ereignisse sind sicherlich bei den Inhabern hoher Parteiämter auf kommunaler Ebene zu suchen. Da städtische Arbeiter beauftragt wurden und das städtische Fuhrwerk Verwendung fand, ist die Billigung des Geschehens von Seiten des Bürgermeisters Robert anzunehmen. Eine führende Rolle spielt die SA. Besonders ein SA-Sturmführer nimmt bei der Vergabe von Befehlen sowie der Beaufsichtigung der Zumauerung eine herausragende Position ein. Dieser SA-Sturmführer sagte 1947 vor der Spruchkammer aus, er sei vom damaligen Kreisleiter und Landrat Kausemann beauftragt worden, die Türen der Synagoge zuzumauern und das Gebäude mit Blaugas auszuräuchern. Er habe den Befehl ausgeführt und sich *nichts dabei gedacht*. Er selbst habe die Zumauerung der Synagoge beaufsichtigt, jedoch verhindert, daß Blaugas hineinkam.¹⁶⁸

Diese Aussage wird von zwei weiteren Zeugen gestützt. Der städtische Arbeiter S., der bei der Zumauerung geholfen hatte, vermutete, daß der Befehl von Kausemann gestammt habe. Sein Kollege H. will den Landrat sogar unter den Anwesenden gesehen haben. Eine wichtige Aussage stammt von dem Kreisbaumeister S. aus Gelnhausen. Dieser berichtete, am Tage der geplanten Zumauerung von dem bereits genannten SA-Sturmführer aufgesucht und über die geplante Aktion in Kenntnis gesetzt worden zu sein. Als S. zögerte, an der Zumauerung teilzunehmen, sagte ihm der SA-Mann, daß der Befehl *vom Chef* stamme, womit der Landrat Kausemann gemeint war. Daraufhin ging der Kreisbaumeister S. zum Landrat, um sich nach der Richtigkeit des Befehls zu erkundigen. Der Landrat habe ihn erzürnt angefahren, daß seine Befehle unverzüglich auszuführen seien, egal ob bei Tag oder bei Nacht. Andernfalls habe der Kreisbaumeister mit seiner Entlassung zu rechnen. Schließlich habe S. an der Aktion teilgenommen, da der Landrat auf die geschilderte Weise Druck auf ihn ausgeübt hatte.¹⁶⁹

166 Vgl. M. MEYER: Jüdisches Leben (wie Anm. 12), S. 66. Obwohl auch MEYER nicht ausdrücklich von dem zugemauerten Tor in der Immunitätsmauer spricht, ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es sich um diesen Zugang zum Synagogenbezirk handelte. Erst als der Eingang wieder freigeräumt war, konnte die johlende Menge auf den Hof vor der Synagoge gelangen.

167 GHG (Hg.): Juden in Gelnhausen (wie Anm. 6), S. 17 und S. 21. Der Begriff „Gelnhäuser Kristallnacht“ bezeichnet die Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1938 und die damit verbundenen Geschehnisse in der hessischen Kleinstadt. Der Begriff muß daher von der „Reichskristallnacht“ vom 9. auf den 10. November 1938 abgegrenzt werden, enthält aber dieselbe Problematik wie die Bezeichnung „Reichskristallnacht“, vgl. Anm. 30.

168 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Fu-Z 1572.

169 Vgl. ebd.

Der Landrat Kausemann wird von mehreren Zeugen als Urheber des Befehls für die Zumauerung der Gelnhäuser Synagoge beschuldigt.¹⁷⁰ In der Tat sprechen einige Indizien für die Richtigkeit dieser Behauptung. Die negative Einstellung des Landrats hinsichtlich der Juden ist bereits an mehreren Beispielen gezeigt worden. Die Aussagen verschiedener Zeugen stützen sich gegenseitig, Kausemann wird jedoch von niemandem entlastet. Es scheint Einigkeit darüber zu herrschen, daß ein derart folgenreicher Befehl nur vom Landrat gekommen sein konnte. Dies ist tatsächlich wahrscheinlich, wenn man bedenkt, daß der Landrat die höchste Befehlsgewalt im Kreis innehatte. Der Gelnhäuser SA-Sturmführer, welcher die Arbeiten an der Synagoge beaufsichtigte, wird wohl kaum aus eigenem Antrieb heraus den Verlauf der Ereignisse geplant und durchgeführt haben, ohne den Landrat oder zumindest den Bürgermeister hinter sich zu wissen. Dennoch kann der Landrat nicht mit Sicherheit als Auslöser der „Gelnhäuser Kristallnacht“ bezeichnet werden. Für die Beurteilung der Situation dürfen die biographischen Daten Kausemanns nicht außer acht bleiben. Dieser hatte sich als Freiwilliger an die Front gemeldet und war 1941 in Rußland gefallen.¹⁷¹ Er war also zum Zeitpunkt der Spruchkammerverfahren nicht mehr am Leben und konnte keine Gegendarstellung äußern. Somit könnte die Belastung des Landrats auch damit erklärt werden, daß die in der „Gelnhäuser Kristallnacht“ Beteiligten ihre eigene Verantwortung auf den bereits gestorbenen Landrat abschieben wollten. Die Richtigkeit der Zeugenaussagen vor der Spruchkammer ist jedenfalls nicht eindeutig zu beweisen. Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß der Befehl zur Zumauerung der Gelnhäuser Synagoge mit großer Wahrscheinlichkeit auf den Landrat Kausemann zurückgeht, was anhand der Quellen allerdings nicht eindeutig zu belegen ist.

Während der „Gelnhäuser Kristallnacht“ kam es neben der Zumauerung der Synagogentüren auch zur Vermauerung eines jüdischen Geschäftes. Es handelte sich um das Geschäft Scheuer in der Schmidtgasse. Auch der Eingang des gegenüberliegenden Wohnhauses der Familie Scheuer wurde verbarrikadiert. Auf einer alten Fotografie ist zu sehen, wie drei jüdische Männer den Eingang des Geschäftes wieder „entmauern“ (vgl. Abb. 3). Bei der Vermauerung des Geschäftes Scheuer war angeblich auch ein städtischer Arbeiter beteiligt. Der Auftrag soll vom Gelnhäuser Bürgermeister Robert, einem überzeugten Nationalsozialisten, gestammt haben.¹⁷² Die Richtigkeit dieser Aussage ist sehr wahrscheinlich, aber wiederum nicht eindeutig zu belegen.

Friedrich Robert, Bürgermeister von Gelnhausen zwischen 1936 und 1940, wird von verschiedenen Zeugen als brutaler und fanatischer Nationalsozialist geschildert.¹⁷³

Sein Vorgänger, Dr. Karl Wilke, berichtet 1946 in einem Brief von den *Gangstermethoden der Clique Kausemann, Robert, (...), Ortsgruppenleiter K.* und anderer Par-

170 Wilhelm Kausemann war bis 1941 Landrat des Kreises Gelnhausen; zu seiner Biographie vgl. Thomas KLEIN: Leitende Beamte der allgemeinen Verwaltung in der preußischen Provinz Hessen-Nassau und in Waldeck 1867-1945 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Bd. 70) Darmstadt/Marburg 1988, S. 74 und S. 150.

171 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Ge 499/IV sowie T. KLEIN: Leitende Beamte (wie Anm. 170), S. 150.

172 Vgl. die Aussage des Führunternehmers S., HStA WI, Abt. 520 Fu-Z 1572.

173 Vgl. HStA WI, Abt. 471, Nr. 198.

teigenossen.¹⁷⁴ Ein anderer Gelnhäuser charakterisiert die Situation in der Stadt folgendermaßen: Das, was in Stadt und Kreis Gelnhausen *dank des Wirkens der Herren Kausmann, Robert, K. und anderer* als praktischer Nationalsozialismus vorgelebt wurde, *hatte sowohl in der Verwaltung als auch im öffentlichen Leben den Stempel der Brutalität und der Willkür an sich.*¹⁷⁵ Obwohl keine zwingenden Beweise vorliegen, sprechen sämtliche Indizien dafür, daß sowohl der Landrat als auch der Bürgermeister von Gelnhausen eine führende Rolle bei der Planung und Auslösung der „Gelnhäuser Kristallnacht“ gespielt haben.



Abb. 3: „Entmauerung“ des jüdischen Geschäfts Scheuer Anfang Juni 1938.

(Foto aus: W. Stubenvoll (Hg.): „Die Straße“. Geschichte und Gegenwart eines Handelsweges, Frankfurt/Main 1990, S. 225.)

Wenige Tage nach der „Gelnhäuser Kristallnacht“ wurden Heinrich und Richard Scheuer auf das Bürgermeisteramt bestellt.¹⁷⁶ Dort erklärte man ihnen, daß die jüdische Gemeinde alle entstandenen Schäden auf eigene Kosten zu beseitigen habe. Außerdem

174 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Ge 837/III.

175 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Ge 629.

176 Der Kaufmann Richard Scheuer war seit 1936 Kreisvorsteher des Kreises Gelnhausen, vgl. Mitteilung des Vorsteheramtes der Israeliten zu Hanau an den Landrat in Gelnhausen vom 30. 6. 1936, StA Marburg, Bestand 180 Gelnhausen, Nr. 4460. Sein Bruder Heinrich Scheuer war der letzte Vorsteher der jüdischen Gemeinde in Gelnhausen, vgl. GHG (Hg.): Juden in Gelnhausen (wie Anm. 6), S. 6. Die Gebrüder Scheuer wurden folglich nicht zufällig, sondern als Amtsträger auf das Bürgermeisteramt bestellt.

solle Gelnhausen bis zum 1. September 1938 *judenrein* sein. Dafür wolle man die jüdischen Menschen in dieser Zeit in Ruhe lassen.¹⁷⁷

Die „Gelnhäuser Kristallnacht“ fand fünf Monate vor der berüchtigten Reichskristallnacht statt. In der hessischen Kleinstadt wurden die Ereignisse des Novembers 1938 vorweggenommen: Nachdem durch gewaltsame Ausschreitungen Zerstörungen angerichtet worden waren, forderte man von den Juden die Instandsetzung auf eigene Kosten. Es erstaunt, daß die Ereignisse in Gelnhausen in der lokalen Presse mit keiner Silbe erwähnt wurden. Wahrscheinlich deshalb, weil ein Vorwand für die antijüdischen Ausschreitungen fehlte. Man ging diesmal nicht gegen einzelne Juden vor, die erst als Bauernschinder oder Betrüger angeklagt worden waren, sondern gegen das Gotteshaus aller Juden der Stadt. Es ist auffällig, daß die „Gelnhäuser Kristallnacht“ im Jahr 1947 von allen Zeugen vor der Spruchkammer auf den 8. November 1938 datiert wird. Dabei drängt sich der Verdacht auf, daß man bestrebt war, die Geschehnisse in Gelnhausen mit den reichsweiten Pogromen im Rahmen der Reichskristallnacht in Verbindung zu bringen. Hierbei kam es gleich zu einem doppelten Fehler. Der reichsweite Pogrom hat, abgesehen von einzelnen antijüdischen Aktionen im Vorfeld, nicht vom 8. auf den 9., sondern vom 9. auf den 10. November stattgefunden. Viel wichtiger ist jedoch, daß sich die Geschehnisse in Gelnhausen bereits am ersten Wochenende im Juni ereigneten und somit mit der Reichskristallnacht nichts zu tun haben können. Die falsche Datierung wird von keinem der Zeugen korrigiert. Daß alle Zeugen per Zufall eine falsche Datierung in Erinnerung haben, ist eher unwahrscheinlich. Vielleicht wollte man die Zumauerung der Gelnhäuser Synagoge im allgemeinen Trubel der Reichskristallnacht untergehen lassen und somit in ihrer Bedeutung entschärfen.¹⁷⁸ Die Ereignisse in Gelnhausen wurden jedoch nicht durch die Rede eines fanatischen Reichspropagandaministers, sondern eigenständig auf kommunaler Ebene initiiert. Wenn man dies bedenkt, ist es äußerst wahrscheinlich, daß der Befehl zur Zumauerung der Synagogentüren vom damaligen Kreisleiter und Landrat Kausemann stammte oder mit dessen Billigung vom Gelnhäuser Bürgermeister Robert erteilt wurde. Die Datierung der „Gelnhäuser Kristallnacht“ geht eindeutig aus dem eingangs genannten Einschreiben an die Berliner Gestapo sowie aus den Berichten der Zeitzeugen MEYER und SCHEUER hervor. Ausschreitungen im Rahmen des reichsweiten Novemberpogroms haben in Gelnhausen dagegen nicht stattgefunden, da sich die Stadt bereits seit dem 1. November 1938 rühmen konnte, „judenfrei“ zu sein.

Im Zusammenhang mit der „Gelnhäuser Kristallnacht“ soll der Blick abschließend kurz auf die unweit von Gelnhausen gelegene Stadt Hanau gerichtet werden, in der sich wenige Wochen früher ähnliche Vorkommnisse ereigneten. In der Nacht vom 13. auf den 14. Mai 1938 wurden in Hanau sämtliche Eingänge der Synagoge *kunstgerecht zugemauert*.¹⁷⁹ Wie in Gelnhausen geschah dies in Hanau in der Nacht von Freitag auf Samstag, so daß die Juden am Samstag morgen die Synagoge nicht zum Gottesdienst

177 M. MEYER: Jüdisches Leben (wie Anm. 12), S. 66.

178 Vgl. Anm. 167.

179 Vgl. hierzu einen Bericht an den SD-Unterabschnitt Kassel, HStA WI, Abt. 483, Nr. 10012. Vgl. im folgenden HStA WI, Abt. 483, Nr. 10011-10013. Vgl. ferner Gerhard FLÄMIG: Hanau im Dritten Reich. Bd. 2: Verfolgung und Widerstand (1933-1945), Hanau 1987, S. 310.

betreten konnten. Der jüdische Gemeindeälteste Strauß erteilte einer arischen Firma mit Berufung auf die Kriminalpolizei den Auftrag, die Eingänge der Synagoge wieder freizulegen, was auch am 19. Mai geschah. Strauß wurde jedoch vor Gericht gestellt, da die Freilegung, wie man ihm zuvor mitgeteilt hatte, keinesfalls im Interesse der Polizei läge, sondern ausschließlich Sache der Gemeinde sei. Strauß wurde zwar schließlich freigesprochen, mußte allerdings in Schutzhaft genommen werden, da sein eigenmächtiges Vorgehen in der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden war und in der Bevölkerung großen Unwillen erzeugt hatte.

Die „Gelnhäuser Kristallnacht“ fand genau drei Wochen nach der Vermauerung der Hanauer Synagoge statt. Die geographische und zeitliche Nähe der beiden antijüdischen Aktionen sowie die Ähnlichkeit des Geschehnisablaufs lassen einen Zusammenhang vermuten. Es ist vorstellbar, daß die Hanauer Ereignisse, die in der Öffentlichkeit – nicht zuletzt wegen des Verfahrens gegen den jüdischen Gemeindeältesten Strauß – bekannt geworden waren, beispielgebend für die Nationalsozialisten in der Kleinstadt gewirkt haben. Dies müßte durch weitere Forschung näher untersucht werden.

4.4 Das Ende der jüdischen Gemeinde in Gelnhausen

Im Jahr 1938 lebten nur noch wenige Juden in Gelnhausen. Propaganda, Isolation und Terrorakte hatten bereits viele jüdische Mitbürger zur Abwanderung veranlaßt. Nach den Ausschreitungen während der „Gelnhäuser Kristallnacht“ sollte es nur noch wenige Monate bis zur Abwanderung der letzten Gelnhäuser Juden dauern. Die antijüdische Propaganda und der Kampf gegen Judenknechte wurden jedoch fortgesetzt, was am Fall des katholischen Geistlichen Wilhelm Engels zu zeigen sein wird.

4.4.1 Der 1. November 1938: „Gelnhausen endlich judenfrei“

Nach der „Gelnhäuser Kristallnacht“ konnten die Nationalsozialisten der endgültigen Zerstreuung der jüdischen Gemeinde entgegenblicken. Anfang August 1938 veröffentlichte die „Kinzig-Wacht“ einen ungemein polemischen Artikel, in dem die zunehmende Auswanderung der Juden des Kreises Gelnhausen thematisiert wurde. Es sei erfreulicherweise festzustellen, daß die „Kinder des auserwählten Volkes“ für alle Zeiten die seitherigen Stätten ihrer Räubertätigkeit verlassen und teils als Zwischenstation die Großstadt, zum großen Teil aber auch direkt das rettende Ausland aufgesucht hätten. Es wird jedoch beklagt, daß nach wie vor einige auserlesene Vertreter des Wüstenstammes anwesend seien, die entweder ein dickes Fell haben oder zu dumm sind, um zu begreifen, daß bei uns ihres Bleibens nicht länger sein kann.¹⁸⁰ Kritisiert wird in diesem Zusammenhang das Verhalten von Judenknechten, durch deren Hilfe die verbliebenen Juden bisweilen unterstützt würden. Diesen Volksgenossen wird der Pranger angedroht.

Wenige Wochen später hatten die Nationalsozialisten in der Stadt Gelnhausen ihr Ziel erreicht. Die „Kinzig-Wacht“ stellte in der Überschrift ihrer Berichterstattung triumphierend fest: *Gelnhausen endlich judenfrei. Am 1. November hat sich der letzte*

¹⁸⁰ KW vom 8. 8. 1938.

*Vertreter der Krummnasen abgemeldet.*¹⁸¹ Durch die einmütige ablehnende Haltung und den gesunden Instinkt der Einwohnerschaft sei *dem Judenpack der Gelnhäuser Boden während der letzten Jahre immer heißer geworden*. Nun hätten Siegfried Weiß und dessen Frau Selma als letzte Juden ihre polizeiliche Abmeldung vollzogen. Weiß habe sich besondere Verdienste *bei der Entfernung der von Heizelmännchen über Nacht errichteten Mauerwerke erworben* (hier wird auf die Ereignisse während der „Gelnhäuser Kristallnacht“ angespielt). Die „Kinzig-Wacht“ stellt resümierend fest, daß der Tag der Befreiung *von der jüdischen Pest in unseren Mauern* als bemerkenswert in die Geschichte der Stadt eingehen dürfte.

Im November 1938 war man in Gelnhausen stolz, eine rein „arische“ Stadt vorweisen zu können. Ob Gelnhausen die erste judenfreie Stadt Hessens war, konnte bisher nicht belegt werden.¹⁸² Bedauerlich ist die Tatsache, daß die judenfeindlichen Energien in der Stadt mit dem 1. November 1938 nicht erschöpft waren. Bereits am 2. November fand in der Turnhalle ein Vortrag der Volksbildungsstätte Gelnhausen über die Geschichte der Frankfurter Juden statt. Der Referent, Pg. Karl Imand, langjähriger Mitarbeiter des Frankfurter Stadtarchivs und *ausgezeichneter Sachkenner der Judenfrage*, führte dem zahlreich erschienenen Publikum anhand ausgewählter Quellen *die ganze Lasterhaftigkeit der jüdischen Rasse* vor Augen.¹⁸³

Am 11. November kann man einer kurzen Zeitungsnotiz entnehmen, daß sich *im Hinblick auf die ruchlose jüdische Mordtat in Paris* auch der Bevölkerung des Kreises Gelnhausen *heftigste Empörung* bemächtigt habe. In verschiedenen Orten, wo noch Juden zurückgeblieben waren, seien diese von der Polizei in Schutzhaft genommen und abtransportiert worden.¹⁸⁴ Wie dies im einzelnen vonstatten ging, läßt sich nur erahnen. In der Stadt Gelnhausen selbst fanden in der Reichskristallnacht keine Übergriffe auf Juden statt – alle Juden waren bereits abgewandert. Glücklicherweise blieb auch die Gelnhäuser Synagoge vor der Zerstörung bewahrt, da das Gebäude schon im Sommer 1938 von der jüdischen Gemeinde zum Preis von 10400 Reichsmark an den „arischen“ Kaufmann Christof Pfeil verkauft worden war.¹⁸⁵ Die Kultgegenstände hatte man zuvor an die jüdische Gemeinde in Frankfurt am Main abgegeben.¹⁸⁶ Da im November keine Juden mehr in Gelnhausen wohnten, richtete sich der antisemitische Haß während der

181 KW vom 2. 11. 1938. Die folgenden Zitate ebd.

182 Vgl. hierzu GHG (Hg.): *Juden in Gelnhausen* (wie Anm. 6), S. 4. Am 9. 11. meldete die unweit von Gelnhausen gelegene Stadt Bad Orb, „judenfrei“ zu sein, vgl. KW vom 10. 11. 1938.

183 Vgl. KW vom 4. 11. 1938.

184 Vgl. KW vom 11. 11. 1938.

185 Vgl. hierzu einen Brief des Landrats an den Regierungspräsidenten in Kassel vom 10. 11. 1947, HStA WI, Abt. 518, Nr. 1192. Vgl. ferner Herbert SCHULTHEIS: *Die Reichskristallnacht in Deutschland nach Augenzeugenberichten* (Bad Neustädter Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde Frankens, Bd. 3) Bad Neustadt an der Saale 1986, S. 279 ff., insbesondere Anm. 249.

186 Heinrich Scheuer brachte die Thorarollen der Gelnhäuser Gemeinde nach Frankfurt. Richard SCHEUER vermutet, daß sie 1938 vernichtet wurden, vgl. R. SCHEUER: *Ende der Kultusgemeinde* (wie Anm. 12), S. 80 f. Der Verbleib der jüdischen Kultgegenstände aus Gelnhausen ist unbekannt, vgl. schriftliche Mitteilung der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main vom 11. 9. 2001, Privatarchiv des Verfassers.

Reichskristallnacht Berichten zufolge gegen die Toten, so daß auf dem jüdischen Friedhof an der Kinzig einige Grabsteine umgeworfen wurden.¹⁸⁷

Am 12. und 13. November, dem Wochenende nach der Reichskristallnacht, kam es im gesamten Kreis Gelnhausen zu einer gewaltigen Versammlungswelle der NSDAP. Führende Parteigenossen suchten die kleineren und größeren Ortschaften des Kreises auf und hielten Reden zu ein und demselben Thema: *Juden sind Mörder*. Dieses Thema hatte die Gaupropagandaleitung im Hinblick auf den Tod des Gesandtschaftsrats Ernst vom Rath festgelegt.¹⁸⁸ Am Samstag, den 12. November macht ein weiterer Artikel auf die Versammlungswelle aufmerksam, in dem sich die gängigsten Vorurteile gegenüber Juden mit an Judenknechte gerichteten Drohungen verbinden.¹⁸⁹ In der Stadt Gelnhausen spricht am Abend des 13. November der stellvertretende Gauleiter, Pg. Linder, in der vollbesetzten Turnhalle. Der Redner führte seinem Publikum durch zahlreiche Beispiele vor Augen, daß sich „der Jude“ im Laufe der Menschheitsgeschichte als Verkörperung des Bösen, Gemeinen und Schlechten erwiesen habe. Das auserwählte Volk empfinde eine geradezu *wollüstige Wonne*, wenn es das Blut nichtjüdischer Menschen vergießen könne.¹⁹⁰

Die einzelnen Redner in Stadt und Kreis Gelnhausen führten eine flächendeckende rhetorische Abrechnung mit dem Judentum durch, indem sie den Mordfall von Paris auf die gesamte Judenschaft übertrugen. Vom Pg. Linder wurde sogar die Bibel bemüht, um zu beweisen, daß Juden Mörder seien.¹⁹¹ Somit fanden die im Kreis Gelnhausen durchgeführten Aktionen der Reichskristallnacht eine nachträgliche Sanktionierung. Obwohl in Gelnhausen am 9. November kein Pogrom stattfand, wurde sämtlichen Judenfeinden durch die große Propagandaflut der NSDAP bestätigt, daß sie gut daran getan hätten, ihre jüdischen Mitbürger frühzeitig zur Abwanderung bewegt zu haben.

4.4.2 Judenakten im Pfarrhaus:

Der Kampf gegen Judenknechte wird fortgesetzt

Ende November 1938 kam es im Zusammenhang mit der Judenfrage nochmals zu Ausschreitungen in Gelnhausen. Der katholische Geistliche Wilhelm Engels und sein Kaplan Demme wurden als Judenknechte diffamiert und in Schutzhaft genommen.¹⁹² Als

187 Dies bleibt allerdings unsicher, da keine genaue Quelle angegeben werden kann, vgl. H. SCHULTHEIS: Reichskristallnacht (wie Anm. 185), S. 281.

188 Vgl. KW vom 11. 11. 1938. In dem Artikel mit der Überschrift *Juden sind Mörder* werden die einzelnen Parteigenossen aufgelistet, die in den verschiedenen Ortschaften über das genannte Thema sprachen.

189 Vgl. KW vom 12. 11. 1938.

190 Vgl. KW vom 14. 11. 1938. Die Rede des Pg. Linder enthält die üblichen antijüdischen Hetztiraden und muß hier im einzelnen nicht wiedergegeben werden.

191 Die von Linder angeführten Bibelstellen werden aufgrund *außerordentlich zahlreiche(r) Nachfragen* sogar eigens in der Zeitung veröffentlicht, vgl. KW vom 16. 11. 1938.

192 Wilhelm Engels (1876-1949) war zwischen 1920 und 1938 Pfarrer in Gelnhausen. Während seiner Amtszeit wurde die ehemalige Peterskirche zur katholischen Pfarrkirche ausgebaut; vgl. Lutz HUNDELSHAUSEN: Eine Gemeinde formiert sich. Die Geschichte der katholischen Kirchengemeinde in Gelnhausen von 1839-1945, in: Alois WEIMER (Hg.): Festschrift zur 750-Jahr-Feier und zum

Quellen sind diesbezüglich neben Zeitungsartikeln zwei Berichte des Pfarrers und des Kaplans, in denen der Verlauf der Ereignisse geschildert wird, von hohem Nutzen.¹⁹³

Am 26. November erscheint in der „Kinzig-Wacht“ die Schlagzeile: *Mehr als eine bedauerliche Entgleisung: Judenakten im Pfarrhaus. Der katholische Pfarrer Engels in Gelnhausen als Treuhänder des Juden Sondheimer*. Es wird berichtet, daß die Polizei Akten im Pfarrhaus beschlagnahmt habe, die der jüdische Rechtsanwalt Elkan Sondheimer dem katholischen Geistlichen zur Aufbewahrung übergeben hatte. Pfarrer Engels wird mit der bereits oft zitierten Polemik angeprangert, einem skrupellosen und gerissenen Juden als Archivar gedient zu haben. Darüber hinaus wird kritisiert, daß er dem Juden einige alte Möbelstücke abgekauft habe. Engels wird mit Judas gleichgesetzt und als Volksverräter bezeichnet. Am Schluß des Artikels heißt es wörtlich: *Wir wollen hier nicht urteilen, Herr Pfarrer, wir wollen das Urteil über Sie und Ihre Handlungsweise dem gesunden Empfinden des Volkes überlassen. Wir können es nur tief bedauern, daß ein Mann Ihres Standes (...) sich zum Handlanger eines der schmutzigsten Juden macht.*¹⁹⁴

Wie dieses „Urteil des gesunden Volksempfindens“ aussah, geht aus dem Bericht des Pfarrers Engels an das bischöfliche Generalvikariat in Fulda sowie aus dem Bericht des Kaplans Demme hervor. Der Verlauf der Ereignisse soll im folgenden skizziert werden.¹⁹⁵

Im Sommer des Jahres 1938 hatte der jüdische Rechtsanwalt und Notar Elkan Sondheimer sein Anwesen und Teile seines Hausinventars an verschiedene Käufer veräußert. Im Dienste der Familie Sondheimer stand die katholische Familie Hanselmann. Herr Pfarrer Engels erwarb, durch Frau Hanselmann auf die Verkäufe aufmerksam gemacht, mehrere alte Möbelstücke und erklärte sich bereit, einige Prozessakten, die laut Gesetz noch zwei Jahre aufgehoben werden mußten, im Pfarrhaus aufzubewahren. Bald darauf lieferte der Hausverwalter Hanselmann die besagten Akten im Pfarrhaus ab, um die sich fortan niemand kümmerte. Am Freitag, den 25. November erschienen die beiden städtischen Polizeibeamten Joachimi und Eckhardt im Pfarrhaus und erkundigten sich nach den Judenakten, die bald danach beschlagnahmt wurden. Der Pfarrer und sein Kaplan gingen zum Polizeiamt, wo ein Protokoll angefertigt wurde. Auf seine dahin gerichtete Frage, erklärte Wachtmeister Joachimi dem Pfarrer, *daß die Sache vom Bürgermeister ausgehe*. Engels erwiderte, daß die Zuspitzung der Judenfrage durch den kürzlich geschehenen Mordfall im Sommer des Jahres noch nicht abzusehen gewesen sei, worauf Joachimi entgegnete, daß der Pfarrer die Folgen noch spüren werde. Als sich Engels über die Ungerechtigkeit der An-

150. Jahrestag der Wiedermehrung der Katholischen Kirchengemeinde in Gelnhausen, Gelnhausen 1989, S. 38 ff.

193 Der Bericht des Kaplans Demme ist abgedruckt in: A. WEIMER (Hg.): Festschrift (wie Anm. 192), S. 43-47. Der Bericht des Pfarrers Engels ist unveröffentlicht und befindet sich im Pfarrarchiv der katholischen Kirchengemeinde St. Peter in Gelnhausen, Bestand 10/I. Eine Abschrift befindet sich in Wiesbaden, vgl. HStA WI, Abt. 471, Nr. 198.

194 KW vom 26. 11. 1938.

195 Vgl. zu den folgenden Ausführungen hauptsächlich den Bericht des Pfarrers Engels, Pfarrarchiv Gelnhausen, Bestand 10/I. Andere Quellen werden im folgenden eigens genannt.

gelegenheit beklagte, antwortete ihm Joachimi, die Aktensache sei *ein Mittel im Kampf gegen die katholische Kirche*.¹⁹⁶

Noch am Abend desselben Tages wurde ein Fenster des Pfarrhauses durch einen Steinwurf zerstört. Am nächsten Morgen erschien der oben erwähnte Artikel in der „Kinzig-Wacht“. Pfarrer Engels wurde von mehreren Leuten gewarnt, daß etwas gegen ihn geplant sei. Abends klingelte das Telefon und ein anonymes Anrufer erkundigte sich, ob der Herr Pfarrer zu Hause sei. Als Engels dies bejahte, sagte der Anrufer: „*Es ist gut so*“, und legte auf. Kurz darauf begann der Tumult vor dem Pfarrhaus. Ein Sprechchor rief: „*Wir wollen keine Judenknecchte in Gelnhausen, Pfarrer und Kaplan heraus!*“ Der Mob warf die Fensterscheiben des Pfarrhauses ein, zerstörte die Haustür und stürmte das Gebäude. Engels und Demme hatten sich im Arbeitszimmer des Pfarrers eingeschlossen. Plötzlich erschienen die beiden Polizeibeamten und nahmen die beiden Geistlichen in Schutzhaft. Auf seine Frage hin, ob die Bande nicht mehr in Zaum gehalten werden könne, wurde Engels von Joachimi scharf gerügt. Engels und Demme wurden vom Pfarrhaus zum Rathaus und von dort zum Gerichtsgefängnis geführt. Unterwegs wurden sie von einer wilden, schreienden Horde beschimpft, getreten und mit Steinen beworfen. Im Gefängnis wurden Engels und Demme in einer ungeheizten Zelle untergebracht. Einigen mutigen Gemeindegliedern gelang es, den Geistlichen Essen in das Gefängnis zu bringen.¹⁹⁷ Ein Arzt erschien erst nach 24 Stunden, obwohl Pfarrer Engels an einer gefährlichen Venenerkrankung litt. Am Montag morgen wurden die beiden Geistlichen, nach einer zweiten schlaflosen Nacht, aus der Schutzhaft entlassen. Joachimi bemerkte knapp: „*Ich hatte es Ihnen ja gesagt, daß so etwas kommen würde*“. Pfarrer Engels verließ noch am selben Tag die Stadt Gelnhausen, die er bis zu seinem Tod im Jahre 1949 nicht mehr betreten sollte (vgl. Abb. 4). Auch das Ehepaar Hanselmann entging nicht dem nationalsozialistischen Terror und wurde ebenfalls in Schutzhaft genommen.¹⁹⁸ Karl Hanselmann floh aus seinem Haus, als einige Nationalsozialisten in seine Wohnung eindrangen. Er lief zum Rathaus, wo sich das Polizeirevier befand, um dort Schutz zu suchen. Im Rathaus wurden zu diesem Zeitpunkt bereits Engels und Demme festgehalten. Seine Frau, Anna Hanselmann, wurde wenig später von dem nationalsozialistischen Pöbel zum Rathaus begleitet. Von dort aus wurden die beiden katholischen Geistlichen und das Ehepaar Hanselmann von den drei Polizisten Joachimi, Eckhardt und Ohse zum Gefängnis gebracht.¹⁹⁹

196 Die katholische Pfarrei besteht in der überwiegend protestantischen Stadt Gelnhausen seit 1839. Zur Geschichte der katholischen Gemeinde vgl. L. HUNDELSHAUSEN: Eine Gemeinde (wie Anm. 192), S. 38 ff.

197 Die besagten Männer, deren Namen im Bericht des Pfarrers nicht genannt werden, waren Herr H. und dessen Bruder, vgl. Gesprächsprotokoll vom 4. 9. 2001, Privatarchiv des Verfassers. Auch Herr W. N. aus Gelnhausen behauptete, dem Pfarrer Engels Essen gebracht zu haben, vgl. HStA WI, Abt. 471, Nr. 198.

198 Dies konnte von Frau A. Riegel, der Tochter des Ehepaars Hanselmann, bestätigt werden, vgl. Gesprächsprotokoll vom 12. 9. 2001, Privatarchiv des Verfassers.

199 Vgl. die Aussagen von K. und A. Hanselmann, HStA WI, Abt. 520 Fu-Z, A 1753.



Abb. 4: Pfarrer Wilhelm Engels (1876-1949).

(Foto aus: A. Weimer (Hg.): Festschrift zur 750-Jahr-Feier und zum 150. Jahrestag der Wiedenzulassung der Wiedenzulassung der Katholischen Kirchengemeinde in Gelnhausen, Gelnhausen 1989, S. 96.)

Der Bericht des Pfarrers Engels enthält nicht nur den Verlauf der Ereignisse, sondern auch wichtige Ansätze zur Beurteilung des Geschehens. Es wird deutlich, daß das Vorgehen gegen den katholischen Pfarrer keinesfalls spontan erfolgte, sondern von langer Hand geplant worden war. Dies zeigt bereits die Aussage des Wachtmeisters Joachimi, daß Engels die Folgen seines Tuns noch spüren werde. Der Polizist wußte demzufolge schon, daß gegen den Pfarrer gewaltsam vorgegangen werden sollte. Bemerkenswert ist auch das Erscheinen des Zeitungsartikels am Samstag, den 26. November. Da die Zeitung in der Nacht zuvor gedruckt wurde, konnte der Artikel *nur in vollster Zusammenarbeit mit der hiesigen Polizei entstanden sein*, da sich die Schlußworte bezüglich des gesunden Urteils des Volksempfindens mit der erwähnten Drohung des Wachtmeisters Joachimi deckten.²⁰⁰ Darüber hinaus verdeutlichen die zahlreichen Warnungen, die den Geistlichen im Laufe des Samstags erreichten, daß sich über dem Pfarrhaus ein Gewitter zusammenbraute. Vor Beginn der Verhaftungsaktion war die Straßenbeleuchtung um das Pfarrhaus schon geraume Zeit ausgeschaltet und die Fernsprechverbindung zum Pfarrhaus unterbrochen worden.²⁰¹ Nach dem Krieg berichtete die ehemalige Haushälterin des Pfarrers, daß sie wegen der herrschenden Dunkelheit keinen der Eindringlinge erkannt habe.²⁰² Daß die Ausschreitungen gegen Engels geplant waren, beweist schließlich eine SA- oder SS-Formation, die hinter dem Holztor bereit gestellt war, um notfalls in das Geschehen eingreifen zu können.²⁰³

Die Drahtzieher der Ausschreitungen gegen den Pfarrer und seinen Kaplan sind in der obersten Etage der Stadtverwaltung zu suchen. Engels selbst schreibt, daß das ganze Vorkommnis vom Bürgermeister, vom Wachtmeister Joachimi und von verschiedenen Parteihelden bis in die Einzelheiten arrangiert gewesen sei. Darüber sei sich in Gelnhausen und in der ganzen Umgebung jeder einsichtige Mensch im klaren. Diese Einschätzung wird aufgrund der genannten Indizien bekräftigt. Von wem allerdings der eigentliche Auftrag zur Verhaftung des katholischen Geistlichen stammte, kann – ähn-

200 Bericht des Pfarrers Engels, Pfarrarchiv Gelnhausen, Bestand 10/I.

201 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Fu-Z, A 1753.

202 Vgl. HStA WI, Abt. 471, Nr. 198.

203 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Fu-Z, A 1753.

lich wie im Fall der „Gelnhäuser Kristallnacht“ – nicht mit Sicherheit bestimmt werden. Nach dem Krieg wird Bürgermeister Robert von der Spruchkammer als die im Hintergrund stehende treibende Kraft des Geschehens entlarvt.²⁰⁴ Dennoch können aus heutiger Sicht nicht alle Zweifel ausgeräumt werden, da laut Robert die Verhaftung des Pfarrers von Joachimi im Auftrag des Landrats Kausemann durchgeführt worden sei.²⁰⁵ Diese Behauptung wird durch die Aussage des Polizisten Ohse gestützt, er sei von Kausemann angerufen und beauftragt worden, Joachimi im Namen des Landrats die Verhaftung des Pfarrers anzuweisen.²⁰⁶ Ob und inwiefern der Landrat tatsächlich in die Planungen zur Festnahme des Pfarrers involviert war, ist nicht mehr festzustellen. Daß Kausemann die Aktion jedoch gutheißen konnte, geht aus der Tatsache hervor, daß er dem ehemaligen Pfarrer Engels „Kreisverbot“ auferlegte.²⁰⁷

Bei den Ausschreitungen vor dem Pfarrhaus waren HJ- und SA-Mitglieder beteiligt. Die wilde Horde, die den Pfarrer zum Gefängnis begleitete, bestand aus Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Engels schreibt, daß sich *das ganze Gesindel Gelnhausens* beteiligte.

Dem detailliert geplanten Vorgehen gegen Pfarrer Engels lag ein klares Motiv zugrunde: der Kampf gegen die katholische Kirche. Der Katholizismus war den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. Dies war auch in Stadt und Kreis Gelnhausen der Fall. Beispielsweise schreibt der (selbst katholische) Landrat im Dezember 1935, daß jüdische Viehhändler Orte mit vorwiegend katholischer Bevölkerung bevorzugten, „wo leider die Wichtigkeit des Rassedankens noch nicht so durchgedrungen“ sei.²⁰⁸ Zu einer für die Nationalsozialisten peinlichen Situation war es in Gelnhausen am 1. Mai 1938 gekommen. Als der Kreisleiter seine Rede begonnen hatte, ertönte vom Turm der katholischen Peterskirche das Angelusläuten und störte die Mai-Kundgebung. Pfarrer Engels wurde vom Bürgermeister eine Ordnungsstrafe auferlegt.²⁰⁹ Die Akten des jüdischen Rechtsanwalts boten nun für die Nationalsozialisten eine willkommene Gelegenheit, gegen Pfarrer Engels und somit gegen einen Vertreter der katholischen Kirche vorzugehen, wobei die Diffamierung des Pfarrers als Judenknecht lediglich als Vorwand diente.

Am 28. November erschien in der „Kinzig-Wacht“ ein weiterer Artikel, der von den Vorgängen in Gelnhausen berichtete. Ganz Gelnhausen sei von einer *Welle der Empörung* erfaßt worden und eine große Volksmenge habe in den Abendstunden vor der Wohnung des Pfarrers Engels demonstriert. *Angesichts der immer größer werdenden Empörung der Massen sah sich die Polizei schließlich gezwungen, den Pfarrer Engels und seinen Kaplan Demme in Schutzhaft zu nehmen, um sie vor etwaigen Ausschreitungen zu bewahren.* Das Volk wolle keine falschen Priester, insbesondere nicht sol-

204 Vgl. HStA WI, Abt. 471, Nr. 198.

205 Vgl. ebd.

206 Vgl. ebd. sowie HStA WI, Abt. 520 Fu-Z 879.

207 Vgl. Gesprächsprotokoll mit Herrn H. vom 4. 9. 2001, Privataarchiv des Verfassers. Vgl. ebenso ein Schreiben an die Gauleitung Hessen-Nassau der NSDAP, HStA WI, Abt. 483, Nr. 7261.

208 Bericht des Landrats vom 20. 12. 1935, T. KLEIN (Hg.): Regierungsbezirk Kassel (wie Anm. 8), S. 628.

209 Vgl. A. WEIMER (Hg.): Festschrift (wie Anm. 192), S. 41 und S. 162.

che, die noch mit Juden gemeinsame Sache machten. Es wird jedoch betont, daß dies nicht nur für die katholische Konfession gelten solle. Ein Pfarrer werde von nationalsozialistischer Seite niemals nach seiner Religion, sondern nur nach seiner persönlichen Haltung gegenüber Volk und Reich gewertet.²¹⁰

Dieser Hinweis stellt eine Warnung an die Pfarrer aller Konfessionen dar. In der Tat drohte wenige Tage nach der Schutzhaft des Pfarrers Engels auch seinem protestantischen Kollegen, Pfarrer Handwerk, die Verhaftung. Handwerk hatte ebenfalls einige Möbel bei dem jüdischen Rechtsanwalt Sondheimer gekauft. Eines Morgens fanden sich jedoch Zettel in Gelnhausen, die Unbekannte an verschiedene Schaufenster geklebt hatten und welche etwa folgende Aufschrift trugen: „Was hat Pfarrer Engels von Dr. Sondheimer erhalten? Alte Akten, ein altes Bett. Was Pfarrer Handwerk? Zwei Gartentische, eine Bank und sechs Stühle. Was hat Dr. Schilling, der SS-Führer, der Ortsgruppenleiter, der Sturmführer: Das wertvolle Eßzimmer mit dem kostbaren Geschirr, das Silber, das Herrenzimmer und die Bilder.“²¹¹ Diese Veröffentlichung bewirkte, daß die Aktion gegen Pfarrer Handwerk abgesagt wurde.

Der Fall Engels wurde wenige Wochen später sogar von dem antisemitischen Hetzblatt „Der Stürmer“ aufgegriffen. Dort heißt es, daß der wegen Steuerhinterziehung angeklagte Jude Sondheimer aus dem Lande geflüchtet sei, um dem Zuchthaus zu entgehen. Pfarrer Engels habe sich bereit erklärt, dem flüchtigen Juden Hehlerdienste zu leisten, woraufhin es zu *Kundgebungen der erregten Bevölkerung vor dem Pfarrhofe* gekommen sei.²¹²

Die Wahrheit sah völlig anders aus. In der judenfeindlichen Atmosphäre der Kleinstadt Gelnhausen konnten die jüdischen Mitbürger nicht länger existieren. Als einer der letzten Juden verließ Elkan Sondheimer am 1. 9. 1938 die Stadt.²¹³ Pfarrer Engels bewahrte aus Gefälligkeit einige Akten des Rechtsanwalts im Pfarrhaus auf. Als dies den lokalen Parteigrößen zu Ohren kam, wurde die Verhaftung des Pfarrers geplant und vorbereitet. Im Zusammenhang mit dem Radau-Antisemitismus in Gelnhausen wurde auf die Verbindung zwischen Propaganda und Gewalt hingewiesen. Dies ist auch im Fall Engels festzustellen. Ein Zeitungsartikel in der „Kinzig-Wacht“ rief indirekt dazu auf, den Pfarrer für sein philosemitisches Verhalten zu strafen. Die Ausschreitungen fanden noch am selben Tag statt. Es handelte sich jedoch nicht um spontane Empörung der Massen, sondern um eine auf lokaler Ebene „von oben“ initiierte Aktion. An den Ausschreitungen waren HJ, SA und Polizei beteiligt. Ob der Landrat oder der Gelnhäuser Bürgermeister als eigentlicher Auftraggeber fungierte, bleibt unklar. Beide Männer waren jedoch keinesfalls unbeteiligt, da sie das Geschehen zumindest passiv unterstützten. Gerade am Fall Engels wird deutlich, daß den empörten „Massen“ auch viele Gegner entgegenstanden. Zwar beteiligte sich das schreiende *Gesinde Gelnhausens* an der Verhaftung des Pfarrers, jedoch bemerkte Engels auch viele *bessere Leute*, Katholiken und Protestanten, die dem Treiben weinend und ohnmächtig zusahen.

210 Vgl. KW vom 28. 11. 1938.

211 Vgl. den Bericht des Pfarrers Handwerk, in: GHG (Hg.): Juden in Gelnhausen (wie Anm. 6), S. 24.

212 „Der Stürmer“ 1/1939.

213 Sondheimer ist am 1. 9. 1938 nach München verzogen, vgl. „Robertliste“, StadtA GN, Abt. XIII, 1A.

Daß die Anwesenheit „empörter Massen“ von den Nationalsozialisten durchaus beabsichtigt war, zeigt die Tatsache, daß die Polizei nichts tat, um die „Empörung“ zu beenden. Pfarrer Engels hatte den Eindruck, es hätte *nur eines Wortes bedurft, die Massen zu zerstreuen und Ordnung zu schaffen*, aber die Polizeibeamten hatten diesbezüglich nichts unternommen. Dieser Eindruck wurde von den Eheleuten Hanselmann bestätigt. Die Polizei habe nichts unternommen, um der Menge Einhalt zu gebieten.²¹⁴

Zum Zeitpunkt der Ausschreitungen gegen den Gelnhäuser Pfarrer Engels lebten keine Juden mehr in der Stadt. Der Haß der Nationalsozialisten gegen Feinde ihrer Bewegung blieb jedoch bestehen. Pfarrer Engels wurde in der Öffentlichkeit als Judenknecht angeprangert, de facto wurde er jedoch aufgrund seines Amtes als Priester der katholischen Kirche verfolgt.

5. Gelnhausen nach 1945: Von der Synagoge zum Kulturzentrum

Die Geschichte der Juden in Gelnhausen ist mit dem 1. November 1938 nicht beendet. Obwohl alle jüdischen Mitbürger die Stadt verlassen hatten, wurde die Hetze gegen Juden und Judenknechte fortgesetzt. Die Flucht aus der Kleinstadt konnte nur wenige Gelnhäuser Juden vor weiterem Terror bewahren. Durch die sofortige Emigration nach Frankreich oder in die USA gelang es einigen Gelnhäuser Juden, ihr Leben zu retten. Die Mehrzahl von ihnen gab sich jedoch der trügerischen Hoffnung hin, in der Anonymität der Großstadt günstigere Lebensbedingungen vorzufinden. Der Großteil der Gelnhäuser Juden fand kurzfristig in Frankfurt am Main eine neue Bleibe. Die jüdische Gemeinde in Gelnhausen ist somit zum Teil in der berühmten Gemeinde in Frankfurt aufgegangen und schließlich mit dieser untergegangen. Viele Gelnhäuser Juden kamen in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern ums Leben. Für über 40 ehemalige jüdische Mitbürger der Stadt Gelnhausen sind die Todesorte bekannt: Auschwitz, Lodz, Majdanek, Minsk, Theresienstadt.²¹⁵

Nach dem Zweiten Weltkrieg lebten ab 1947 wieder einige Juden in Gelnhausen, die aus dem Osten stammten und eine „Neue jüdische Gemeinde“ bildeten.²¹⁶ Die neue Gemeinde forderte die Rückgabe der ehemaligen Synagoge und deren Instandsetzung für die gottesdienstliche Nutzung. Da sich die Gemeinde jedoch stetig verkleinerte, wurde von diesem Vorhaben Abstand genommen. Im Jahr 1949 erklärte der Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen, daß ein Betsaal ausreichend sei.²¹⁷

214 Vgl. HStA WI, Abt. 520 Fu-Z, A 1753.

215 Die GHG hat 1986 ein Totenbuch vorgelegt, in dem Todesdatum und Todesort für viele ehemalige Gelnhäuser Juden verzeichnet sind. Vermißte Personen sind nur namentlich genannt. Vgl. StadtA GN, Abt. XIII, 5A: GHG (Hg.): Totenbuch. Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung der jüdischen Kultusgemeinde Gelnhausen, Gelnhausen 1986. [Ein weiteres Exemplar des Totenbuches liegt in der ehemaligen Synagoge aus].

216 Vgl. zu den folgenden Ausführungen: P. ARNSBERG: Die jüdischen Gemeinden (wie Anm. 2), S. 244 f.; T. ALTARAS: Synagogen (wie Anm. 7), S. 148 ff. sowie ferner GT vom 22. 2. 1983.

217 Bezüglich der geplanten Wiederherstellung der ehemaligen Synagoge nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. den erhaltenen Schriftwechsel in: HStA WI, Abt. 518, Nr. 1192.

Die ehemalige Synagoge wurde 1969 durch die Nachkommen des Erstkäufers an die Kraftfahrzeuginnung der Kreishandwerkerschaft verkauft. Der Landeskonservator verhinderte, daß in dem Gebäude eine überbezirkliche Ausbildungsstätte eingerichtet wurde, indem er die ehemalige Synagoge unter Denkmalschutz stellte. Das Gebäude diente zeitweilig als Unterkunft für Gastarbeiter. Aus heutiger Sicht ist es schmerzlich, daß man den Abriß von Immunitätsmauer, rituellem Bad und Gemeindehaus nicht zu verhindern wußte. Das bislang intakte Ensemble von Synagoge, Frauenbad, Gemeindehaus und Immunitätsmauer wurde somit zerstört.²¹⁸

Nachdem das ehemalige jüdische Gotteshaus durch Kauf in den Besitz der Stadt Gelnhausen übergegangen war, beratschlagte man über die künftige Renovierung und Nutzung des Gebäudes. Von 1983 bis 1986 wurde die ehemalige Synagoge saniert und zum Kulturzentrum der Stadt Gelnhausen ausgebaut. Am 25. September 1986 konnte das neue Kulturzentrum im Beisein von 17 ehemaligen Gelnhäuser Juden eingeweiht werden.²¹⁹ Im Inneren des Gebäudes befindet sich noch der barocke Thora-Schrein, der glücklicherweise unzerstört blieb (vgl. Abb. 5). Vor dem Gebäude befindet sich seit 1986 ein von der jüdischen Künstlerin Dina Kunze geschaffenes Mahnmal in Form einer geöffneten Bronzetür.²²⁰ Drei ineinander verschlungene Ringe erinnern an Lessings Ringparabel. Der Betrachter soll sich für Toleranz und Friedfertigkeit öffnen (vgl. Abb. 6).

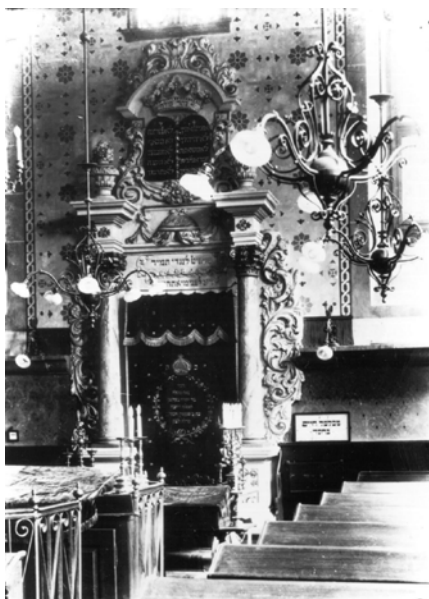


Abb. 5: Inneres der Synagoge zu Beginn des 20. Jahrhunderts.
(Foto: Stadtarchiv Gelnhausen.)



Abb. 6: Mahnmal in Form einer geöffneten Bronzetür von Dina Kunze.
(Foto: Daniel Hanke, Würzburg.)

218 Der Abriß der Gebäude erfolgte 1976, vgl. J. ACKERMANN: Von Rabbinern (wie Anm. 47), S. 43, Anm. 26.

219 Vgl. GT vom 30. 9. 1986.

220 Hinsichtlich des Mahnmals vgl. GT vom 11. 7. 1986.

Nach 1945 gab es zwar wieder für einige Zeit eine jüdische Gemeinde in Gelnhausen, die jedoch auf viele Ortschaften in der Umgebung verstreut war. In der Stadt Gelnhausen selbst lebten nur wenige Juden. Diese Gemeinde konnte sich nicht dauerhaft konsolidieren. Heute erinnern nur der jüdische Friedhof an der Kinzig und die ehemalige Synagoge daran, daß einmal Juden in Gelnhausen gelebt und gewirkt haben.

6. Judenverfolgung in Gelnhausen: Eine Kleinstadt im Dritten Reich

Die obige Untersuchung zeigt, daß Gelnhausen zwischen 1933 und 1938 eine Hochburg des Radau-Antisemitismus war. Auffällig ist, daß antisemitische Aktionen in Gelnhausen stets frühzeitig durchgeführt wurden. Bereits im Advent 1932, vier Monate vor dem reichsweiten Judenboykott, versuchten SA-Posten, Kunden von jüdischen Geschäften fernzuhalten. Fünf Monate vor der Reichskristallnacht kam es in Gelnhausen zu Ausschreitungen und zur Vermauerung der Synagoge. Die „Gelnhäuser Kristallnacht“ wurde auf lokaler Ebene geplant und durchgeführt und muß daher getrennt von der reichsweiten Pogromwelle im November 1938 betrachtet werden. Die Geschehnisse in Gelnhausen führten zur frühzeitigen Abwanderung der jüdischen Einwohner, so daß sich die Stadt bereits am 1. November 1938 stolz als „judenfrei“ bezeichnen konnte.

In der obigen Darstellung wurde oft auf die Rolle der nationalsozialistischen Propaganda hingewiesen. Die Propaganda, die auf lokaler Ebene hauptsächlich in Form von Kundgebungen und Presseberichten stattfand, hatte mehrere Funktionen. In der Phase der Machtergreifung zwischen Herbst 1932 und Frühjahr 1933 sollten durch massive Propaganda neue Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung gewonnen werden. Wie zahlreiche Presseartikel belegen, gelang es den Gelnhäuser Nationalsozialisten, durch abwechslungsreiche Kundgebungen an die Emotionen der Bevölkerung zu appellieren. Ein Gelnhäuser Bürger sagte 1947 vor der Spruchkammer aus, daß er im Jahr 1932 der NSDAP beigetreten sei, da er all den gemachten Versprechungen geglaubt habe. Die Propaganda sei zur damaligen Zeit derart groß gewesen, *daß man unbedingt dieser Sache Glauben schenken mußte*.²²¹ Diese Einschätzung der Situation war gewiß kein Einzelfall.

Durch die Propaganda in Wort und Schrift wurde den Gelnhäuser Bürgern auch der Antisemitismus gepredigt. Man kann davon ausgehen, daß die Gelnhäuser zum Antisemitismus kamen, weil sie sich vom Nationalsozialismus angezogen fühlten, nicht umgekehrt.²²² Die Stadtgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts verdeutlicht eine weitgehende Assimilation der Gelnhäuser Juden.²²³ Diese Entwicklung beginnt

²²¹ Vgl. HStA WI, Abt. 520 Ge 728/III.

²²² Dieser Sachverhalt, den W. S. ALLEN für eine deutsche Kleinstadt festgestellt hat, trifft auch für Gelnhausen zu, vgl. William S. ALLEN: „Das haben wir nicht gewollt!“. Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930-1935, Gütersloh 1966, S. 84.

²²³ Vgl. hierzu das 3. Kapitel dieser Arbeit. Die Assimilation der jüdischen Bürger wurde jedoch offenbar nicht von allen Nicht-Juden akzeptiert. MEYER schreibt, daß Gelnhausen „schon immer etwas antisemitisch angehaucht“ gewesen sei (vgl. M. MEYER: Jüdisches Leben (wie Anm. 12),

sich zwischen Herbst 1932 und Frühjahr 1933 in ihr Gegenteil zu verkehren. In der Stadt entsteht ein Klima, das von direktem oder zumindest latentem Antisemitismus geprägt wird. An der Erzeugung dieses judenfeindlichen Klimas hat die Presse entscheidenden Anteil. Zwei Arten der Pressepropaganda lassen sich unterscheiden. Diffamierende Äußerungen über das Judentum im allgemeinen heizen die judenfeindliche Stimmung kontinuierlich an. Dazu treten Artikel, die einzelne Juden bzw. sogenannte Judenknechte persönlich angreifen und der Bevölkerung als abschreckende Beispiele namentlich vor Augen führen. Besonders durch die zweite Art der Propaganda sollte unter den „arischen“ Gelnhäuser Bürgern fortwährende Angst erzeugt werden, Kontakte mit Juden aufrecht zu erhalten. Durch die gezielte Propaganda wurde Druck ausgeübt, sich von den jüdischen Mitbürgern zu distanzieren. Gelnhausen stellt diesbezüglich jedoch keinen Einzelfall dar. Die Bekanntgabe von Namen in der lokalen Presse oder auf Prangertafeln ist auch in anderen Ortschaften als Druckmittel eingesetzt worden.²²⁴ Die Folgen der Propaganda sind evident. Öffentlicher Protest gegen judenfeindliche Aktionen wurde nicht geäußert. Vielmehr ist zu vermuten, daß sich auch Bürger, die keine judenfeindlichen Gefühle hegten, als Antisemiten ausgaben, um nicht als Volksverräter angeprangert zu werden. Somit ist auch in Gelnhausen eine „Gleichschaltung nach außen“ zu vermuten, da man, gerade in einer Kleinstadt, ständiger Kontrolle durch Nachbarn und Arbeitskollegen ausgesetzt war.²²⁵ Juden und Judenknechten drohte die Denunziation. Die Bevölkerung einer Kleinstadt kontrollierte sich gegenseitig und fungierte somit als „Hilfspolizei“.²²⁶ Durch die massive Propaganda wurde in Gelnhausen ein judenfeindliches Klima geschaffen, in dem antisemitische Aktionen durchgeführt werden konnten oder zumindest geduldet wurden.

Mit der Belästigung der jüdischen Mitbürger durch Worte ging in Gelnhausen ihre Ausgrenzung aus städtischen Vereinen und dem öffentlichen Leben einher.²²⁷ Gelnhausen reiht sich hierbei in die Vielzahl der deutschen Groß- und Kleinstädte ein, in denen die jüdische Bevölkerung nach und nach isoliert wurde.

In Gelnhausen kam es bereits früh zu Arisierungen. Schon für das Jahr 1934 ist die Übergabe eines jüdischen Geschäftes in arische Hände bezeugt. Obwohl die Quellenlage bezüglich der Arisierungen dürftig ist, läßt sich in Einzelfällen nachwei-

S. 63). Ob und inwieweit ein latent vorhandener Antisemitismus vor 1932/1933 in Gelnhausen der Nährboden war, auf dem die Saat der nationalsozialistischen Judenhetze aufgehen konnte, kann hier nicht näher untersucht werden. Insgesamt muß eine zunehmende Assimilation der jüdischen Mitbürger festgestellt werden.

224 Vgl. Menahem KAUFMANN: Wie man die hessischen Dörfer und Kleinstädte „judenfrei“ machte, in: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, Bd. 31 (1992), S. 174-182, hier S. 175.

225 Den treffenden Terminus „Gleichschaltung nach außen“ hat D. LINN in ihrer Untersuchung über die jüdische Bevölkerung in der Stadt Memmingen benutzt, vgl. Dorothee LINN: Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Memmingen 1933 bis 1945, Stuttgart 1968, S. 37.

226 Vgl. Ursula BÜTTNER: Die deutsche Bevölkerung und die Judenverfolgung 1933-1945, in: Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, hg. von U. Büttner, Hamburg 1992, S. 67-88, hier S. 77.

227 Auf den Aspekt der Ausgrenzung der Juden durch die Sprache hat R. RÜRUP hingewiesen. Bereits die verbale Trennung alles Deutschen von allem Jüdischen schuf ein hohes Maß an Distanz, vgl. R. RÜRUP: Ende der Emanzipation (wie Anm. 23), S. 106.

sen, daß Gelnhäuser Juden zum Verkauf ihrer Geschäfte gezwungen worden sind. Die Situation in Gelnhausen unterstreicht die Forschungsergebnisse von A. BARKAI, der auf Reichsebene bereits vor 1937 ein hohes Ausmaß der erfolgten Arisierungen konstatiert hat.²²⁸ Besonders in Dörfern und Kleinstädten seien die jüdischen Geschäfte wirtschaftlich weniger widerstandsfähig gewesen als diejenigen in Großstädten. Als Folge habe eine Massenabwanderung von Juden in die Großstädte stattgefunden.²²⁹ Dieses für Kleinstädte im Dritten Reich typische Phänomen läßt sich auch für Gelnhausen bestätigen. Die Mehrzahl der Gelnhäuser Juden wanderte nach Frankfurt am Main ab, um in der Großstadt Schutz zu suchen. Nur wenige Gelnhäuser Juden emigrierten direkt in andere Staaten.

Im Zusammenhang mit der Abwanderung der Gelnhäuser Juden muß nochmals die Propaganda erwähnt werden. Höhepunkte der Pressepropaganda in Gelnhausen wurden für die Zeit zwischen 1934 und 1935 sowie für das Jahr 1938 festgestellt. Ein Höhepunkt der Abwanderung vieler Juden ist für 1935 bezeugt. Diese Ergebnisse stützen sich gegenseitig. Durch die antijüdische Propaganda entstand ein jüdenfeindliches Klima in der Stadt. Die jüdischen Mitbürger wurden zunehmend isoliert und in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet. Als Konsequenz verkauften sie ihre Häuser und Geschäfte und flüchteten ins Ausland oder in die Großstadt. Wichtig ist schließlich auch der Zusammenhang zwischen Propaganda und Gewalt. An mehreren Beispielen konnte gezeigt werden, daß einzelne Zeitungsartikel antisemitische Aktionen in Gelnhausen gezielt vorbereiteten. Fraglich bleibt jedoch, ob die Pressemeldungen jüdenfeindliche Übergriffe bewußt auslösen oder bereits „von oben“, d. h. von Seiten der Stadtverwaltung oder des Landrats geplante Übergriffe im Vorhinein legitimieren wollten. In jedem Fall tritt der Zusammenhang zwischen Propaganda des zweiten Typs und der Anwendung von Gewalt klar zum Vorschein. Das drastischste Beispiel in Gelnhausen ist die Verhaftung des Juden Löwenthal im Sommer 1935, der zuvor in der Presse als Bauernschinder angeschuldigt worden war.

Neben den oben dargestellten Fällen hat es in Gelnhausen eine Vielzahl von Gewaltmaßnahmen gegeben, von denen in der Zeitung weder vorher noch im Nachhinein die Rede war. Zerbrochene Fensterscheiben und beleidigende Äußerungen scheinen für die jüdischen Bewohner zum traurigen Alltag gehört zu haben. Über das genaue Ausmaß der materiellen, körperlichen und vor allem seelischen Schäden der jüdischen Bürger kann man aufgrund der lückenhaften Überlieferung nur Vermutungen anstellen. Die Täter bleiben im dunkeln.

Am Beispiel der „Gelnhäuser Kristallnacht“ und der Verhaftung des Pfarrers Engels konnte gezeigt werden, daß die großen jüdenfeindlichen Aktionen in Gelnhausen sorgfältig geplant und gezielt durchgeführt wurden. Wer im Juni 1938 den Auftrag zur Zumauerung der Synagoge erteilt hat, kann anhand der überlieferten Quellen nicht eindeutig festgestellt werden. Der Geschehnisablauf läßt jedoch erkennen, daß städti-

228 Vgl. Avraham BARKAI: Der wirtschaftliche Existenzkampf im Dritten Reich 1933-1938, in: Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland, hg. von A. Paucker, Tübingen 1986, S. 153-166, hier S. 164 f. Vgl. ebenfalls A. BARKAI: Boykott zur „Entjudung“ (wie Anm. 26), S. 80.

229 Vgl. M. KAUFMANN: Dörfer und Kleinstädte (wie Anm. 224), S. 178 sowie A. BARKAI: Boykott zur „Entjudung“ (wie Anm. 26), S. 81.

sche Arbeiter und führende SA-Männer als Aktivisten beteiligt waren. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit waren der Gelnhäuser Bürgermeister Robert sowie der Landrat Kausemann von den geplanten Vorgängen unterrichtet. Zumindest einer von beiden kann als direkter Auftraggeber vermutet werden. Fraglich bleibt der Zusammenhang der Gelnhäuser Geschehnisse mit der kurz zuvor erfolgten Vermauerung der Hanauer Synagoge.

Die detaillierte Planung der „Gelnhäuser Kristallnacht“ verdeutlicht, daß die Vorgänge in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1938 von den führenden Nationalsozialisten der Stadt „von oben“ vorbereitet waren. Das Gleiche gilt für die Verhaftung des katholischen Pfarrers Engels. Auch in diesem Fall sind der Bürgermeister und der Landrat als Auftraggeber im Hintergrund zu vermuten. Wer von beiden der eigentliche Initiator war, kann allerdings aufgrund widersprüchlicher Quellen ebenfalls nicht eindeutig entschieden werden. Trotzdem ist die Planung der Aktion „von oben“ klar erwiesen. Als Aktivisten waren SA, HJ und die städtischen Polizeibeamten beteiligt. Im Vorfeld der Aktion muß eine Verständigung mit der Presse erfolgt sein, da ein polemischer Artikel die Bevölkerung gegen den katholischen Geistlichen aufstachelte und die geplante Verhaftung des Pfarrers im Vorhinein legitimierte. Einmal mehr ist hier die Verbindung von Propaganda und Gewalt festzustellen, wobei die Ereignisse an die Propaganda im Vorfeld der Reichskristallnacht erinnern.

In einigen Orten war es im November 1938 bereits vor der reichsweiten Pogromnacht zu ersten Ausschreitungen gekommen.²³⁰ Dies kann wohl zu einem beträchtlichen Teil auf den Einfluß der Hetzpropaganda zurückgeführt werden, die Goebbels seit dem Zwischenfall in Paris angefacht hatte.²³¹ Unter anderem hatte der „Völkische Beobachter“ das Pariser Attentat bereits am 8. November scharf kritisiert.²³² Auch in Gelnhausen sollte durch einen Presseartikel die „Empörung des Volkes“ künstlich entfacht werden. Insofern lassen sich für Gelnhausen auf lokaler Ebene Mechanismen nachweisen, die im Prinzip auch auf Reichsebene Anwendung fanden. Die Legende von der „empörten Bevölkerung“ hat man 1938 in der hessischen Kleinstadt geschickt von Goebbels' Propaganda übernommen, die kurz zuvor im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom verbreitet worden war. De facto ist die Verhaftung des katholischen Pfarrers von den führenden Nationalsozialisten in Gelnhausen detailliert geplant und durchgeführt worden. Eine spontane Erhebung der Bevölkerung hat es hingegen nicht gegeben.

In der Forschung wurde die Frage, wer für die Judenverfolgung im Dritten Reich die Verantwortung trug, kontrovers diskutiert.²³³ Wichtig ist die Feststellung, daß Hit-

230 Vgl. W. BENZ: Novemberpogrom (wie Anm. 31), S. 505-509. Schon am 7. November war es in Kassel zu antijüdischen Ausschreitungen gekommen. Die dortigen Vorgänge wurden in der Provinz fortgesetzt, vgl. Wolf-Arno KROPAT: Kristallnacht in Hessen (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, Bd. 10) Wiesbaden 1988, S. 21 f. u. S. 28.

231 Vgl. Hans MOMMSEN: Die Funktion des Antisemitismus im „Dritten Reich“, in: Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, hg. von D. Blasius und D. Diner, Frankfurt/Main 1991, S. 161-171, hier S. 162.

232 Vgl. U. D. ADAM: Judenpolitik (wie Anm. 14), S. 206.

233 Umstritten ist, ob die Judenpolitik im Dritten Reich bis hin zur physischen Vernichtung der Juden durch Hitler bestimmt wurde oder ob der Diktator nur auf einen an der Basis seines Staates erzeugten Druck verschiedener Instanzen reagierte. Die genannte Fragestellung berührt die

ler trotz sichtbarer polykratischer Strukturen die letzte Instanz in der Judenfrage blieb.²³⁴ Trotz einer Kompetenzvielfalt im Bereich der Judenpolitik wurde keine wichtige Entscheidung gegen den erklärten Willen des Führers getroffen.²³⁵ Durch die staatlich gelenkte Propaganda wurde der Judenhaß immer wieder geschürt. Gewalttamen Ausschreitungen folgten für die „arischen“ Täter keine Konsequenzen. Somit entstand ein Klima der Gewaltbereitschaft, in dem jedem Antisemiten Freiraum zur Radikalisierung gegeben wurde. Jeder SA-Mann, der sich an antijüdischen Ausschreitungen beteiligte, konnte letztlich sicher sein, im Sinne seines Führers zu handeln, obwohl Hitler ihn natürlich nicht direkt dazu aufgefordert hatte. Dieses Phänomen wird von S. FRIEDLÄNDER wie folgt zusammengefaßt: „Ein derartiger ‚Glaube an den Führer‘ führte auf seiten der Gliederungen von Staat und Partei ganz von selbst zu einem Drang nach Aktion in Übereinstimmung mit den von Hitler erlassenen allgemeinen Richtlinien, ohne daß es ständig spezifischer Befehle von ihm bedurfte.“ Somit habe eine dynamische Interaktion zwischen Basis und Spitze stattgefunden.²³⁶ Hitler war folglich keineswegs der Spiritus rector der im einzelnen durchgeführten antisemitischen Aktionen. Er gab jedoch eine judenfeindliche Grundhaltung vor, die von vielen Volksgenossen bereitwillig aufgegriffen und fortgesetzt wurde. So trug er entscheidend zu judenfeindlichen Ausschreitungen bei, indem er ungesetzliche Übergriffe nicht ahndete und dadurch einen Freiraum zur Radikalisierung schuf.²³⁷

Betrachtet man die Geschehnisse in Gelnhausen zwischen 1933 und 1938 im allgemeinen Kontext des Dritten Reiches, so stellen sie insgesamt ein Beispiel für die Radikalisierung in der Judenfrage im nationalsozialistischen Staat dar. Fragt man nach der Rolle Hitlers, so war er selbstverständlich nicht unmittelbar für die judenfeindlichen Ausschreitungen in der hessischen Kleinstadt verantwortlich. Der Befehl zur Vermauerung der Gelnhäuser Synagoge stammte nicht von Hitler. Die nationalsozialistischen Aktivisten auf lokaler Ebene konnten jedoch bei den eigenständig von ihnen geplanten und ausgeführten antisemitischen Aktionen sicher sein, den Willen ihres Führers in die Tat umzusetzen. Obwohl Hitler an der Spitze des Staates nur allgemeine Richtlinien hinsichtlich der Judenfrage vorgab, genügte dies, um an der Basis eine Dynamik zu erzeugen, die sich auf lokaler Ebene selbständig fortsetzte und langfristig zu einer Radikalisierung führte.

Betrachtet man die Stadt Gelnhausen isoliert, so zeigt sich, daß die gravierenden antijüdischen Aktionen stets „von oben“, von den führenden Nationalsozialisten in Kreis, Stadtverwaltung und SA ausgingen. Eine durch das Fehlverhalten von Juden „empörte

grundsätzliche Problematik, ob die Herrschaft im Dritten Reich als monokratisch oder als polykratisch bezeichnet werden sollte. Zu den einzelnen Forschungsmeinungen vgl. Ian KERSHAW: *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick*, Hamburg 1999, S. 150-162 und S. 114-127. Vgl. auch Klaus HILDEBRAND: *Das Dritte Reich*, München⁵1995, S. 200-206 und S. 178-183.

234 Vgl. U. D. ADAM: *Judenpolitik* (wie Anm. 14), S. 196. Vgl. auch K. HILDEBRAND: *Das Dritte Reich* (wie Anm. 233), S. 205.

235 Insbesondere U. D. ADAM hat gezeigt, daß ein Kompetenzenwirrwarr in der Judenpolitik zu eigenständigen Entscheidungen verschiedener Instanzen geführt hat, vgl. im einzelnen U. D. ADAM: *Judenpolitik* (wie Anm. 14), S. 70 f. und S. 74 f.

236 S. FRIEDLÄNDER: *Das Dritte Reich* (wie Anm. 14), S. 131.

237 Vgl. dazu insbesondere H. MOMMSEN: *Funktion des Antisemitismus* (wie Anm. 231), S. 165.

Bevölkerung“ hat es in Gelnhausen, wenn überhaupt, nur durch die Wirkung aufwiegeler Propaganda gegeben.

Im Rahmen der obigen Darstellung mußten viele Fragen offen bleiben. Besonders der Komplex der Arisierung kann aufgrund der lückenhaften Überlieferung nur unzureichend erfaßt werden. Ungeklärt bleibt auch das Verhältnis von Antisemitismus und Konfession. Gezielte Bezüge zwischen Konfession und Judenfeindschaft lassen sich für das vorwiegend protestantische Gelnhausen nur ansatzweise herstellen und müßten näher untersucht werden. Schließlich bleibt auch die Frage nach verstecktem Widerstand und heimlicher Solidarität einzelner Gelnhäuser mit ihren jüdischen Mitbürgern weitgehend unbeantwortet.

Die Geschichte der Juden in Gelnhausen zwischen 1933 und 1938 verdeutlicht, daß es in der hessischen Kleinstadt zu eigenständig „von oben“ organisierten judenfeindlichen Ausschreitungen kam. Betrachtet man Gelnhausen im Kontext des gesamten Dritten Reiches, so zeigt sich, daß die Stadt ein Beispiel für die Dynamik in der Judenfrage an der Basis des nationalsozialistischen Staates darstellt. In seiner Abhandlung über die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt kommt W. S. ALLEN zu dem Ergebnis, daß eine Vielzahl von Dörfern und Kleinstädten das Fundament des Dritten Reiches gebildet habe.²³⁸ Auch Gelnhausen gehörte dazu.²³⁹

* * *

238 Vgl. W. S. ALLEN: Kleinstadt (wie Anm. 222), S. 280.

239 Die vorliegende Untersuchung wäre ohne die Mithilfe zahlreicher Personen aus Gelnhausen und Umgebung nicht möglich gewesen. Für alle Hinweise und Informationen möchte ich hiermit danken, insbesondere Herrn F. Coy und Herrn Stadtarchivar K. Himstedt.

Anhang

Anhang 1: Definition des Juden²⁴⁰

Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935

„Juden (d. h. wer von mindestens 3 der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt, wobei als volljüdisch gilt, wer der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört, oder Mischlinge mit 2 volljüdischen Großeltern, wenn der Mischling beim Erlaß des Gesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört, ihr später beitrifft oder beim Erlaß des Gesetzes mit einem Juden verheiratet ist oder sich danach mit einem Juden verheiratet, sowie nach dem 31. 6. 36 geborene außereheliche Nachkommen von Juden) können nicht Reichsbürger sein, haben kein politisches Stimmrecht und können kein öffentliches Amt bekleiden. (...)“

Anhang 2: Abwanderung der Gelnhäuser Juden bis November 1938

	„Kinzig-Wacht“ ²⁴¹		„Robertliste“ ²⁴²		Namensliste 1937 ²⁴³
Machtübernahme	218	(-56)			
Mai 1933	162	(-30)			
9. November 1933			146	(-15)	
März 1934	132	(-1)	131	(-23+1)	
März 1935	131	(-1)	109	(-49+2)	
März 1936	130	(-75)	62	(-8)	
März 1937	55	(-15)	54	(-7)	
1. Oktober 1937			47	(-8)	45
März 1938	40	(-17)	39	(-12)	
Juli 1938	23	(-23)	27	(-27)	
1. November 1938	0		0		

240 J. Walk: Sonderrecht, S. 139, Nr. II, 46.

241 KW vom 2. 11. 1938.

242 „Robertliste“, StadtA GN, Abt. XIII, 1A.

243 Namensliste, HStA WI, Abt. 483, Nr. 10008.